

Er scheint täglich außer Montags, Abonnement: Preis pränum.: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Eingetragen in der Post-Verordnungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 2277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspaltel oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Dienstag, den 22. September 1896. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Hauptergebnisse der Berufszählung vom 14. Juni 1895 im Deutschen Reiche.

Was die vorjährige Berufszählung über Preußen meldete, dasselbe beweisen die vom kaiserlichen statistischen Amte soeben veröffentlichten Hauptzahlen derselben Zählung für das gesammte Deutsche Reich: die wirtschaftliche Entwicklung geht mit Riesenschritten nach der Seite der Industrie und des Handels.

Am 14. Juni 1895 war im Deutschen Reiche eine ortsanwesende Bevölkerung von 51 770 284 Personen vorhanden. Davon waren 8 292 692 hauptberuflich in der Landwirtschaft im weiteren Sinne tätig. Die Zahl dieser Erwerbstätigen hat sich also seit der Zählung vom Jahre 1882 vermehrt, aber nur um 56 196. Diese geringe Vermehrung entspricht nicht der allgemeinen Bevölkerungszunahme, die auf die Landwirtschaft entfallende Verhältniszahl musste sinken. Im Jahre 1882 stellte die Landwirtschaft zu allen im Hauptberuf Erwerbstätigen noch 43,98 pCt., 1895 waren es nurmehr 36,19. Die geringe Mehrung der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen ist aber lediglich auf die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigen zurückzuführen. Im Jahre 1882 wurden von diesen 2 584 909 gezählt, 1895 dagegen 2 758 154, mithin 218 245 oder 8,61 pCt. mehr. In demselben Zeitraum sank die Zahl der männlichen Erwerbstätigen von 5 701 687 auf 5 539 588, also um 162 049 oder 2,84 pCt. Nimmt man die Landwirtschaft im engeren Sinne, ohne Einbeziehung der Kunst- und Handelsgärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, so ergibt sich die Thatsache, daß die Zahl der Erwerbstätigen eine Abnahme erfahren hat. Im Jahre 1882 waren in der eigentlichen Landwirtschaft noch 8 063 968 im Hauptberuf tätig, 1895 nur 8 045 441. Der Rückgang erklärt sich aus einer Minderung der männlichen Erwerbstätigen, die um 4,01 pCt. weniger geworden sind, während die Zahl der weiblichen um 8,06 pCt. gestiegen ist. Betrachten wir noch einmal die Landwirtschaft im engeren Sinne. Im Jahre 1882 betrug die Zahl der in ihr Erwerbstätigen, der Dienenden und der Angehörigen zusammengezählt 19 225 455, 1895 aber ist sie auf 18 501 307 gesunken, bei den Dienenden zeigt sich ein Rückgang von 50 216, bei den Angehörigen von 730 128. Da gleichzeitig die Zahl der Erwerbstätigen um 56 196 gestiegen ist, stellt sich die absolute Abnahme auf 724 148 Personen. So konnte es denn nicht ausbleiben, daß die Landwirtschaft auch in bezug auf ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung zurückgegangen ist. Im Jahre 1882 zählten noch über zwei Fünftel der Reichsbevölkerung zur Berufsabteilung Landwirtschaft, 1895 aber sind es nur noch 35,74 pCt., mithin 6,77 pCt. weniger. Der Anteil der Erwerbstätigen allein ist sogar noch mehr gesunken, er verschlechterte sich um 7,19 pCt.

Ein ganz anderes Bild der Entwicklung bieten die Industrie und der Handel. Im Jahre 1882 zählte man im Bergbau und in der Industrie 6 596 465 Erwerbstätige, 1895 ist deren Zahl auf 8 281 290 gestiegen. Die Vermehrung beträgt 1 684 765 oder 29,47 pCt. Bemerkenswert dabei ist, daß sich die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen um 34,97 pCt. erhöht hat, während die der männlichen nur um 28,29 pCt. gewachsen ist. In bezug auf die Zahl ihrer Berufsangehörigen marschirt heute die Industrie an der Spitze. Zur industriellen Bevölkerung rechnen heute 20 258 241 Personen oder 39,12 pCt. der Reichsbevölkerung. 1882 waren es nur 16 058 080. Während sich bei der Landwirtschaft die Zahl der Angehörigen vermindert hat, ist sie in der Industrie um 2 292 823 gestiegen; auch die Zahl der Dienenden hat sich um 17 575 erhöht.

Im Handel und Verkehr gab es 1882 1 570 318 Erwerbstätige, im Jahre 1895 dagegen 2 398 508. Die Steigerung beträgt mithin 768 190 oder 48,92 pCt. Auffallend erscheint hier die ungeheure Zunahme der Frauennarbeit. Im Jahre 1882 zählte man im Handel nur 298 110 weibliche Erwerbstätige, 1895 aber 579 608. Das ist eine Steigerung von 94,45 pCt. oder beinahe eine Verdoppelung innerhalb 13 Jahren. Die Zahl der männlichen Erwerbstätigen hob sich in dem gleichen Zeitraum nur um 38,26 pCt. Die Zahl der zur Berufsabteilung Handel rechnenden Personen stellte sich 1895 auf 5 966 845, das sind 11,52 pCt. der Gesamtbevölkerung, 1882 hatten 4 581 080 Berufszugehörige nur 10,02 pCt. der Reichsbevölkerung gebildet.

Eine zusammenfassende Betrachtung der durch die letzte Berufszählung gewonnenen Hauptzahlen ermöglicht die Aufstellung folgender Sätze:

Der Kampf ums Dasein ist in Deutschland im Verlaufe der letzten 13 Jahre ein härterer geworden. Bei einer Bevölkerung von 45 222 113 Personen gab es 1882 17 692 008 oder 38,99 pCt. im Hauptberuf Erwerbstätige; 1895 ist die Zahl dieser Personen auf 20 771 090, der Prozentsatz auf 40,12 gestiegen. Dagegen hat sich der Prozentsatz der Angehörigen von 55,08 auf 53,15 erniedrigt. Das bedeutet: Zeitiger und häufiger als früher müssen Kinder und Frauen zu selbständigem Erwerb übergeben. Die Landwirtschaft hat nach der Seite des Kleinbesitzes hin einen kleinen Zuwachs erfahren, ihre Stellung als ausschlaggebender Beruf hat sie verloren. Der Großgrundbesitz bedient sich mehr und mehr der Maschinen, der Bauer schränkt die Zahl seiner Diensthofen ein, infolge dessen verringert sich die Zahl der Dienenden. Der junge Nachwuchs vom Lande wendet sich der Industrie zu, die Zahl der Angehörigen nimmt stetig ab. An stelle der Landwirtschaft ist als zahlreichster Beruf die Industrie getreten, sie bildet im Verein mit dem Handel heute 50,64 pCt. der Gesamtbevölkerung. In der Industrie und im Handel wächst die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen und sie wächst in stärkerem Maße als die der männlichen.

Ueber die Begleiterscheinungen dieser wirtschaftlichen Umwälzung und über die statgehabten Verschiebungen in den einzelnen Hauptberufen soll ein zweiter Artikel handeln.

Politische Uebersicht.

Berlin, 21. September.

Die „Kreuz-Zeitung“ ergeht sich anlässlich der Versammlungsvorgänge bei den Delegirtenwahlen zu unserem Parteitag in allerlei hämischen Bemerkungen, die wieder einmal Zeugnis ablegen, wie schwer dem Junkerblatt die Sozialdemokratie im Magen liegt. Selbstverständlich fehlt auch nicht in diesen Bemerkungen die seit Jahrzehnten mindestens alle Vierteljahre einmal wiederkehrende Behauptung „von dem sich langsam anbrechenden Abfalle“, mit dem die „Leitenden Geister“ in der Partei zu rechnen hätten.

Die „Kreuz-Zeitung“ handelte flog, folgte sie dem bekannten Sprüchlein: wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen, denn von dem allgemeinen Marasmus, von dem alle bürgerlichen Parteien ergriffen sind, ist die konservative Partei mit am meisten betroffen. Es trachtet bei ihr in allen Fugen. Junker und Pfaff gerathen sich immer mehr in die Haare und die Heeresfolge der Bauern wird täglich unsicherer und schon brechen sie hier und da in offene Rebellion aus.

Die Arbeiter sind mit der Junkerpartei längst fertig. Wer ihr von diesen noch folgt, liegt im Zwangsheerbann, der unter der Knute des Junkers stehend, nur widerwillig als Stimmvieh dient und auf den Augenblick wartet, wo er zur Befreiung vom Joch schreiten kann.

Das Organ einer solchen Partei, die die Herrschaft der rückständigsten Privilegien als Gott gewollte Ordnung feiert, für Bauer, Handwerker und Arbeiter nur eine Parole, das blinde Gehorchen kennt, die am liebsten mit Hilfe der Gesehgebung die arbeitende Klasse bis aufs Hemde plündern, ihr alle politischen Rechte vorzuenthalten und die wenigen, die sie besitzt, ihr lieber heute als morgen rauben will, die ferner durch die Diensthofen-Ordnungen und das patriarchalische Regiment der Volkseimittel Millionen in der Stellung von Heloten erhalten will und der Feind jeder ernsthaften sozialen Reform zu gunsten der Armen und Kleinen ist — wir sagen, das Organ einer solchen Partei sollte den bergehohen Mist vor der eigenen Thür erst weglegen, ehe es andern Vorlesungen über „edle Gesinnung“ und ähnlichen Schnitz-Schnack hält.

„Einen Sieg der Agrarier auf der ganzen Linie“ entdacht die „Deutsche Tages-Zeitung“. Und wo? Nun auf dem Agrarierkongress in Budapest, weil dort angeblich einige Nichtagrarier mitberathen haben. Schnurriger hätte sich die gänzliche Urtheilslosigkeit der Blöggelassen wohl kaum betätigen können. Das ist ungefähr so, als wenn ein General vom Marschverfalle aus „einen Sieg auf der ganzen Linie“ über einen fiktiven Feind in alle Welt hinaustelegraphiren wollte.

Der englische Gewerkschaftskongress hat bekanntlich, wie die kapitalistische Presse ihren Lesern vorredet, der Sozialdemokratie „den Stuhl vor die Thüre gesetzt“. Mit welcher Gründlichkeit dies besorgt worden ist, erhellt aus der Thatsache, daß das neugewählte Parlamentarische Komitee, dem auch William Thorne angehört, diesen zum Vorsitzenden ernannt hat. Nun ist aber William Thorne, der Leiter der Gasarbeiter-Gewerkschaft, nicht bloß ausgesprochener Sozialdemokrat, sondern auch unter allen englischen Sozialistenführern der radikalste. So lassen wir uns gern „den Stuhl vor die Thüre sehen“.

„Die große internationale Verschwörung“ wird von dem vornehmsten politischen Wochenorgan Englands, der konservativen „Saturday Review“ in einem Leitartikel mit vernichtendem Hohn behandelt und die Wahrscheinlichkeit, daß alles nur Spiegelswerk sei, dargelegt. Wir werden den Artikel, der die schmutzigen Polizeipraktiken bloßlegt, morgen in Uebersetzung mittheilen. Er beweist, daß man in England die Kniffe des „Bombenbarons“ und seiner internationalen Spießgesellen wohl durchschaut, und nicht daran denkt, auf den Leim und in die Falle zu gehen.

Der saubere Plan ist ja von den Machern undvorsichtiger- oder zynischerweise an die große Glocke gehängt worden. Schrieb doch der „Figaro“ mit dünnen Worten, man müßte England empfinden lassen, daß das Asylrecht ein gefährliches Recht sei. Das war deutlich.

Herr Tynan, die zweifelhafte „Nr. 1“, wird jedenfalls nicht ausgeliefert werden, dagegen wird Herr Melville, der geschwähige Attentatsfinder, von Glück sagen können, wenn er von seiner neuesten „Entdeckung“ nicht noch anderen Schaden hat als an seinem Ruf.

Ein belgischer Justizbeamter, der von dem Korrespondenten des Hirsch'schen Telegraphen-Bureau's befragt wurde, ist nicht mit Unrecht entrüstet über das Treiben der englischen Detektive, die mit den Feinern ein förmliches Kompagniegeschäft machten und ihre „Verschworenen“, als sie dieselben brauchten, einfach nach Europa bestellten und abfasten.

Diese infame Polizeikomödie wird auch von der „Saturday Review“ gebührendermaßen gegeißelt.

Deutsches Reich.

Peters-Pizarillo ist, wie seine Freunde verkünden, aus London nach Berlin zurückgekehrt, um mit dem Deutschhändler Friedrich Lange eine Lange vor Gericht und in der Presse zu brechen.

Ein für die Sozialdemokratie erfreuliches Eingeständnis. Auf dem jüngst in Hannover stattgehabten nationalliberalen Provinzial-Parteitag

wurden die Parteigenossen des Herrn von Bennigsen ermahnt, ihr ganzes Augenmerk darauf zu richten, daß das kleinere Beamtenthum der Partei wieder gewonnen würde. Es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß die kleineren Beamten, sowohl im königlichen als auch im städtischen Dienste durchweg — sozialdemokratisch wählen. Der Befolgenschaft des Herrn v. Bennigsen wird es schwerlich gelingen, die kleinen Beamten von ihrer Ueberzeugung, daß nur die Sozialdemokratie ihnen helfen kann, abzubringen.

Chemnitz. Am Freitag hatte sich der Reichstags-Abgeordnete Genosse Franz Hofmann vor der I. Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen angeblicher Verletzung des Gemeinde-Keltesten Eduard Harbrig zu Hildersdorf zu verantworten. Die Klage mußte aber fallen gelassen werden, weil die königl. Staatsanwaltschaft versäumt hatte, die Genehmigung des Reichstages zur Strafverfolgung des Abgeordneten Franz Hofmann einzuholen. Diese Versäumnis befremdet uns mehr, als ja der Staatsanwaltschaft von Chemnitz bekannt sein muß, daß die Genehmigung des Reichstages hierzu nötig ist. Wer erinnerte sich bei dieser Gelegenheit nicht des Falles Schmidt vor ungefähr vier Jahren, wo der damalige Staatsanwalt Böhme den Angeklagten Albert Schmidt sogar auf die Anklagebank führen ließ.

Aus Tambach im Herzogthum Gotha wird geschrieben: Die Wahlmänner-Wahl für die Landtagswahl am 18. September hat einen großen Sieg der sozialdemokratischen Partei ergeben. An der Wahl beteiligten sich von 889 eingeschriebenen Urwählern 231. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste der Arbeiterpartei als höchste Zahl 144, als niedrigste 135 Stimmen, die gesammten „Ordnungsparteien“ erhielten als höchste Zahl 88, als niedrigste 74. Mügen nun die anderen Orte des 11. Wahlkreises nachfolgen, damit der Sieg ein vollständiger werde.

Auch Didenburg ist dem hanseatischen Beispiel gefolgt und hat die Vertreter der englischen Seelente, die in Nordenharn eine Versammlung abhalten wollten, ausgewiesen.

Stuttgart, 20. September. Auf dem 38. Verbandstag der württembergischen Gewerbevereine und zugleich der 3. ordentlichen Hauptversammlung der deutschen Gewerbevereine bildete heute Nachmittag den Hauptgegenstand der Gesehentruf betreffend die Zwangsorganisation des Handwerks. Die größte Anzahl der Anwesenden sprach sich gegen den Entwurf aus. Schließlich wurde mit 61 gegen sieben Stimmen eine Resolution angenommen, welche die Einführung von Zwangsinnungen als Rückschritt bezeichnet.

Oesterreich.

Der Reichsrath ist zu seiner letzten Session auf den 1. Oktober einberufen worden. Wenn die Abgeordneten recht brav zu allen Vorlagen der Regierung Ja und Amen sagen, dann dürften sie bis zum Schluß der Legislaturperiode zusammenbleiben, jedenfalls werden spätestens im Frühjahr die Neuwahlen nach dem neuen Wahlgesez stattfinden. Dann wird die Sozialdemokratie zum ersten Male auf dem parlamentarischen Schachbrett erscheinen und dem österreichischen Parlamentarismus einen anderen Stempel aufdrücken.

Belgien.

Brüssel, 19. September. Heute Nachmittag wurde von der Regierung des Kongos eine amtliche Mittheilung veröffentlicht, welche eine Reihe von Maßregeln zur Sicherung des Schutzes der Eingeborenen enthält. Es ist eine Kommission eingesetzt worden, welche den Auftrag hat, den Behörden Akte von Gewaltthätigkeiten, denen Eingeborene zum Opfer fallen sollten, zur Kenntniß zu bringen und Maßregeln zu veranlassen, um die materielle und moralische Lage der Eingeborenen zu verbessern, um dem Sklavenhandel vorzubeugen, der Menschenfresserei ein Ende zu machen und um die Verbote des Handels mit geistigen Getränken wirksamer zu machen. Man glaubt hier, durch diese Maßregeln die schlechten, im Auslande jüngst hervorgerufenen Einbrüche zu beseitigen. So leicht wird es aber die Kongoregierung nicht haben mit ihren Beschwichtigungsversuchen. An allgemeinen guten Lehren vom grünen Tisch aus hat es nie gefehlt und die Beamten am Kongo haben doch darauf losgewöhnet.

Spanien.

Aus Ruba und von den Philippinen Hiobsposten. Von Ruba war dies selbstverständlich, aber von den Philippinen hatte man amtlich erklärt, der Aufstand sei zu Ende. Jetzt schickt man in aller Eile Verstärkungen.

Türkei.

Den Armeniern stellt jetzt auch die „Frankfurter Zeitung“, die bisher sehr eifrig in „armenischen Greneln“ und Lärkenbän machte, ein sehr ungünstiges Zeugnis aus. Ein Korrespondent schreibt ihr aus Konstantinopel d. d. 16. Septbr.: In der europäischen Bevölkerung Konstantinopels haben die Armenier so ziemlich alle Sympathien verloren, die sie übrigens in ausgedehntem Maße wohl nie besessen haben. Es ist unter den hier ansässigen Fremden und den fast 300 000 festhaften griechischen Bewohnern eine auffallend scharfe Bewegung gegen die Armenier zu bemerken und man wird damit rechnen müssen, daß auch der größte Theil der nicht muslimanischen Bevölkerung die Armenier es ungelten lassen wird, falls sie wieder einen Coup auszuführen versuchen sollten. Man muß bei der Beurtheilung dieses Umschwungs in den Ansichten fast der ganzen nicht-armenischen christlichen Bevölkerung in Betracht ziehen, daß die Armenier thatsächlich ihre Nachpläne nur gegen die sogenannten Frankenviertel richten. Das im Trodenen stehende armenische Revolutionskomitee verspricht

sch erst dann einen Erfolg, wenn den „Franken“ möglichst viel Leid zugefügt wird. Werden die Armenier schon dafür verantwortlich gemacht, daß sie alle Geschäfte ruinirt haben, indem sie die Agitationen aus ihrer Heimath in die durch und durch internationale Hauptstadt der Türkei trugen, so ist ihnen dadurch, daß sie die anarchische Bewegung gegen die Europäer in Konstantinopel gerichtet haben, ein Feind entstanden, der entschlossen zu sein scheint, in der Stunde der Gefahr wo möglich noch blutiger mit ihnen ins Gericht zu gehen als selbst die Türken. Das sind Wahrnehmungen, die ich hier auf Schritt und Tritt, bei Hoch und Niedrig, unter den Europäern wie unter den Levantinern gemacht habe, wobei alle dem Bedauern Ausdruck geben, daß man mit unrecht den Armeniern, besonders in Deutschland, zu viel unverdiente Sympathien entgegenbringe.

Auf der anderen Seite, der türkischen nämlich, beginnt man einzusehen, daß die Rückkehr zu normalen Zuständen durchaus nothwendig ist im Interesse der Erhaltung der Türkei. Es kann der Pforte bis Anerkennung nicht versagt werden, daß sie seit den blutigen Massacres ihr möglichstes gethan hat, um Ruhe zu schaffen, die Gemüther zu beschwichtigen und dafür zu sorgen, daß nach keinem Europäer ein Haargelocke mit noch.

Also ein Beobachter, der sich durch das von Petersburg und London, in edlem Wettkampfe, gegen die Türken angestimmte Heph! Das nicht betäuben ließ. Im Bann dieses wüsten Heph! hat auf ebenso niedrige Beweggründe zurückzuführen ist, wie das gegen die Juden, hat man in weiten Kreisen ganz vergessen, zu wie einst der alte Ziegler, der den Orient kannte, zu erzählen pflegte, daß dort bei den Türken und überhaupt Muhammedanern allein Gerechtigkeit zu finden sei, und wie er mit dem geflügelten Wort schloß: „Ich gehe zum Kadi!“

Vergessen ist, daß das Heilige Grab in Jerusalem fast Tag für Tag der Schauplatz von Prügeleien zwischen den verschiedenen christlichen Sekten ist, und daß dann die Türken Frieden zu stiften haben.

Daß in der Türkei eine arge Miswirthschaft herrscht, läßt sich gewiß nicht leugnen, allein die türkische Miswirthschaft ist nicht schlimmer als die russische, und die der Türkei unterworfenen Völkerschichten haben zu allen Zeiten weit mehr Freiheit gehabt, als die unter der russischen Krone befindlichen Völkerschichten.

Daß die Armenier von den Türken nicht mit Handschellen angefaßt wurden, ist richtig, aber auch sehr natürlich. Denn sie waren es, oder richtiger ein Theil von ihnen, der, von Aufstand aufgelaufen, zuerst zur Gewalt griff, in der ausgesprochenen Absicht, das türkische Reich zu vernichten. Die Türken kämpften also um ihre Existenz; und die Verantwortlichkeit für die greulichen Verbrechen fällt auf die europäischen Urheber.

Wir haben dies hervor, weil der Versuch gemacht wird, die armenischen Aufstände für revolutionäre Emancipationskämpfe in unserem Sinne aufzugeben.

Konstantinopel ist wieder eine armenische Bombenverschöpfung in Konstantinopel entdeckt worden. Und diese, wie andere Bombenverschöpfungen werden sich auch solange wiederholen, bis den russischen Bombenbaronen und ihren Kumpanen das Handwerk gelegt ist. —

Afrika.

— Vom Sudanfeldzuge. Aus Kerman wird gemeldet: Die ägyptischen Kanonenboote sind in Dogola angekommen und besetzen das Kasernengebäude und die Kornmagazine. Die Eingeborenen sagen aus, daß der Gouverneur von Dongola, Bishara, welcher den Ruf eines tüchtigen Soldaten hat, gestern schwer verwundet worden sei. Die Mahdisten, die El-Oasir kämpfend geräumt hatten, traten ihren Rückzug in der Richtung nach Dongola an. In englischen Blättern wird die Vermuthung geäußert, der Mahdi wolle die Egypter weiter in den Sudan hineinlocken, ehe er einen ernstlichen Angriff mache. —

— Kongo-Greuel. Die Mittheilungen des Engländers Patinter über Greuelthaten belgischer Offiziere am Kongo erhalten durch belgische Geistliche eine Verstärkung. Das belgische Blatt „Patriote“ veröffentlicht einige Aeußerungen katholischer Kongomissionäre, welche die schwersten Anklagen, wie Abschneiden von Ohren, Händen und Frauenbrüsten durch mehrere Kongo-Offiziere sowie den Wädchenhandel zur Versorgung der Harems befähigen. „Le Patriote“ fügt hinzu, den Missionären sei durch den geistlichen Vorgesetzten jede Enthüllung von Greuelthaten am Kongo strengstens untersagt.

Das muß ja ein netter Bruder in Christo sein, dieser geistliche Vorgesetzte! —

Internationaler Kongress für Frauenwerke und Frauenbefreiungen.

Die Berliner Gewerbe-Ausstellung war es, die in dem Kopf der betriebenen Frau Lina Morgenstern den Gedanken zeitigte, einen internationalen Frauenkongress in Berlin zu veranstalten und auf ihm das Ganze der Frauenbewegung auszustellen, ihren Berliner Hausfrauenverein und ihre kleine Person natürlich in erster Reihe. Frau Lina's Ruhm kann eine Auffrischung ganz gut vertragen, sind doch in den letzten Jahren eine Reihe begabter und tüchtiger Vorkämpferinnen für die Frauenrechte aufgetreten, die den Vorzug genießen, von jedermann ernst genommen zu werden und über welche Frau Morgenstern und ihre Volkstüchleinbestrebungen beinahe vergessen worden sind. Der Gedanke war nun einmal da, und er versprach wenigstens äußeren Erfolg; kein Wunder, daß auch die Vertreterinnen vorgeschrittener Anschauungen sich ihm anschlossen, um nicht der Verfasserin billiger Küchenrezepte das Feld ganz allein zu überlassen. Aber Frau Morgenstern verstand es, ihr Kolumbusrecht sehr energisch zu wahren, sie blieb an der Spitze und wußte dem ganzen Unternehmen den Stempel ihres Geistes aufzudrücken. Zu der Unklarheit und Verwirrung, die mit jeder ausschließlich bürgerlichen Frauenrechtstheorie nothwendig verbunden ist, trat eine Dosis unfreiwilligen Humors. Noch ein weiterer Umstand war geeignet, die Bedeutung des Kongresses von vornherein herabzudrücken: die einschleuderte Weigerung der Vertreterinnen nicht nur der deutschen, sondern auch der östereichischen Arbeiterinnenbewegung trotz bringender Einladung an den Verhandlungen theilzunehmen. Was sollten unsere Genossinnen in der bunten Menge? Mit ihrem klar erkannten und fest umgrenzten Programm, die Arbeiterinnen auf dem Boden des Klassenkampfes zu organisiren, pösten sie schlecht in den wirren Haufen wichtiger und gänzlich gleichgültiger Dinge, die die Tagesordnung des Kongresses bis zum Verfall füllten, in die Rath- und Ziellosgkeit der bürgerlichen Appellatinnen an die ewige Gerechtigkeit zu gunsten des Weibes hinein. Wenn noch von einer ernsthaften Debatte auf dem Kongress die Rede wäre, aber jede Diskussion ist, von zwei Sektionsführungen abgesehen, verpönt, ja für die Reden selber ist nur eine Zeit von je 15 Minuten vorgesehen, denn in den 25 Stunden, die der Kongress im Plenum versammelt sein wird, sollen nicht weniger als 100 Vorträge gehalten werden! Ebenso wie unsere Genossinnen fehlen auch die Vertreterinnen der evangelisch-sozialen Richtung, wie Frau Gnaus-Röhne, um die bekannteste unter ihnen zu nennen. Von den zweihundert Mitgliedern, die etwa erschienen sind, stellen die Angehörigen der im Frauenbund vereinigten deutschen Frauenvereine, insbesondere des Vereins „Frauenwohl“ und des Berliner Hausfrauenvereins die Mehrzahl; hierzu kommen eine beträchtliche Anzahl von Delegirten aus fremden Ländern; vertreten sind Oesterreich, Ungarn, die Schweiz, England, Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Schweden, Dänemark, Polen, Rußland, Amerika. Auch eine Armenierin ist erschienen. Unter den vielen hundert von Frauen befindet sich, auch wenn die Vertreterinnen der deutschen Arbeiterinnenbewegung weggelassen sind, gewiß manche Sozialistin, aber sie sind sehr in der Vereinselung, und vermußtlich wird sie der Verlauf des Kongresses davon überzeugen, daß der einzige Weg zur Emancipation der Frau in die sozialdemokratische Partei an die Seite der Proletarierinnen führt.

Von der festlichen Begrüßung im „Englischen Hause“ in der Mohrenstraße, die am Sonnabend Abend die Einladung zum Kongress bildete, ist nicht viel zu berichten. Es war drückend voll und die Organisation der Veranstaltungen ziemlich mangelhaft. Der Luxus der Toiletten fiel in die Augen; offenbar war die Berliner Bankiersfrau in zahlreichen Exemplaren vertreten. Zwischen den Seidenröcken und Brillanten felen die schmucklosen Kleider der Vertreterinnen der erwerbenden und lernenden Frau, der Lehrerinnen und Studentinnen, geradezu auf. Frau Morgenstern hielt eine kurze Ansprache, eine Holländerin, Frau Paighon, erwiderte im Namen der auswärtigen Delegirten. Hieran schloß sich die Deklamation dreier Gedichte, entschieden ein bißchen zu viel des Guten.

Die erste ordentliche Sitzung des Frauenkongresses fand am Sonntag Morgen im Festsaal des Rathhauses statt. Den Vortritt führte Frau Morgenstern. Von ihr rührte auch die geschmacklose Reimerlei her, die von einem behenden Komponisten zwischen Morgen und Abend, wie die Verfasserin vermußtlich zur Entschuldigung bemerkte, in Noten gesetzt war und nun von einem Frauenchor vorgetragen wurde. Die Stimmen klangen grell, und es war alles weniger als schön und feierlich. Die Eröffnungsbrede hielt wieder Frau Morgenstern. Man ersah aus ihr, daß die Gründerin der Volkstüchlein eifrig bemüht ist, dem

langbeinigen Zeitgeist nachzukommen. Nachdem sie ihr Prioritätsrecht an der Idee des Kongresses gebührend hervorgehoben, plätscherte sie munter in einem schäumigen Reich von Phrasen umher. Von der goldenen Zukunft der Menschenverbrüderung, von Frauenrecht, Frauenpflicht, Frauenwürde war viel die Rede. Den Schluss bildete ein Dank an Frau Gauer, die Vorsitzende des Vereins „Frauenwohl“, ein Dank an die Männer, die für die Sache der Frauen eintreten, ein Dank an die Presse und ein Dank an die Stadtvertretung.

Nun wurde in die Tagesordnung eingetreten und Berichte über den „Stand der Frauenbewegung“ entgegengenommen. Einzelne der Vorträge verdienen, daß genauer auf sie eingegangen wird. Das gilt vor allem auch von der Rede der Frau Marie Stritt aus Dresden, die den Reigen mit einem Bericht aus Deutschland eröffnete. Schon die Einleitung, die sie wählte, zeigte, daß sie sich zum Verständnis des wichtigsten Punktes in der Frauenfrage durchgearbeitet hat. Sie hob hervor, daß das Maschinenzeitalter die Frau aus dem sicheren Schutze des Hauses verdrängt und sie zum Erwerb gezwungen hätte. Damit aber sei erst die nothwendige ökonomische Basis für die Frauenbewegung geschaffen worden. Nach einem kurzen Ueberblick über die bisherigen Versuche auf dem Wege der Vereinsthätigkeit für bessere Allgemeinbildung und Berufsbildung der Frau zu sorgen, gelangte die Rednerin zu der Feststellung, daß trotz allem Eifer diese Veranstaltungen nicht mehr zureichten; ganz andere viel umfassendere Maßregeln müßten getroffen werden. Als leitenden Grundsatz für alle diese Maßnahmen im Interesse der arbeitenden Frau stellte Frau Stritt den Satz auf: Gleicher Lohn bei gleicher Leistung. Noch sei man weit hiervon entfernt. Staat und Kommune thäten fast nichts für die Frauen. Als Charakteristikum ergabte die Rednerin, daß eine Stadtvertretung sich gewicert habe, 360 M. für die Einrichtung stenographischer Lehrkursus an der einzigen städtischen höheren Mädchenschule zu bewilligen und zwar mit der Begründung, daß die Ausbildung von Stenographinnen den Männern nur noch mehr Konkurrenz bereiten würde. Diefelbe Vertretung habe aber ohne zu zuden 45 000 M. für die Aus schmückung der Straßen beim Einzug einer Fürstlichkeit bewilligt. Rednerin forderte weiter die Erziehung besonderer Spinnakademie und die Oeffnung der Universitäts wenigstens der medizinischen und philosophischen Fakultät für junge Mädchen. Die wirtschaftliche, soziale und gefühlige Föhrigkeit der Frau verhinere, daß auf dem Wege der Berufsgenossenschaft viel für die Frau zu erreichen sei. Habe doch bisher die erwerbende Frau, wenn sie verheirathet war, für den Mann erworben, der das Verfügungrecht über ihr Einkommen besaß. Deshalb seien die Unverheiratheten im berufsgenossenschaftlichen Zusammenschluß voranzugehen. Rednerin erwähnte den seit einigen Jahren bestehenden Berliner Verein weiblicher Handelsgeschäftler mit 9000 Mitgliedern und den Allgemeinen deutschen Lehrerinnen-Verein, der viel für die Interessen des Standes gethan habe. Nun kam Frau Stritt auf die Arbeiterinnenfrage zu sprechen. Sie, die auf dem linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung steht, hat gegen die Organisation der Arbeiterinnen nichts einzuwenden, betrachtet sie im Gegentheil als eine ebenso nothwendige wie schwierige Aufgabe. Aber der Anschluß der Arbeiterinnen an die Sozialdemokratie ist ihr jwider, und ihr Kerger sond folgenden Ausdruck: Gegensätze in der Politik haben zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung eine Kluft geschaffen, die leider hier und da durch Massenbath und Fanatismus erweitert wird.“ Als Ideal schwebt Frau Stritt die englische Gewerkschaftsbewegung vor. Die englischen Frauen gehen in der Arbeiterinnenfrage, die sie nicht als eine politische, sondern als eine wirtschaftliche betrachten, stets einmüthig vor.“ Jedemfalls sei die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiterinnen auch von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Deutschlands längst erkannt, und hofft Rednerin, daß die nächsten Jahre ein besseres Einvernehmen zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung bringen werden, so daß es dann wenigstens heißen könnte: Getrennt marschiren, aber vereint schlagen. — Nächst der wirtschaftlichen sei die Eittlichkeitsfrage der Kernpunkt der Bewegung. Hier müsse vor allem gegen die Geltung einer doppelten Moral für Männer und Frauen und gegen den Schandfleck der Prostitution, die staatllich anerkannte und geschützte Prostitution, die tiefste Schmach und Erniedrigung des Weibes, gekämpft werden. — Rednerin wandte sich hierauf der Schilderung der Agitation zu, die die Frauen gegen das neue Bürgerliche Gesetzbuch entfaltet hätten. Obwohl die Forderungen der Frauen nicht nur von der sozialdemokratischen Fraktion, die im Reichsthat geschlossen dafür eintrat, sondern auch von einzelnen Abgeordneten anderer Parteien unterstützt wurden, sei das Resultat der Agitation negativ gewesen. Um so deutlicher trete die Nothwendigkeit hervor, daß Frauen in m. r e c h t o f f i e l l auf das Programm der deutschen Frauenbewegung zu setzen. Wozu Verschieden spielen? Verlangen wir unser volles Bürgerrecht.

Kunst und Wissenschaft.

Das Deutsche Theater am Sonnabend die Bühnendichtung „Hannele's Himmelfahrt“ von Gerhord Hauptmann zum ersten Male aufgeführt. Als „Hannele“ entstand, war es vom Schauspielhause ins Repertoire aufgenommen worden. Die Vorstellungen des Schauspielers wurden aber jäh abgebrochen, wiewohl doch im „Hannele“ gewiß nichts wider Sitte und Ordnung verstoß. Das lam so. Der Dichter der „Weber“ sollte getroffen werden, die unvorsichtigen Leiter des Schauspielhauses, die sich eines Werkes der jungen Literatur annehmen, sollten ihren Denksettel empfangen, und so wurde Hauptmann's Wert aus dem Schauspielhause verbannt. Seit der Zeit herrschen dort wieder eitel Ruhe und Frieden und der Hausdichter des Hoftheaters heißt Richard Stornowet. — Jetzt nach zwei Jahren ist Hannele's Himmelfahrt vom Publikum unbesangener aufgenommen worden, als früher. Es gab kein Kopfschütteln mehr über den „mystisch“ gewordenen Hauptmann, keinen Kampf zwischen Entbehrten und Gegnern. Man fühlte, daß das Hannele weder mit rüchdriftlichen, noch mit revolutionären Tendenzen irgend etwas zu thun habe und daß am Ende die Trauergeschichte eines armen, zu Tode gepeinigten Kindes aus dem Vorstellungskreis entfernen müssen, in dem dieses Kind sich eben bewegt; und seine Vorstellungen waren biblisch-religiöser Natur. Dazu lam noch, daß die Bühnenaufführung im Deutschen Theater im ganzen schlechter und prunkloser war, von der Hauptsache also, dem Glend des gemarterten Kindes, das in seiner Todesstunde ein einziges, flüchtiges Traumglück kostet, weniger abjog. Im Schauspielhause wurden die Trauererscheinungen mit opernhastem Pomp dargestellt. Fast lam es heraus, als seien die wirren Fieberphantasien Hannele's wie eine bedeutungsvolle Lehre aufzunehmen: Verzaget nicht, ihr Getretenen, der Himmel wartet Euer! Diese Irreführung war im Deutschen Theater, wo die Szenen im Armenhause und an Hannele's Sterbelager, wenn Arzt, Lehrer und Diakonissin anwesend sind, ganz besonders gut gelungen. Hier fanden Frau v. Böllmih, Reichert (Lehrer Gottwald) und insbesondere Mittner als trefflicher Waldarbeiter Seidel Löwe, die gerade, weil sie so naturföhrlich waren, nachhaltig ergriffen. Das Hannele war von Fel. Stagle mit gutem Verständnis, nicht immer aber mit gleich gutem Gelingen gegeben.

Vor Hauptmann's „Hannele“ wurde zum ersten Male das kleine Schauspiel „Ohne Liebe“ von Frau v. Ebner-Schönbach gegeben. Die deutsch-österreichische Dichterin gilt heute als eine der trefflichsten Erzählerinnen der Gegenwart. Das Weibliche, das man dem Frauen- und Gartenlauben-Roman nachsagt, fehlt bei ihr, einer ersten, lug nachsinnenden Beobachterin. Den Zug zum Kraftvollen bemerkt man an dem Einakter „Ohne Liebe“ weniger. Der stellt sich als bescheidene,

aber anmuthbelebte Plauderei zu dem Thema von den müßigen Gesellschaftsdamen dar, die, weil ihr Leben sonst keinen Inhalt hat, ihre Gatten mit hysterischer Verliebtheit folgern. Der Konversationskünstler, den dieses Stück erfordert, wurde von den Schauspielern, den Herren Reichert und Sauer und Frau Marie Meyer ausgezeichnet wiedergegeben und neben ihnen führte sich eine Debutantin, Annie Trener, mit ihrem klugen und sympathischen schauspielerischen Wesen trefflich ein.

Leffing-Theater. Kollege Crampton, Komödie in 5 Aufzügen von Gerhert Hauptmann. Das treffliche Stück Hauptmann's ist und so lange vorenthalten worden, als Georg Engels von Berlin fernblieb. Mit ihm lam die Komödie wieder vor das Berliner Publikum. Tüchtig und über alles Lob erhaben war die Leistung des bedeutenden Schauspielers. Das Publikum zeigte sich freilich nicht so dankbar wie bei der Vorföhrung des Herrn Senators. Daran war in erster Linie die Zuhörerföhrung selber schuld, der die Wize der Schöndthan und Stadelburg muntergeherter waren, als die tiefe Charakteristik der Menschen im „Kollege Crampton“. Aber nicht nur das Publikum trug die Schuld, sondern auch das Ensemble, in dem Georg Engels wirkte. Das Personal des Leffing-Theaters ist eben viel geeigneter, Georg Engels im „Herrn Senator“, als im „Kollege Crampton“ zu unterstützen. Unbedingt auszunehmen von diesem Urtheil ist Karl Waldow, der in mustergültiger Weise den Dienstmann Köfler darstellte. Fräulein Jäger als Tochter Crampton's, die Herren Angermann und Werten als Malermeister und Herr Stodhausen als Adolf Ströhler waren ihren Rollen ziemlich gewachsen, was von den anderen Darstellern, auch von dem als Gast sich dem Publikum vorstellenden Herrn Ulrich nicht gesagt werden kann.

Frau Marie Korratid, Herr Keithur Röndch und ein Violoncellist werden beim Orgelvortrage des Herrn Musikdirektor Dietel Mittwoch, den 23. September, Mittags 12 Uhr, in der Marienkirche mitwirken. Der Eintritt ist frei.

Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte. Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Zur 88. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte sind viele hervorragende Gelehrte, darunter die Professoren Virchow-Berlin und v. Ziemssen-München, hier eingetroffen. Die Stadt ist reich beslagt. Die Veranstaltungen begannen am Sonntag Vormittag mit der Grundsteinlegung zum Denkmale des Begründers der elektrischen Telegraphie, des Frankfurter Arztes Samuel Thomas von Soemmerring, an der die Spitzen der Zivil- und Militär-Verbörden, die Stadtvertretung, die Abtheilungsvorstände des Naturforschertages sowie zahlreiche Abordnungen theilnahmen. — Bei der Begrüßungsfeier des deutschen Naturforscher- und Aerztetages am Sonntag, zu welcher sich etwa 2000 Mitglieder in den Räumen des Saalbau's ver-

sammelt hatten, hielt Professor Dr. König namens des Ortsausschusses die Begrüßungsansprache, in welcher er mittheilte, daß eine äußerst große Zahl von Vorträgen angekündigt sei.

In Leipzig ist am Sonntag der erste Fortbildungsschultag eröffnet worden. Nach langer Debatte über die Nothwendigkeit der allgemeinen Ausbildung des Fortbildungsschulwesens wurden folgende Beschlüsse angenommen: 1. Die wissenschaftliche, politische und soziale Entwicklung unserer Zeit erfordert einen Ausbau unseres nationalen Erziehungswesens nach der Richtung der Fortbildungsschulen, die sich organisch an die Volksschule anlehnen hat. Die Fortbildungsschule muß daher den ein reicheres Verhältniß voraussetzenden von der Volksschule nicht zu bewältigenden Lehrstoff aufnehmen, der aus der Entwicklung des öffentlichen Lebens in Reich, Staat, Gemeinde und Volkswirthschaft sich herausgebildet hat; sie muß den jungen Menschen bezüchlich möglichst Vorbildern und erzüchlich auf ihn einwirken, besonders auch nach der Richtung der Achtung vor Gesetz, Ordnung und Sitte. 2. Die Fortbildungsschule muß in ihrem Endziel eine solche mit verbindlichen Besuche sein. Doch werden alle Bestrebungen, welche das Fortbildungsschulwesen nach der genannten Richtung vorreit auch auf dem freiwilligen Wege fördern, dem Verbands willkommen sein. 3. Der Verband wird aufgefordert, für diese Ideen im Volke zu wirken, das Fortbildungsschulwesen pädagogisch nach den Forderungen der Zeit weiter auszubauen und endlich auch der Frage der Ausbildung von Fortbildungsschul-Lehrern in besonderen Kursen näher zu treten. Wegen der inzwischen vorgeföhrten Verhandlung abgeseht. Der nächste Fortbildungsschultag soll 1897 in Kassel stattfinden. Man wird die Herren, die auf dem Fortbildungstag den mitgetheilten Themen zustimmen, wohl kaum mißverstehen, daß die Achtung vor Gesetz, Ordnung und Sitte“, zu der der Fortbildungsschüler erzogen werden soll, nichts anderes bedeutet, als eine neue Variation des ebenso vielseitigen wie erfolglosen Kampfes gegen den „Umschw“. Die guten Leute, welche in Leipzig versammelt waren, sollten doch aus Erfahrung wissen, daß mit solchen Dingen dem guten Kern der Fortbildungsschulen nur geschadet wird. Viel angemessener wäre es, die Meister und Unternehmer, die vielmehrtheils entweder ihre Lehrlinge geföhrlich vom Besuch der Fortbildungsschulen fernhalten, oder sie so auszubilden, daß die jungen Leute todtmüde und daher ohne Nutzen dem Unterricht beizuwohnen, zur Achtung vor Gesetz, Ordnung und Sitte zu erzücheln.

Die berühmte Söngerin Frau Katharina Klafsky ist wie dem „B. Z.“ aus Hamburg gemeldet wird, plötzlich sehr schwer erkrankt. Es mußte eine Trepanirung des Schädels vorgenommen werden.

Unsere ehrlichen Freunde und unsere ehrlichen Feinde wissen, daß wir auf der Mitte des Weges nicht Halt machen werden. Unsere letzte glänzende Niederlage in der Familienrechtsfrage hat als beste Propaganda für uns gewirkt. Alle denkenden Frauen, die bisher noch abseits standen, haben hierbei gesehen, wie es praktisch mit der Hochachtung vor dem weiblichen Geschlecht bestellt ist, der uns die Männer so oft versichern. Die Frauen müssen ihre Sache selbst energisch in die Hand nehmen. Jedes Volk, jede Klasse, jedes Geschlecht, das von einem anderen das Gesetz empfängt, befindet sich im Zustande der Sklaverei! Der Kampf um unser Bürgerrecht ist der schwerste, aber wir müssen ihn endlich beginnen. Mit einem Aitak aus Tschernischewsky's „Was thun?“ schloß Frau Stritt ihre mit großem Beifall aufgenommene, äußerst lebendig vorgetragene Rede.

Es folgte der Bericht einer armenischen Kertin aus Tiflis über die armenische Frauenbewegung. Leider sprach Fräulein Margarethe Melik Beglarjan so leise, daß an dem ungünstig aufgestellten Tisch für die Presse fast nichts zu hören war. Nur soviel war zu vernehmen, daß etwa 120 Armenterinnen auf Universitäten studiren. Es gebe mehrere Mädchengymnasien in Armenten; überhaupt sei ein starker Bildungstrieb bei dem ganzen Volke zu konstatiren.

Ueber den Stand der dänischen Frauenbewegung berichtete Fräulein M. Müller aus Kopenhagen. Die Dame vertritt den dänischen Frauenverein und berichtet über seine Tätigkeit, die sich ganz in bürgerlichen Bahnen bewegt. Der Verein hat u. a. auch eine Enquete über die Lage der Kopenhagener Mäherinnen angestellt und herausbekommen, daß der wesentliche Grund für die schlechte Stellung der Mäherinnen in ihrer mangelhaften Ausbildung zu suchen ist, weshalb eine Fachschule für Mäherinnen gegründet worden ist. Kein Wunder, daß die dänischen Arbeiterinnen, soweit sie in Fachvereinen organisiert sind, von dem dänischen Frauenverein „nichts wissen wollen“. — Als Vertreterinnen der englischen Frauenrechtlerinnen sprachen Mrs. Demiston-Ghant und Miss Snowd, die von großen Fortschritten der Bewegung in den letzten Jahren zu berichten hatten. Mrs. Demiston-Ghant ist die erste Frau, die in Europa die Kanzel betreten hat. Miss Snowd plädierte besonders lebhaft für das aktive und passive Wahlrecht der Frau. Wenn die Männer die Frau herabsetzten, setzten sie sich selbst herab. (Beifall.) Fräulein Dr. R. Schirmer sprach hierauf einen Auszug aus dem Bericht der Mme. Potonié-Pierre in Paris. Hiernach befaßten sich in Paris sämtliche Gesellschaftsklassen mit der Frauenfrage, am intensivsten die Sozialisten, doch verlangen die Letzteren, daß die Arbeiterinnen in die Organisationen der Arbeiter eintreten. Frau Potonié-Pierre hält dies nicht für praktisch, weil die Frau in diesen gemeinsamen Vereinen nicht genug zur Selbständigkeit erzogen werde und wünscht internationale Verständigung zwischen den Arbeiterinnenvereinen. Den französischen Frauen sind die Universitäten geöffnet. Stellungen in der Post, Telegraphie- und Eisenbahn-Verwaltung sind ihnen zugänglich; eine Frau ist sogar Stationsvorsteher. Aus ihrer persönlichen Erfahrung fügte Fräulein Schirmer dem Bericht hinzu, daß sie vor einem Jahre auf einem Pariser Frauentage sehr freundlich aufgenommen worden sei und keine Spur von Chauvinismus bemerkt habe.

Baronessa Alexandra Gripenberg berichtete über die Tätigkeit des finnländischen Frauenvereins und versicherte, daß der Verein seine Hauptaufgabe darin erblicke, den Proletarierinnen seine Pforten weit zu öffnen und ihre Interessen wahrzunehmen. — Ebenso hob der Bericht der Delegirten der Mailänder Liga für den Schutz der Fraueninteressen, der Frau Dr. mod. Paolina Schiff, für die Fräulein Schirmer deutsch sprach, rühmend hervor, daß die besten und intelligentesten Vorkämpferinnen für die Frauenfrage aus den Kreisen der Mailänder Arbeiterinnen stammten. Der Mailänder Verein hat es sich außerdem als besondere Aufgabe gestellt, für die Erziehung der schulentlassenen Kinder zu sorgen; in Italien hört der Schulzwang für Kinder über 10 Jahre auf. — Die zweite italienische Delegirte, die Dottressa der Medizin, Maria Montessori, überbrachte Grüße aus Rom, die aus schönem Munde recht liebenswürdig klangen, wenn sie auch nichts Charakteristisches weiter enthielten. Die Holländerin Frau Haghton polemisierte in ihrem Bericht gegen diejenigen Sozialdemokraten, die den Frauen rathen, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, weil nach dem Siege der Proletarier den Frauen alles von selbst zufallen würde. Die Frauen sollten den schönen Versprechungen nicht trauen; die Geschichte zeige, daß die Männer immer nur für sich selber sorgten.

Von solchen Unklarheiten und Uebertreibungen hielt sich der Bericht der Frau Schlesinger-Greifin über die österreichische Frauenbewegung vollständig fern. Er machte in seiner Klarheit den besten Eindruck, der auch dadurch nicht beeinträchtigt wurde, daß Frau Morgenstern, durch die sozialistische Färbung der Rede beunruhigt, die Rednerin durch Unterbrechungen störte und sie fortwährend zur Kürze ermahnte. Frau Schlesinger-Greifin sagte: In Oesterreich wie überall theilt sich die Frauenbewegung in eine Arbeiterinnenbewegung und eine bürgerliche Frauenbewegung. Da die Führerinnen der Arbeiterinnenbewegung bedauerlicherweise der Einladung, hier zu erscheinen, nicht gefolgt sind, so kann nur über die letztere berichtet werden. Doch will ich bemerken, daß die organisierten Arbeiterinnen in Wien von ihren männlichen Genossen kräftig unterstützt und in den Organisationen diesen vollständig gleich gestellt sind, wie ja die Sozialdemokratie überhaupt die einzige Partei ist, die nicht nur in ihrem Programm die Gleichberechtigung der Frauen fordert, sondern auch praktisch mit ihr Ernst macht. Die bürgerliche Frauenbewegung in Wien begann im Jahre 1889 mit der Gründung eines Frauenwahlrechts-Komitees, das seither wiederholt große Frauenversammlungen einberufen hat, um das Wahlrecht der Frau zu fordern. Einen radikalsten Charakter aber bekam die Frauenbewegung in Wien erst mit der im Jahre 1898 stattgefundenen Gründung des Allgemeinen österreichischen Frauenvereins. Der Verein hat zur Devise: Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück, und hat erkannt, daß die Lösung der Frauenfrage in der ökonomischen Unabhängigkeit der arbeitenden Frau nicht nur vom Manne, sondern auch von der privatkapitalistischen Ausbeutung beruht. Leider stehen dem Verein die Mehrzahl der bürgerlichen Frauen, die jeder Dummkopf in ihren Ansichten schwanken machen kann, verständnislos gegenüber; auch kann der Verein wegen seiner antikapitalistischen Tendenzen nur unter großen Schwierigkeiten seine Tätigkeit ausüben, doch gelang es ihm, werthvolle Vortragsabende und Unterrichtskurse zu veranstalten und sich mit dem Wahlrecht der Frau, der Prostitutionsfrage zu beschäftigen. Er hat ferner ein Frauen-Rechtshilfsinstitut ins Leben gerufen, das den unbemittelten Frauen, auch den Verachteten und Ausgestoßenen zu ihrem Recht verhelfen soll. Schließlich betheiligte sich der Verein an der in diesem Jahre in Wien abgehaltenen bedeutungsvollen Arbeiterinnenenquete. Als seine wichtigste Aufgabe sieht der Verein es an, die Frauen durch Ueberwindung jedes falschen Schamgefühls und durch Ausrichtung auf trüger Ruhe und Gleichgültigkeit für große soziale Reformen vorzubereiten. (Beifall.)

Die Zeit war inzwischen soweit vorgerückt, daß auf die Erstattung dreier weiterer Berichte, die noch auf der Tagesordnung standen, verzichtet und die Sitzung geschlossen wurde.

II.

Die Montag-Vormittags-Sitzung des Kongresses, die nicht ganz so zahlreich wie die Sonntag-Sitzung, inmechtin aber von 6 bis 700 Frauen besucht war, wurde von Frau Wiedemann geleitet. Auf der Tagesordnung standen „Kindererziehung und Jugendhorte“.

Wie es nicht anders sein konnte, war das Ergebnis der Verhandlungen sehr geringfügig. Unter den Vortragenden

war nicht einer, der das Thema kritisch behandelte und die klägliche Wasserluppen-Reform, die sich breit machte, zurückgewiesen hätte. Frau Dr. Henriette Goldschmidt aus Leipzig sprach über die „internationale Bedeutung Friedrich Fröbels“. Es ist der allen würdigen Dame, die noch eine Repräsentantin der Zeit ist, wo die Bourgeoisie die Klassiker liebt und für ewigen Frieden, Naturreligion und dergleichen schwärmt, nicht zu verdenken, wenn sie die Bedeutung Friedrich Fröbels überschätzt, dessen Ideen sie ein Leben lang propagirt hat. Sie ist so sehr von diesen Ideen durchdrungen, daß sie an eine Art Einjährig-Freiwilligendienst für junge Damen denkt, die sich als freiwillige Kindergärtnerinnen, in den Dienst des Volkshums stellen sollen. Ueber die „Jugendhorte“ berichtete ein Dr. Aurelius Schmidt, dessen Vater in Erlangen den ersten Knabenhort gegründet hat. Diese Thatsache war das einzige Positive, was man aus dem Vortrage des Herrn, dem allerdings nur zehn Minuten Redezeit bewilligt waren, erfuhr. Im übrigen lobte er einige, der übrigen Welt unbekannte Erlanger Bürger wegen ihrer Verdienste um die Sache der Jugendhorte. — Frau Anna Blochow aus Berlin hatte über das gleiche Thema schriftlichen Bericht erstattet, den Fräulein Rasche verlas, wegen Zeitmangels aber nicht bis zum Ende vorlesen durfte. Frau Blochow steht in den Jugendhorten ein Mittel zur — Ausgleichung der Klagen, in den Mädchenhorten außerdem eine Ausbildungsschule für die so rar werdenden Dienstmädchen. Der praktische Sinn der Bourgeoisie verweigerte sich also nicht. Als ein weiteres großes Mittel zur Befreiung der sozialen Gegensätze wurden die „Volkshilfsunterhaltungs-Abende“ gerühmt. Die Rednerin Fräulein M. Strich aus Weimar sprach als wohlmeinende und gemüthliche Provinzialin darüber. Sie war ehrlich genug, zu sagen, daß in Weimar sich nur der mittlere und kleine Bürgerstand für die Volkshilfsunterhaltungsabende interessirte, und daß sich den Veranstalterinnen manchmal die Frage aufdränge, ob die Sache überhaupt einen Nutzen hätte. Versammlungen, die von vierhundert Personen besucht waren, erschienen der Weimarerin als großer Erfolg.

Mrs. Park aus Glasgow berichtete über die Day nurseries; das sind Anstalten, in denen Kinder im Alter von 6-12 Jahren, deren Mütter in die Fabrik gehen, des Nachmittags beaufsichtigt werden. Die Rednerin sah in der Wirksamkeit von Damen der Bourgeoisie als Leiterinnen solcher Anstalten ein wichtiges soziales Moment.

In diesen Vorträgen, die sich mit dem Thema der Vormittags-Sitzung beschäftigten, traten noch zwei Berichte. Fräulein G. G. eine deutsche Lehrerin in Porto, plauderte sehr anregend über das Leben der Portugiesinnen und schilderte ihre tiefe Unwissenheit und völlige Unmündigkeit. Eine russische Kertin, Anna v. Schabanoff aus St. Petersburg, berichtete über den „Verein russischer Frauen“, einen Unterstützungsverein, der Buchhalterinnen u. s. w. ausbildet, ein Stellenvermittlungsbureau eingerichtet hat und literarische und musikalische Unterhaltungsabende veranstaltet. Es ist begreiflich, daß die russische Regierung diesen Verein erlaubt hat.

Als Einleitung war den Verhandlungen heute die Verlesung eines energischen Mahnworts an den Kongress von der fünfundsüßigjährigen Gräfin Butler-Dainhausen vorangegangen. Es heißt in dem Mahnwort:

„Vereint Euch, Ihr Frauen Deutschlands, und steht gemeinsam auf für Euer Recht, für das Recht der Mütter an ihren ehelichen Kindern, für das Recht der außerhehlichen Kinder an ihren natürlichen Vätern, und für das Recht der „lebigen Mütter“ an diesen ihren armen Kindern! Laßt nicht nach, die Gütertrennung in der Ehe und die freie Verfügung über Euren Besitz und Erwerb zu verlangen!“

Begreift es endlich, daß die Machtlosigkeit über Euer Kind, und die Machtlosigkeit über Euer Vermögen die Ketten sind, die Eure Hände fesseln, und Euren Willen brechen.

Ihr Satten, werft Eure Justizdenkmal, Ihr Ungläubigen, werft Euer dumpfe Hoffnungslosigkeit über Bord. Das sind die Gemächte, die Euch und Euer Kind in den Grund ziehen. Werdet unzufrieden mit Euch selbst und mit dem Bestehenden! Hasset Muth und arbeitet an der Vorbereitung des Kommenden! Die Ungerechtigkeit ist die Mutter alles Fortschrittes.“

Der Kongress beschäftigte sich stat dessen mit bürgerlicher Wohlthätigkeitshumbung.

In der Nachmittags-Sitzung wurde über „Mädchen-erziehung, Lehrerinnenbildung und Berufsschulen“ verhandelt. Die Vorträge fanden im allgemeinen über dem Niveau der Reden in der Vormittags-Sitzung. Eine Berliner Volkshilfslehrerin, Fräulein Wietner, sprach über die deutschen Frauen an der Volksschule. Sie schilderte die Stellung der Lehrerin in Deutschland und hob hervor, daß es in Sachsen-Altenburg und Schaumburg-Lippe überhaupt noch keine Volkshilfslehrerinnen giebt. Nur in Sasch Volbringens kommt die Zahl der Lehrerinnen der der Lehrer gleich. Dort giebt es auch weibliche Schulleiter, die sonst nur in einigen katholischen Schulen Kölns und in Baden anzutreffen sind. Das niedrigste Gehalt einer Lehrerin beträgt 600 M., das höchste 2000 M., das in Frankfurt a. M. bezahlt wird. Dresden und Leipzig zahlen 2400 M., dann erst folgt Berlin mit 2000 M.; hierauf schließen sich München, Breslau, Prag und Hamburg. Die Rednerin schloß mit der Aufstellung folgender Forderungen: Gleiche Rechte für weibliche und männliche Lehrer, Anstellung einer größeren Zahl von Lehrerinnen, Uebertragung der Leitung von Mädchenschulen an Lehrerinnen, gleiche Befoldung bei gleicher Leistung und weibliche Schulaufsicht. Was den letzten Punkt betrifft, so führen gegenwärtig Männer selbst über den Handfertigkeitsunterricht die Oberaufsicht. (Heiterkeit.) Rednerin betonte, daß die Frau für die Erziehung der Kinder geeigneter sei als der Mann, weil sie sich zartere Empfindungen bewahrt habe. — Hieran schloß sich ein Vortrag der Frau Tschöbgen-Dimitroff über die „russische Volkshilfslehrerin“, der die Schwierigkeiten schilderte, mit denen die Sache der Volkshilfsbildung in Rußland überhaupt zu kämpfen hat; in letzter Zeit seien aber große Fortschritte erzielt worden.

Fräulein Margarethe Jäger sprach hierauf über Fortbildungsschulen. Es war der erste kritische Vortrag des Tages. Die Rednerin führte den zwingenden Nachweis, daß das, was den Kindern des Volkes als Ergänzung des vollständigen ungenügenden Elementar-Schulunterrichts geboten würde, ebenso ungenügend sei wie dieser. Hierzu komme noch der fakultative Charakter der Fortbildungsschule. Nur bei den höheren Schulen sei von einer Ueberbürdung der Schüler des Langes und Breiten die Rede, daß auch die Fortbildungsschüler aufs äußerste überbürdet würden, werde ganz übersehen. Eine Reform der Schule an Haupt und Gliedern lasse sich nicht länger aufschieben. Die Schule müsse wieder in Verbindung mit dem Geistesleben der Gegenwart, der das soziale Gewissen zu schlagen beginnen, gebracht werden. An stelle der verschiedenen Bildungsanstalten müsse die Einheitschule treten, zu der die Volksschule unter bedeutender Erweiterung ihrer Unterrichtsgeschichte, und der Zeit, die ihr das Kind anzuwenden hat, umzubilden ist. Die Fortbildungsschulen müßten obligatorisch werden und gewerbliche Ausbildung geben. (Lebhafter Beifall.) Die Oberlehrerin Fräulein Herrmann sprach sodann über höhere Mädchenschulen; sie verlangte die Gründung von Oberrealschulen für das weibliche Geschlecht als Vorstufe für den Universitätsbesuch. Den Schluß der Sitzung füllten Berichte über die Lage der englischen, französischen, italienischen und finnischen Lehrerinnen aus, nachdem vorher noch Fräulein Pauline Dupont aus Paris ein neues pädagogisches System empfohlen hatte, das sie in ihrem Institut anwendet, und das Strafen, Belohnungen und Klassenverfetzungen vollständig abschafft.

Partei-Nachrichten.

Das offizielle Protokoll des internationalen Arbeiterkongresses in London ist, wie uns mitgeteilt wird, von Dr. Kveling, der von dem Bureau mit der Arbeit betraut war, im englischen Manuscript fertig gestellt, so daß der Druck sofort beginnen kann.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß das Organisations-Komitee des Londoner Kongresses — das „Zürcher Komitee“ — nun seine Arbeiten beendet, und für die gemachten Ausgaben bereits von den offiziellen Auditoren (Kontrollleuten) des Trades Unions-Kongresses Decharge erhalten hat. Die Schlussrechnung des Komitees fand nämlich am 8. v. M. in Edinburgh statt, wo sämtliche Mitglieder als Delegirte oder Berichterstatter des Trades Unions-Kongresses zugegen waren. Die Gesamtkosten des Kongresses belaufen sich auf 833 Pfd. 4 Schill. 4 Pence (18 664 M. 82 Pf.), sind also noch beträchtlich höher, als wir bisher angenommen hatten. Die Summe ist zur einen Hälfte von dem Organisationskomitee, zur andern vom Parlamentarischen Komitee der Trades Unions aufgebracht worden.

Zur Beachtung! Wie bereits bekannt gegeben, werden die Vertreterinnen der Arbeiterinnen nicht an dem internationalen Frauenkongress theilnehmen, der hier in Berlin vom 19.—23. September tagt. Um nun allen, besonders den zur Zeit anwesenden bürgerlichen Frauen, die dem Kongress beiwohnen, Gelegenheit zu geben, die Gründe kennen zu lernen, welche bei der Ablehnung bestimmend waren, werden in zwei Volksversammlungen, am 23. September, abends 8 Uhr, bei Lips am Friedrichshain (nicht in den Arminhallen) und am 25. September bei Martens, Friedrichstr. 298, abends 8 Uhr, Frau Lily Braun, Fräulein Ottilie Baader, Frau Greifenberg, Frau Emma Jäger, Frau Martha Rohlfach und Frau Clara Jettin aus Stuttgart referiren. Um zahlreichen Besuch dieser Versammlungen bittet Frau Ottilie Gerndt, Vertrauensperson.

Die „Brandenburger Zeitung“ veröffentlicht folgende Erklärung: „Wie uns von maßgebenden Genossen in Berlin mitgeteilt wird, werden dort in Arbeiterkreisen Gerüchte kolportirt, als sei die Wiederaufstellung unseres früheren Kandidaten, des Genossen Ewald, bei der jetzt bevorstehenden Reichstagswahl nur deswillen unterblieben, weil gegen Ewald als Mensch und Parteigenossen Bedenken geltend gemacht worden seien. Diesen Gerüchten gegenüber sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß der Wechsel in der Kandidatur, nach eingehender Berathung mit den Genossen des Kreises und unter Zustimmung des Genossen Ewald, nur aus rein taktischen Gründen und ohne jeden Bezug auf die gar nicht in Frage gestellte persönliche und partigenössische Ehrenhaftigkeit des Genossen Ewald erfolgt ist. Jede andere Darstellung des Vorganges beruht entweder auf falscher Information oder böswilliger Entstellung. Das Wahlkomitee von Brandenburg, Westhavelland, S. Rudeck, Brandenburg a. S. Wilh. Friesede, Rathenow, Ferd. Ewald, Berlin.“

Aus dem Wahlkreise Calau-Luckau wird uns geschrieben: In unserem Kreise beginnt sich's wieder zu regen. Am Sonnabend tagte in Dobrilug eine Volksversammlung — seit 1890 die erste — die geradezu glänzend verlief. Wohl war das neu errungene Lokal nicht sehr groß, aber es war besetzt bis zum letzten Platz. Unser Reichstags-Kandidat, Redakteur Eichhorn aus Dresden, hielt einen Vortrag über die Ziele der Sozialdemokratie, der mit jubelndem Beifall aufgenommen wurde. Der Beifall steigerte sich nach dem Schlußwort des Referenten zu stürmischer Zustimmung. Der ganze Verlauf der Versammlung läßt uns hoffen, daß wir auch in Dobrilug auf eine kampfstüchtige Truppe zählen können.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Straßburg i. E. ist die sozialdemokratische Kandidatenliste mit 1489 Stimmen. Trotzdem die Gegner alles angeboten hatten, um ihre gemeinsame Liste durchzuführen, blieb diese mit 1044 Stimmen in der Minderheit. Da die Wahl Sonntag vor sich ging, also an einem Tage, wo jedem Arbeiter die Theilnahme möglich war, darf das Resultat wohl als unansehnlicher Beweis dafür gelten, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft Straßburgs thätig für die Sozialdemokratie steht.

Aus Genu wird telegraphirt, daß die Verwaltung des „Corrait“ den Korrespondenten des Rheinwärtischen Anarchistenblattes „Recht vor Allen“ wegen der bekannten verleumdenden Mittheilungen, die dieser über die genannte Genossenschaft veröffentlichte, einstimmig ausgeschlossen hat.

Volksblätter, Gerichtliches etc. — Das „Volksblatt für Halle“ hatte während der letzten Reichstags-Verhandlungen folgende Notiz gebracht: „Wann wird die Staatsanwaltschaft gegen die vier Vereine eingeklagt, welche unter wiederholter öffentlicher Verletzung des Gesetzes gemeinsam für die Kandidatur Rühme eintraten und auch Versammlungsanfragen gemeinsam unterzeichnen?“ Der Erste Staatsanwalt zu Halle sowie die übrigen Mitglieder der dortigen Staatsanwaltschaft streuen deshalb wegen Verletzung Strafantrag, das Landgericht leitete die Eröffnung des Hauptverfahrens ab, das Oberlandesgericht zu Naumburg ordnete dasselbe jedoch an. Der verantwortliche Redakteur des „Volksblatts“, Genosse Manigel, wurde nun dieser Tage vom Landgericht der Verletzung für schuldig befunden, weil der Staatsanwaltschaft der Vorwurf der Pflichtwidrigkeit gemacht worden sei, obwohl sie während der Reichstagswahl gegen das vereinigte Wahlkomitee der Konservativen, der Deutsch-Sozialen, der Mittelstandspartei und des Bundes der Landwirthe gar nicht habe einschreiten können. Die Strafe lautete auf 20 M.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Glaser Berlins und Umgebung. Wie das in der Versammlung am Sonntag mitgetheilte Resultat ergeben hat, ist die Uneinigkeit und die Jagheit der Kollegen daran schuld, daß unsere Forderungen nicht in allen Werkstätten voll bewilligt worden sind. Wir fordern Euch nun an, richtet Euch genau nach dem Beschluß der Sonntag-Versammlung, hallet fest zusammen und es wird uns gelingen, auch dort, wo die Forderungen nicht ganz bewilligt oder überhaupt noch nicht geltend gemacht worden sind, einen vollständigen Sieg zu erringen. Ablehnend haben sich übrigens nur einige Kleinmeister verhalten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes ist fast überall bewilligt worden.

Reinständige Arbeitszeit, 24 M. Minimallohn und für Kleingläser 27 M. sind bei folgenden Firmen anerkannt: Markus, Königsbergerstraße, Rowotny, Karlstraße, Salomonis, Brüderstraße, Gohlar, Frankfurterstraße, Schneider, Stralauerstraße, Gohlar, Neue Königstraße, Garreis, Friedenau, Brandenburg (Jub. Schmidt), Bülowstraße, Heinerdors u. Ko., Friedrichstraße, Steidiner, Franzstraße, Reißner, Breitestraße, Schreck, Steglitzerstraße, Wasse, Pollisadenstraße, Kuerbach, Jansen, Mich. Wagner, Spandau; Knobel, Adalbertstraße, Krüger, Spandau; G. Lüders, Köpnickstraße.

Theilweise haben bewilligt: Spinn u. Ko.; Bleistein (Jub. J. Schmidt); Zessell; Jälich; G. Alt; Ditten u. Busch; Gebr. Brügg; Gregoleit; Liebenow u. Jarius in Hirdorf; Bremer, Dadescher Markt 1; Protoppy; Fuß, Danzigerstraße; Schröder (Wilderwerkstatt), Korbachstraße.

Von verschiedenen Werkstätten steht das Ergebnis noch aus. Kollegen, wir ersuchen Euch noch, Mann für Mann in der Versammlung am Dienstag, den 22. September, abends 8 Uhr, Kommandantenstraße 20, zu erscheinen, und dort genau Bericht zu erstatten, wo nachträglich und was bewilligt worden ist.

damit ein genaues und übersichtliches Bild davon geschaffen wird, wie unsere Lohnbewegung steht.

Zugang nach Berlin ist streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Briefe und Geldsendungen sind an D. Scheiper, per Adr. Stramm, Ritterstr. 123, zu richten.

Die Streikkommission.

Z. N.: W. Starke, Boechstr. 34, S. I.

Achtung, Buchbinder! Bei der Firma Lüderich u. Bauer in Berlin befindet sich das Personal noch im Ausstand. Bei Voigt u. Sohn hat das gesamte Personal am Montag früh die Arbeit niedergelegt, da sich der Chef weigerte, die geforderten Forderungen zu bewilligen. Zugang ist fern zu halten. Die Lohnkommission.

Die in Keller's Festfäden von circa 8000 Personen besuchte Buchbinderversammlung beschloß, am Dienstag früh in den Fabriken, welche die Forderungen nicht bewilligen, in den Streik einzutreten.

Die Lohnkommission.

Achtung, Branerei-Hilfsarbeiter Berlin! Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, wird im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c, eine Vereinsversammlung abgehalten; der wichtigen Tagesordnung halber werden die Mitglieder ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Streik der Föder des Neheidstr. ist seit Sonnabend beendet. Der Erfolg ist zwar nicht der erwartete, aber eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ist erreicht. Die Bromberger Schleppschiffahrts-Aktiengesellschaft wollte bekanntlich den Föder nicht bewilligen. Diese hielten an ihren Forderungen fest, die Speditoren konnten infolge dessen kein Holz verkaufen, sie zwangten sich deshalb von der genannten Aktiengesellschaft ab, und so wurden die Föder vom Joche dieser Gesellschaft frei. Die Speditoren verhandeln jetzt mit den Föder selbst; die Föder kommen auf diese Weise zu einem besseren Lohn und brauchen sich die Ungerechtigkeit der Beamten der Aktiengesellschaft nicht mehr gefallen zu lassen. Da wir betriebs der Unterstützung unserer Kollegen sehr bedeutende Verpflichtungen übernommen haben, ersuchen wir die Arbeiterschaft, uns die in ihren Händen befindlichen Sammellisten nebst den darauf gezeichneten Geldsummen (sobald wie möglich einzusenden und zwar an den Föder Franz Schartz in Gottschim in der Reumark. Mit solidarischer Grüsse das Streikkomitee: B. Fabiente, Fr. Schwab.

Aus Flensburg. Das Komitee der streikenden Werftarbeiter hat folgendes, vom 19. September datierte Schreiben empfangen:

Wir werden am Montag, den 21. d. M., durch die Blätter bekannt geben, daß wir nunmehr Arbeitsleute in reichlicher Zahl angestellt haben und daß wir beabsichtigen, die Werkstätten wieder zu öffnen, um den Betrieb in größerem Umfange aufnehmen zu können. Sollten sich wider Erwarten aus unsrer Aufforderung hier nicht genügend Leute zur Arbeit melden, so werden wir Arbeitskräfte von auswärts und aus dem Auslande heranziehen und die Sache auf das energischste betreiben. Etwa 20 Werften haben uns ihre volle Unterstützung zugesagt. Wir machen Ihnen diese Mitteilung, um Ihnen die Hand zu bieten, sich gleichfalls bei Wiedereröffnung des Betriebes melden zu können. Flensburger Schiffbau-Gesellschaft. gez. Karl G. Andresen; gez. Bredsdorf.

Darauf veröffentlichte das Streikkomitee folgenden Aufruf: „Aus vorstehendem Schreiben geht hervor, daß die Werftverwaltung überall die Nachricht verbreiten wird, daß der Streik beendet ist. Wir erklären, da bisher keine Einigung erzielt ist, daß der Ausstand unverändert fortbauert. Der Stand unserer Sache ist günstig, es arbeiten nur 450 Mann, meist Bekleidungs- und Ungeräte. Die Werkstätten sind noch nicht besetzt. Ein Schiff Maia, welches in Reparatur war, ist nur nothdürftig repariert worden, und soll auf einer anderen Werft fertig gestellt werden. Da uns die unterzeichneten Vertreter des Vorstandes erklären, energisch Arbeitskräfte heranzuziehen, wenn wir nicht bedingungslos die Arbeit aufnehmen, so ersuchen wir den Zugang streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten. Die Kartellvorsitzenden werden ersucht, überall Kartellaktionen einzuberufen, um durch die Vertreter die gesamte Arbeiterschaft darüber aufzuklären, wie die Sache hier steht.“

Geldsendungen und Briefe sind zu adressieren an D. Wust-rack, Rorderstr. 40.

Eine freie Konferenz von Delegirten kaufmännischer Schiffsvereine ist von dem (nicht sozialdemokratischen) Verein für kaufmännische Angestellte in Frankfurt a. M. auf Sonntag, den 27. September, vormittags 9 Uhr, nach Mainz in das Café Neuf, Zuseifstraße, einberufen. Zweck der Besprechung ist der Entwurf zum Handels-Gesetzbuch. Das einleitende Referat hält Dr. jur. Albert Löwenthal aus Frankfurt a. M.

Zu München ist in der Kunstankast von Obpacher wegen Maßregelungen ein Streik ausgebrochen. Zugang von Buchbindern und Prägern ist streng fernzuhalten.

Behördliche Verleitung der Gewerkschaften zu politischer Thätigkeit. Unter diesem Titel schreibt die „Fränkische Tagespost“:

Die Urtheile deutscher, insbesondere bayerischer Gerichte gegen gewerkschaftliche Arbeiter-Versammlungen und -Organisationen, durch welche letztere als „politische Vereine“ erklärt und bestraft werden, so bald sie sich nur im mindesten mit Fragen der Sozialreform, der Versicherungsgesetzgebung und ähnlichen befassen, sind bekannt. Ebenso bekannt sind die Erklärungen des bayerischen Polizeiministers und seiner Untergebenen unter den Abgeordneten über das, was man unter „öffentlichen Angelegenheiten“ polizeilicherseits versteht, und womit die Gewerkschaften sich nicht beschäftigen sollen, wenn sie nicht ihre Tätigkeit auf Spiel setzen wollen. Um so bemerkenswerther ist unter solchen Umständen ein Zuschrift des Stadtmagistrats Nürnberg, dessen Vorstand zugleich Polizeichef ist, an den hiesigen Bevollmächtigten des deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Diese Zuschrift lautet:

Stadtmagistrat Nürnberg. Betreff: Geschenktwurf betr. die Abänderung der Gewerbe-Ordnung. — Wir sind von der königl. Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, zu Ansbach beauftragt, über den Entwurf eines Reichsgesetzes, betr. die Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Zwangsgesetzgebung des Handwerks, Regelung des Lehrlingswesens, Meistertitel) die theilhaftigen gewerblichen Korporationen der Stadt Nürnberg einzuberufen und deren Erklärungen unter Beifügung gutachtlicher Äußerung über die Durchführbarkeit der projektirten Organisation unter besonderer Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse in Vorlage zu bringen. Wir stellen demgemäß das ergebene Gesuchen, über den in Rede stehenden Geschenktwurf baldigst Gutachten abgeben und uns solches überfendend zu wollen. — Da seitens der kgl. Regierung von Mittelfranken Vorlagetermin in der Angelegenheit bereits am 26. September l. J. angeordnet ist, müssen wir bitten, Ihrerseits die Sache spätestens bis zum 21. September l. J. erledigen zu wollen. Ein Abdruck des Geschenktwurfes, dessen Inhalt Ihnen genügend bekannt sein wird, steht Ihnen sicherlich zur Verfügung. J. B.: Wagner, Fischer.

Selbstverständlich haben wir, sagt die „Fränk. Tagespost“, nicht nur nichts dagegen, daß die Gewerkschaft der Metallarbeiter — und außer ihr werden wohl auch noch andere beigezogen werden — diese Einladung erhalten hat, sondern wir begrüßen dieselbe freudig als ein Zeichen aufwärtender Erkenntnis in maßgebenden Kreisen. Dieselben Gewerkschaften, die man bis jetzt konsequent als „politische“, ja als sozialdemokratische Vereine

bezeichnet und verfolgt hat, werden von der sie verfolgenden Behörde aufgefordert, einen anderen, bisheriger Auffassung strafbare Thätigkeit zu entfalten! Einen Angehörigen des Schneiderverbandes bestrafte man, weil er in seinem Verein sich über das Krankenlaffengesetz ausgelassen hat und den Bevollmächtigten der Metallarbeiter fordert man auf, sich über ein im Werden begriffenes Gesetz, also auch über etwas Politisches, zu äußern. Das dieser, bevor er sich namens der von ihm vertretenen gewerblichen Korporation äußern kann, mit den Mitgliedern derselben Rücksprache nehmen, eine Versammlung darüber abhalten muß, ist selbstverständlich und wird wohl auch der anfragenden Behörde als selbstverständlich gelten. Was bleibt dann noch von der bisherigen Interpretation des Vereinsgesetzes und den gerichtlichen Urtheilen übrig? Vielleicht vermuten wir mit recht, daß dies der erste Schritt zur Befreiung ist; daß man von der Maßregelung der Gewerkschaften künftig absehen und ihnen die Erörterung derartiger Thematena nicht mehr als „politische Thätigkeit“ anrechnen wird? Denn was sie auf Veranlassung der Behörden thun dürfen, muß ihnen doch auch aus eigener Initiative zustehen. Sollten wirklich aus den Säulstufen v. Feilichs und v. Schub Paulusse geworden sein?

Dieser Artikel unseres Nürnberger Bruderorgans zeigt die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes so deutlich, daß man meinen sollte, auch die Bureaucratie, so an den grünen Tischen die Gesetze des deutschen Volkes zu bestimmen sucht, müßte sich endlich aufraffen, um den alten Trödel längst überlebter gesetzlicher Bestimmungen zu beseitigen. Schließlich wird sie ja schandenhalber thun müssen. Aber dem arbeitenden Volke die nötige Ellenbogenfreiheit zu schaffen, die zur organischen Lösung der sozialen Frage unumgänglich nötig ist, d. h. ein wirklich freies Vereins- und Versammlungsrecht zu gewähren, dazu wird sich die Bureaucratie natürlich nicht verstehen, denn die Freiheit schließt die Bevormundung aus oder beschränkt sie wenigstens in der Hauptsache; das Lebenselement der Bureaucratie ist aber die Bevormundung.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Der Broylott ist nach einvierteljähriger Dauer beendet. Eine Delegirtenversammlung der schweizerischen Brauerunion (Gehilfenverband) nahm eine Resolution an, in der es heißt: „Der Broylott wird unter Annahme der Anträge der Ringbrauer im Prinzip aufgehoben. Den Sektionen wird es zur Aufgabe gemacht, in den Ringbrauereien ihrer Ortsschaften Anträge zu halten, inwiefern man sich zur Wiedereinstellung der ausgesperrten Brauer bereit erklärt. Nach Abschluß der Umfrage erfolgt alsdann die definitive Beschlussfassung über den Broylott durch die Fachvereine der Brauer und die Arbeiterunionen. Hinsichtlich der Sonderstellung, die Bern einnimmt (wo man den Broylott fortführen will, bis die Brauereien das Vereinsrecht anerkennen, die ausgesperrten Brauer wieder einstellen und die Arbeitsverhältnisse durch eine gemeinsam vereinbarte Arbeitsordnung regeln), legen es die Delegirten anderer Städte der Arbeiterschaft in Bern nahe, den präferierten Klassenverhältnissen, sowie der stark ermatteten Wirkung des Broylotts Rechnung tragen und sich dem Beschluß der Delegirtenversammlung der Brauereien unterordnen zu wollen. ... Es ist in nächster Zeit, sobald der Brauerkonflikt beendet ist, eine Delegirtenversammlung einzuberufen, um den Sektionen Weisungen für die Zukunft zu geben.“ — In Basel und Zürich haben die Arbeiterunionen den Broylott bereits aufgehoben, da die Ringbrauer nun doch die wichtigsten Anforderungen an die Arbeitsordnung erfüllt und die Wiedereinstellung der ausgesperrten zugesagt haben. Die übrigen Arbeiterunionen werden dem Beispiel folgen, wohl auch die Berner, die den Broylott am besten durchgeführt haben. Thatsächlich hat den Broylott in allen Orten, mit Ausnahme von Bern, nur ein Theil der organisierten Arbeiterschaft (die unorganisierte natürlich erst recht nicht) gehalten und ist er deshalb nie zu allgemeiner Wirkung gelangt. Geschädigt wurden die Brauereien auch so, aber nicht empfindlich genug, um selbst den Frieden zu suchen.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Glaser tagte am Sonntag Vormittag in den Arminhallen, um das Resultat über die den Arbeitgebern am Sonnabend unterbreiteten Forderungen entgegen zu nehmen. Hauptächlich wurde neunstündige Arbeitszeit; für Weigler 27, für Bauglaser 24 M. als niedrigerer Lohn, und außerdem, wo Akkordlöhne noch nicht beseitigt werden können, tarifmäßige, eintheilige Lohnsätze gefordert. Die Erklärungen der einzelnen Werkstätten gaben je einen Spezialbericht über die Verhandlungen mit den betreffenden Arbeitgebern, die dahin zusammengefasst werden können, daß eine große Anzahl Meister die Forderungen ganz bewilligte und einige bereits am Sonnabend die Löhne nach den gestellten Forderungen auszahlten. In den übrigen Werkstätten fanden nur theilweise Bewilligungen statt, während in einer Reihe Werkstätten die Meister sich strikte ablehnend verhielten. Von einigen konnte kein Resultat festgestellt werden, da die betreffenden Werkstätten in der Versammlung nicht vertreten waren. Nach längerer Debatte beschloß die gutbesuchte Versammlung folgendem: „Die Kollegen haben in den Werkstätten, wo die Forderungen bewilligt wurden, weiter zu arbeiten; dort, wo man nichts bewilligte, ist die Arbeit niederzulegen. In Werkstätten, wo nur theilweise Bewilligungen erzielt wurden, haben die Kollegen am Montag noch einmal an ihren Arbeitgeber heranzutreten, und über das Ergebnis ihrer Unterhandlung der Streikkommission sofort Mitteilung zu machen; ist keine Einigung zu erzielen, haben sämtliche Kollegen die Arbeit ruhen zu lassen.“ Außerdem wurde beschlossen, daß während des Streiks die Bauglaser keine frische Akkordarbeit, und die Weigler keine Bauarbeit zu übernehmen haben. Das Streikbureau befindet sich vom Montag an bei Stramm, Ritterstraße 123, wo tagsüber Kollegen von der Streikkommission anwesend sind zur Entgegennahme von Mittheilungen u. s. w. Alle Streikenden haben sich dort zur Kontrolle einzufinden.

Eine Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute (Zahlstelle Berlin) fand am 19. September in den Arminhallen statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende die Anwesenden darauf aufmerksam, unsere Arbeiterpresse besser zu beachten. Es ist nicht nur Pflicht eines jeden, daß er dieselbe liest, sondern auch reger für dieselbe agitirt. Sodann wurde die Abrechnung verlesen vom Stiftungsfest. Die Einnahme betrug 469,20 M., die Ausgabe 819,30 M.; bleibt ein Ueberschuß von 149,90 M., welcher der Lokalkasse überwiesen wurde. Dann hielt Dr. Friedberg einen Vortrag über den Werth und Nutzen der Statistik für die Arbeiter, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nachdem wurde betrefss Neuregelung des Kassenwesens eine längere Diskussion entfaltete. Knäuper erläuterte in längerer Ausführungen, daß der Vorstand denn einstimmig beschlossen habe, nachstehenden Antrag der Versammlung zur Annahme zu empfehlen: I. Zur Erleichterung des Zahlstellenkassiers fertigen die Bezirkskassierer die Abrechnungsformulare selbst an, bis auf den Abschluß. Denselben macht der Zahlstellenkassierer in Gegenwart des Vorstandes, sowie sämtlicher Bezirkskassierer; der Tag zur Abrechnung (vierteljährlich) wird vom Vorsitzenden bestimmt. II. Sämtliche eingegangenen Gelder sind sofort zu regeln, die Hauskassengelder sind am folgenden Tage vom Zahlstellenkassierer abzugeben und der Vorsitzende hat am nächsten Tage sich davon zu überzeugen, ob dasselbe geschehen ist. III. Die Lokalkassengelder sind sicher anzulegen. Eine Summe, die der Vorstand bestimmt, bleibt in den Händen des Zahlstellenkassiers, um die nötigen Ausgaben zu bestreiten. IV. Außerdem finden innerhalb eines Vierteljahres zwei Sitzungen mit den

Bezirkskassieren statt im Beisein des Vorstandes zwecks Revision der Bezirkskassierer und Ablieferung der Gelder an den Zahlstellenkassierer. Die empfangenen Gelder sind genau wie unter II und III zu regeln. — Dieses Regulatorium wurde von der Versammlung angenommen. Der Antrag Stehr, den Bezirkskassierern Prozente zu gewähren, überwies die Versammlung dem Vorstand. Zum Revisor wurde Kugg gewählt. Sodann erfolgte mit einem Hoch auf das Gedeihen des Verbandes Schluß der Versammlung.

Die Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Nieder-Barnim versammelten sich am Sonnabend, den 19. d. M., im Schloß Weihensee beßuß Stellungnahme zum bevorstehenden Parteitag in Gotha. Um genügend Zeit für eine ausgiebige Diskussion zu haben, wurde der Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Stadthagen über das Bürgerliche Gesetzbuch vorläufig zurückgestellt. Derselbe erläuterte vielmehr sofort in knapper, aber erschöpfender Weise die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitages und begründete zugleich am Schluß dieses einleitenden Referates die von ihm auch schon in der Versammlung im zweiten Wahlkreis gestellten und daher unseren Lesern schon bekannten drei Anträge bezüglich der Presse, der Herausgabe eines vollständigeren und mit Inhaltsverzeichnis versehenen Parteitag-Protokolls und einer Broschüre über die bisherigen Parteitag-Schlüsse. Auf Vorschlag des die Versammlung leitenden Kreis-Vertrauensmannes Kopp wurde dann der Reihe nach über die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitages sowie die dazu gestellten Anträge diskutiert und über die letzteren gleich abgestimmt. Zu Punkt 4 der Tagesordnung beantragte die Reinickendorfer Genossen, daß diejenigen Referenten, welche am 1. Mai über die Bedeutung des Tages sprechen, dies unentgeltlich thun sollen. Knäuff begründete den Antrag; Stadthagen und Poffelt bekämpften denselben, obwohl im Prinzip hiermit einverstanden, aus taktischen Gründen, während alle anderen Redner (Sange, Friebe, Freiwald, Kopp u. Kopp) sich energisch für ihn aussprachen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bei Punkt 5: Bericht über den Londoner Kongress. Sprach Freiwald seine Verwunderung darüber aus, daß in London beschlossen sei, den nächsten internationalen Kongress in Deutschland abzuhalten, da Deutschland doch durch und durch Polizeistaat, daher die Ausweisung vieler Ausländer zu erwarten sei — sind doch zur Zeit sogar rein gewerkschaftlich thätige Ausländer ausgewiesen! Poffelt widersprach dieser Ansicht; er meinte, daß das eventuelle Eingreifen der Polizei die beste Agitation für uns sei und der deutsche Michel durch ein solches Vorgehen der Behörden aufgerüttelt werden würde. Bei Punkt 10: Sonstige Anträge, verlas der Vorsitzende bezw. Schriftführer die neun eingelaufenen Anträge. Zuerst wurde über den Punkt Presse verhandelt. Hierzu lagen außer den schon erwähnten drei Anträgen Stadthagen's noch zwei weitere Anträge vor, einer von Poffelt-Weihensee: Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, den „Vorwärts“ zu verbilligen, und ein anderer von den Friedrichberger Genossen: der Parteitag möge beschließen, das Parteiprogramm mindestens alle 3 Monate in den Parteiblättern zu veröffentlichen. Stadthagen bezog sich für seine Anträge auf seine in der Einleitung gegebene Begründung, hielt den Antrag Friedrichsberg für überflüssig, da jeder Genosse das Programm kenne oder sich leicht verschaffen könne; den Antrag Poffelt hielt er der Erwägung werth, meinte jedoch, daß dieser von seinem Antrage Presse gedeckt und bei diesem so wie so erörtert werden würde. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, zu jedem Antrag nur je einen Redner für und gegen sprechen zu lassen und jedem Redner fünf Minuten Redezeit zu gewähren. Nach lebhafter Diskussion wurden sämtliche drei Anträge Stadthagen's, sowie der Antrag Poffelt angenommen, der Antrag der Friedrichberger Genossen jedoch abgelehnt. Der nachfolgende Antrag Mai: „Beauftragte hiermit dem § 9 Abs. 1 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Zur Teilnahme an dem Parteitage sind berechtigt die Delegirten aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als einen Delegirten vertreten sein darf; ferner als Abs. 4 denselben Paragraphen einzufügen: Der Parteitag setzt die Diäten für die Delegirten fest und sind dieselben aus der Parteikasse zu zahlen, jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, die für diesen Zweck durch Sammlungen aufzubringenden Gelder an die Parteikasse abzuführen“, wurde nach einer kurzen Begründung durch den Antragsteller angenommen.

Der Antrag Haack-Weihensee: Den Parteitag in die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr zu verlegen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Gegen den bekannten und von Kahler begründeten Antrag der im Handelsgewerbe Angestellten, betreffend den Achtuhr-Ladenschluß, sprach Stadthagen. Es entspann sich infolge des Auftretens der anwesenden Handelskassierer, die — entgegen dem Befehle der Versammlung — noch weiter hierüber debattieren wollten, eine sehr erregte Geschäftsordnungsdebatte, an welcher sich Kahler, Schumann, Dreher, Stadthagen, Freiwald, Kopp und Schulte beteiligten. Der Antrag wurde schließlich nach zweimaliger Abstimmung mit großer Majorität angenommen. Nach einem theilweise sehr erregten Wahllast wurden dann von den 7 vorgeschlagenen Genossen zu Delegirten für den Parteitag gewählt: Knäuff, Reinickendorfer und Poffelt-Weihensee. Nachdem die Genossenschaft wegen Eintritts der Polizeistunde die Schließung der Versammlung verlangt hatte, schloß Genosse Kopp dieselbe um 12 Uhr 10 Minuten mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Stettin, 21. September. (B. G.) Der Anarchist Wachner aus Mainz, welcher bekanntlich nach einander in Stettin und in Kopenhagen verhaftet worden und aus Dänemark ausgewiesen war, ist heute hier, als er auf dem dänischen Dampfer „Welchior“ eintraf, abermals verhaftet worden.

Frankfurt a. M., 21. Sept. (B. G.) Ade Schneider des größten Herren-Schneidergeschäfts am hiesigen Platz, J. D. W. Lampe, haben wegen Lohnüberschreitung die Arbeit niedergelegt. In einer morgen stattfindenden Schneider-Versammlung soll dazu Stellung genommen werden.

Kopenhagen, 21. Sept. (B. G.) Nach einer brieflichen Meldung aus Neuhavn fanden in der Nacht zum 6. d. M. auf Island wieder zwei Erdstöße statt. Ein altes Ehepaar verlor dabei unter einem herabstürzenden Dach das Leben. Nach Meldungen der Blätter wird die Zahl der Hölle, welche durch die in der letzten Zeit stattgehabten Erdstöße zerstört wurden, auf 155 geschätzt. In den Sammlungen, welche hier für die durch die Erdstöße Verwundeten veranstaltet worden sind, trugen der Kaiser und die Kaiserin von Rußland 4000, die Kaiserin-Witwe von Rußland 3000, der König von Dänemark 2000 und die Königin von Dänemark 1000 Kronen bei.

Wien, 21. September. (B. G.) In der gestrigen Versammlung der Werkstättenarbeiter der ungarischen Staatsbahn wurde beschlossen, eine eigene Organisation nach österreichischem Muster zu schaffen und gleich den Wiener und Prager Kollegen in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Polizei verhinderte die Debatten über einen Streik.

Rom, 21. September. (B. G.) Gestern wurde bei Frascati der Generaldirektor im Unterrichtsministerium, Costelli, der mit zwei Freunden eine Spazierfahrt unternommen hatte, von zwei mit Doppelrücken bewaffneten Personen überfallen und ausgeraubt und schließlich mißhandelt. Der Kutscher, der vom Wagen springen wollte, brach Arme und Beine. Eine kurz nach dem Überfall die betreffende Stelle passierende Patrouille nahm die Verfolgung der Räuber auf, konnte sie jedoch nicht mehr einholen. In der Umgegend von Frascati und Rocca di Papa wurden mehrere verdächtige Personen verhaftet.

Die Berufstätigkeit

der Bevölkerung von Berlin 1882 und 1895.

Bei der Berufszählung vom 14. Juni 1895 wurde für die Stadt Berlin eine Gesamtbevölkerung von 1 615 517 ermittelt, gegen 1 156 945 am 5. Juni 1882. Hierunter fanden sich

	1882	1895
Erwerbshätige im Hauptberufe	474 953	41 05 700 068
Dienende für häusliche Dienste	58 008	5,01 61 068
Angehörige ohne Hauptberuf	581 792	50,29 789 106
Berufslose Selbständige u. c.	42 197	8,65 65 285
		4,04

Wie im Gesamtstaate, so zeigt sich auch hier, daß der Anteil der Erwerbshätigen an der Bevölkerung ziemlich stark gewachsen ist, während der Anteil der Dienenden und der Angehörigen merklich zurückgegangen ist. Die wirtschaftliche Ausnutzung der Volkskraft ist auch hier eine ausgebreitete geworden.

Die im Hauptberufe Erwerbshätigen verteilen sich auf die großen Berufsabteilungen folgendermaßen: es gehörten hauptsächlich Erwerbshätige (einschl. Berufslose)

	1882	1895
zur Berufsabteilung	überhaupt pCt.	überhaupt pCt.
A) Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei	8 792	0,78 4 306
B) Industrie, Gewerbe, Bauwesen	288 282	55,75 404 481
C) Handel und Verkehr, Gastwirtschaft	110 544	21,38 180 918
D) Lohnarbeit wechselnder Art u. c.	22 214	4,29 87 512
E) Armeen, öffentlicher Dienst, freie Berufe	50 111	9,60 72 848
F) Rentner, Pensionäre, Berufslose u. f. w.	42 197	8,16 65 285
		8,53

Wenn schon diese Zahlen die Reichshauptstadt als einen hervorragenden Mittelpunkt von Industrie, Handel und Verkehr kennzeichnen, so umfassen sie doch bei weitem nicht alle in diesen Gruppen der sogenannten materiellen Berufe Tätigen; denn abgesehen von den noch nebenberuflich in ihnen Erwerbshätigen, die indessen bei dem äußerst intensiven Betriebe in der Großstadt und der dadurch bedingten Anspannung aller Kräfte nicht allzu erhebliche Bedeutung haben, arbeiten in Berlin hauptsächlich noch viele Personen, die ihre Wohnung in der nächsten Umgebung haben und also (1895 übrigens mehr als 1882) nicht in Berlin, sondern an ihrem Wohnorte geblieben sind. Wie viel das sind, läßt sich allerdings nicht sagen; aber man darf einen guten Teil der Erwerbshätigen der Berufsabteilungen B und C der Kreise Teltow und Niederbarnim sowie der Stadt Charlottenburg den in Berlins Industrie, Handel und Verkehr wirkenden Kräften zuzählen. Um welche Zahlen es sich hierbei handeln kann, erhellt man daraus, daß hauptberuflich Erwerbshätige ermittelt wurden

	1882	1895
im	1892	1895
Kreise Teltow	24 698	61 665
Niederbarnim	19 460	41 536
Stadt Charlottenburg	5 893	20 846
zusammen	50 046	124 047
	15 070	46 714

Wenn die Berufsabteilungen A, B und C in die einzelnen Berufsgruppen aufgelöst, so charakterisieren nachstehende Zahlenreihen die wirtschaftliche Tätigkeit Berlins des näheren. Es entfallen hauptberuflich Erwerbshätige

auf die Berufsgruppe:	1882		1895	
	überhaupt	pCt.	überhaupt	pCt.
1. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht (A 1-3)	3 682	0,31	4 083	0,25
2. Forstwirtschaft, Fischerei (A 4-6)	110	0,01	228	0,01
3. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen (B 1-5)	271	0,07	187	0,03
4. Industrie der Steine und Erden (B 6-19)	3 977	0,30	4 913	0,38
5. Metallverarbeitung (B 20-44)	29 879	7,43	45 724	7,70
6. Maschinen, Werkzeuge, Apparate (B 45-57)	14 290	3,50	25 628	4,26
7. Chemische Industrie (B 58-68)	2 843	0,50	4 640	0,70
8. Forstwirtschaftliche Nebenprodukte	2 678	0,57	3 262	0,51
Leuchtstoffe, Feite (B 64-68)	16 815	4,18	18 784	2,84
9. Textilindustrie (B 69-80)	8 607	2,10	12 311	2,00
10. Papierindustrie (B 81-88)	9 373	2,30	12 157	2,00
11. Lederindustrie (B 84-92)	29 459	7,20	36 884	6,20
12. Holz- u. Schnitzstoffe (B 93-105)	21 216	5,27	32 895	5,38
13. Nahrungs- und Genussmittel (B 106-119)	95 181	23,64	135 474	22,07
14. Bekleidung und Reinigung (B 120 bis 187)	38 228	9,48	57 277	9,71
15. Tongewerbe (B 188-190)	9 728	2,41	14 663	2,40
16. Poligraphische Gewerbe (B 151 bis 156)	4 586	1,14	8 815	0,85
17. Künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke (B 157-160)	1 636	0,41	922	0,16
18. Gewerbetreibende ohne nähere Bezeichnung (B 161)	68 298	16,36	106 645	18,08
19. Handelsgewerbe (C 1-9)	1 410	0,35	2 706	0,46
20. Versicherungsgewerbe (C 10)	22 825	5,67	85 295	5,88
21. Verleihsgewerbe (C 11-21)	18 016	4,47	26 270	4,25
22. Beherbergung u. Erquickung (C 22)	402 628	100	589 703	100

Abgesehen von der Verminderung der Gruppe 18, die durch genauere Angaben über die besondere Berufstätigkeit herbeigeführt ist und bei der geringen Anzahl dieser Erwerbshätigen wenig bedeutet, sind von 1882 bis 1895 nur zwei Gruppen ihrer absoluten Bedeutung nach zurückgegangen; das sind die Erwerbshätigen der Textilindustrie und der Betriebe für Kunstgewerbe und dergleichen; die relative Bedeutung im Erwerbshätigen Berlins hat sich aber auch in anderen Gruppen zu gunsten der übrigen vermindert, am meisten zu gunsten des Handels und der Gewerbe für Beherbergung und Erquickung, auch der Maschinenindustrie u. f. w.

Unter allen Umständen kennzeichnen diese Zahlen die große absolute und relative Bedeutung Berlins im Wirtschaftsleben; von den Erwerbshätigen der Berufsabteilungen A, B und C im Staate (1882: 9 254 680, 1895: 10 807 270) entfielen 1882 etwa ein Dreihundzwanzigstel, 1895 etwa ein Achtel auf die Reichshauptstadt. (Statist. Korr.)

Lokales.

Die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen hat sich dem Magistrat gegenüber bereit erklärt, nachdem sie durch Fertigstellung eines Drittels des Spreelanals den Beweis erbracht habe, daß die Herstellung dieses Bauwerks möglich sei, die Verpflichtung zur vollständigen Durchführung des Tunnels zu übernehmen. Die Gesellschaft insipit jedoch, um das Unternehmen ertragsfähig zu machen, daran die Bedingung, daß ihr die Genehmigung zum Bau einer ausgedehnten Straßenbahn im

Anschluß an den Tunnel erteilt werde. Die von der Gesellschaft projektierte Straßenbahn soll vom Treptower Park über den Hadeschen Markt bis zur Hochstraße gehen. Für die lange Strecke ist der Einheitsfuß von 10 Pf. in Aussicht genommen.

Das Polizeipräsidium gegen Arbeiterlokale. Das Polizeipräsidium läßt, so schreibt die „Kreuz-Zeitung“, neuerdings grundsätzlich nicht den Schankbetrieb in Vorgärten zu, wenn das betreffende Lokal eine Restauration ist und vorzugsweise ausschließlich von Arbeitern besucht wird. In diesem Standpunkt ist die Behörde auf Grund der Erfahrung (1) gekommen, daß durch Gäste in den Vorgärten eine Verletzung des vorübergehenden Publikums nicht ausgeschlossen (2) sei. So untersagte das Polizeipräsidium durch Verfügung vom 20. Mai 1896 dem Schankwirt Sch. in der Schleißerstraße die Verwendung des Vorgartens zu Schankzwecken, nachdem der Stadtausschuß ihn hierfür konfessionell hatte, vorbehaltlich der Befugnis des Polizeipräsidiums, den Ausschank aus Verkehrs- und ordnungspolizeilichen Rücksichten nicht zuzulassen. Auf Aushebung der polizeilichen Verfügung wurde Sch. kläglich. Der Bezirksausschuß wies die Klage ab. Die Polizeiverordnung vom 27. Oktober 1885 stellt es in das Ermessen des Polizeipräsidiums, ausnahmsweise die Benutzung des Vorgarten-Terrains zu anderen als den bestimmungsmäßigen Zwecken zu gestatten. Der Bezirksausschuß hielt unter den obwaltenden Umständen dafür, daß die angefochtene Verfügung nur dann der Aufhebung unterliegen könne, wenn für das Ermessen des Befehlshabers objektive polizeiliche Gesichtspunkte, sondern Ethik und Willkür bestimmend gewesen. Daß dies aber der Fall sei, lasse sich durchaus nicht anerkennen. — Eine Verletzung des Publikums wird also von vornherein angenommen, wenn es vorzugsweise Arbeiter sind, die in günstiger Jahreszeit ihr Glas Bier in frischer Lust trinken möchten. Mit Lokalen, in denen der brave Bürgermann verkehrt, ist es natürlich etwas anderes. Es wäre interessant, den Beweis dafür zu vernehmen, daß es in der That in Arbeiterlokalen unanständig zugeht, als etwa in den bekannten „Deutschen Wirtschaftshäusern“ und ähnlichen „besseren“ Kneipen.

Zur Gewerbegerichts-Wahl ersucht Herr Bezirksvorsteher Hofmann, Schönleinsstraße 19, drei bis sechs Personen, welche geeignet sind, am Tage der Gewerbegerichts-Wahl bei der Wahlhandlung als Beisitzer zu fungieren. Vielleicht sind einige Leser unseres Blattes im Stande, an diesem Tage das betreffende Ehrenamt auszuüben. Respektanten werden gebeten, sich bei Herrn Hofmann zu melden.

Zu den neuen Schloßplatz-Plänen schreibt man der „Berl. Ztg.“: Das Projekt, die Häuser am Schloßplatz zwischen der Breiten- und Brüderstraße niederzulassen und dort das zweite Rathaus in möglichst großartigen architektonischen Formen errichten zu lassen, liegt seiner Entstehung noch schon geraume Zeit zurück. Der Plan wurde dem Oberbürgermeister Jelle dargelegt, nicht von einem Kondrat, sondern von sehr viel höherer Seite. Herr Jelle lehnte es rundweg ab, auf das Projekt einzugehen. Er erklärte gerade heraus, dazu hat die Stadt Berlin nicht die Mittel, sie will auch keinen Prachtbau, sondern lediglich ein Geschäftshaus herstellen, das allein Verwaltungszwecken dienen soll. Die Antwort des Oberbürgermeisters wurde sehr übel vermerkt. Sie ist ihm heute noch nicht vergessen. Der Plan besteht trotzdem fort. Nur hat man es anscheinend aufgegeben, für seine Ausführung die Stadt Berlin vor den Wagen spannen zu wollen.

Wie ist die Zeitung doch so interessant. Das „Berliner Tageblatt“ ist in Mählen, weil der Magistrat zu Breslau ihm folgende Verächtigung zugesandt hat: „Die in Nr. 409 (Abendausgabe) des „Berliner Tageblatts“ gebrachte Nachricht, daß bei dem letzten Besuche unseres Rathhauses auch Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin ein Ehrentrunk kredenz, von Allerhöchsterseits abgelehnt worden wäre, ist erfunden. Ihrer Majestät ist ein Ehrentrunk nicht dargebracht worden, und damit fallen auch die weiteren Folgerungen.“ Betrüblich schmolzt das „Berliner Tageblatt“ wegen dieser Verächtigung mit dem Breslauer Magistrat in folgendem Schmerzerguß: „Wenn es der Mehrzahl der Vertreter der Presse nicht möglich war, das mit großer Bestimmtheit auftretende Gerücht sofort auf Grund eigener Beobachtung der Vorgänge auf seine Glaubwürdigkeit hin zu prüfen, so hat dies seine Ursache lediglich darin, daß der Magistrat zu Breslau nur den Mitarbeitern dreier, ihm aus irgend welchen Gründen besonders genehmer Zeitungen Zutritt zu dem Empfang gewährt hat.“ — Das „Berliner Tageblatt“ ist eine freisinnige Zeitung.

Die Vorbereitungen zum Neubau des Berliner pathologischen Museums, das dazu bestimmt ist, die reiche Präparaten-Sammlung Rudolf Virchow's aufzunehmen, die der berühmte Gelehrte im Verlaufe von vierzig Jahren gesammelt hat, sind, einem heißen Wette zufolge, nun so weit fortgeschritten, daß in ungefähr vierzehn Tagen mit der Fundamentierung des Gebäudes begonnen werden kann.

Der Reservemann ist dieser Tage aus der Ferienkolonie wieder ins bürgerliche Leben zurückgekehrt. Mögen auch die meisten Ausgedienten alles, was an die überstandenen zwei Jahre erinnern konnte, schleunigst von sich abgestreift haben, so war doch im Straßenbilde des vergangenen Sonntag der Mann mit der Militärmaße und dem betrockneten Kniehosen keine seltene Erscheinung. Wie sollte es angeht die Thatsache, daß die militärische Erziehung namentlich auf Leute vom Lande eine gewisse Wirkung ausübt und angesichts des in der Kaserne gepflegten Glaubens, daß der vornehmste Umgang für den Soldaten der Soldat sei, denn auch anders sein? Von der Art dieser Erziehung sind wir, wie in früheren Jahren um diese Zeit, so auch jetzt wieder allerhand Gerede berichtet worden. Wir greifen zur Charakteristik des militärischen Geistes aus den zugesandten Dienstvorschriften für ein Bataillon aus dem deutschen Reichsheer eine Stelle heraus, die folgendermaßen lautet:

„In seinem Umgange mit Zivilpersonen muß er sehr vorsichtig sein und nur mit solchen verkehren, die einen moralischen Lebenswandel führen und von ehrenhafter Lügner-treuer Gesinnung sind. Der Soldat soll nicht Streit suchen, sondern ihm überall aus dem Wege gehen, auf der Straße anderen Personen ausweichen, Betrunkene und Lokale meiden, in denen oft Hänereien und Prügeleien vorkommen. Wird er aber direkt thätlich angegriffen, so muß er zur Wahrung der Ehre seines Regiments die Waffe gebrauchen, dann aber auch ordentlich, um dem frechen Belaidiger einen tüchtigen Denkzettel zu geben.“

Ein andermal möge die Frage erörtert werden, wie sich der letzte Passus in der Dienstvorschrift mit den Grenzen, die dem bürgerlichen Recht der Nothwehr vom Gesetz gesteckt sind, vereinbaren lassen.

Für heute sei nur konstatiert, daß die Sorge ums tägliche Brot sehr bald so ziemlich einen jeden zwingt, sich der militärischen Eigenarten völlig zu entleeren; und zum „bürgerlichen“ Berufe zurückzukehren, fühlt sich der Reservist auch gar schnell unter seinen proletarisch-zivilen Kampf- und Lebens-

geführten wieder heimisch. Man kennt das possiglich-ängstliche Streben der Kriegervereins-Mitglieder, den Reservisten vor der Gefahr des proletarischen Denkens zu retten. „Die Sozialdemokratie“, so heißt es in einem vor Jahresfrist von uns wiedergegebenen Aufrufe an die Kapitulanten, „die Sozialdemokratie streckt ihre Fingerringe nach den Reservisten aus, sie sorgt dafür, daß sie schnell Arbeit bekommen und rechnet darauf, daß die ihr zu Dank Verpflichteten treue Genossen werden.“ Erfolg haben derartige herzerweichende Produkte kriegerischen Strebens nicht, der Bourgeois kann sich auch beim guten Willen nicht um sie kümmern, und der Arbeiter lacht über sie. Und auch die aus dem Militärdienst entlassenen Proletarier besinnen sich gar bald darauf, wohin sie gehören, sie wissen, daß die Sozialdemokratie im Punkte der Solidarität den Kriegervereinen denn doch ganz bedeutend über ist; sie wissen, daß Interesse und Pflicht sie zwingt, vor wie nach als Arbeiter im proletarischen Befreiungskampfe ihren Mann zu stehen.

Ein Konzert der „Typographia“ ist für einen großen Teil der Berliner Arbeiterschaft immer ein Ereignis. Die Buchdrucker-Liebertafel gehört zu den angesehensten in Berlin, und wenn sie öffentlich austritt, kann sie auf einen Erfolg rechnen. So konnte es denn auch nicht ausbleiben, daß zu dem am Sonntag in der Branerei Friedrichshain veranstalteten Lokal- und Instrumentalkonzert schon in früher Stunde so viele der Zuhörer und Zuhörerinnen erschienen waren, daß der Späterkommende sich glücklich schätzte, wenn er irgendwo an der Seite einen Stehplatz erobert hatte. Schon um 8 Uhr war der große Saal der Branerei völlig gefüllt. Das auf 22 Nummern bestehende Programm war sowohl im vokalen wie instrumentalen Teil mit außerordentlichem Geschmack zusammengestellt und wurde sorgfältig ausgeführt. Ganz besonders belohnte das Publikum den Vortrag des Festgesanges von Kurz und der Altenhoser'schen „Völkerfreude“ durch reichen Beifall. Aber auch die Leistungen der Kapelle des Herrn G. Graf, die fast nur Konzertsstücke vornehmerer Natur zu Gehör brachte, wurden mit lebhaftem Applaus bedacht. Der Gesangverein „Typographia“ kann auf den Erfolg des vorgestrigen Abends mit Beugung zurückblicken; hoffentlich erfreut der Verein die Arbeiterschaft Berlins im kommenden Winter noch recht häufig durch gleiche Veranstaltungen.

Das Reichshallentheater ist am Sonnabend unter neuer Direktion eröffnet worden. Mittheilungen dieser Art waren in den letzten Jahren nicht selten; das Glück blieb dem stattdessen Danke am Dönhofsplatz selten hold, und gar arg war der Niedergang, nachdem die letzte Zeitung im vorigen Herbst auf die unglückliche Idee gekommen war, mit Madaupatriotismus und Sozialistenverachtung Geschäfte zu machen. Die neue Direktion heißt Cuarg u. Co. Was sie bietet, hält sich im Rahmen ziemlich solider Mittelmäßigkeit. In dem neuen Programm fehlen die jetzigen Kompletts, die anderswo den Ganzen der halben und ganzen Welt laben; man scheint es mehr auf die Befriedigung des lieben Familienpublikums abgesehen zu haben, das in gegenwärtiger Zeit belanlich inklusive Mutter und Tochter gern und willig Herz und Sinne im Chantant erquickt. Es scheint, daß die neue Direktion versteht, Kleinbürgerliche Kostgänger an ihr Unternehmen zu fesseln; verhältnismäßig billige Eintrittspreise dürften ihr in diesem Streben immerhin zu statten kommen.

Eine erhebliche Verkehrshinderung entstand Sonntag Nachmittag auf der elektrischen Bahnhofs-Treptow durch das Versagen der unterirdischen Leitung auf der Strecke Dönhofsplatz bis zur Lindenstraße. Wie wir erfahren, ist diese Störung durch einen Brand des Automatenkastens, durch welchen der Uebergang von der oberirdischen nach der unterirdischen Leitung bewirkt wird, hervorgerufen. Die Wagen der elektrischen Bahn konnten infolge dessen nur bis zur Mitterstraße, Ecke Lindenstraße verkehren.

Mit einem elektrischen Akkumulatorenwagen hat die Berliner Pferdebahn-Gesellschaft heute eine Probefahrt veranstaltet, die zur allgemeinen Befriedigung ausgefallen sein soll.

Durch schnelles Fahren eines Viehtransportwagens ist am Sonnabend Abend um 8 Uhr die 56 Jahre alte Mäherin Auguste Schröder aus der Chorinerstr. 27 zu Schaden gekommen. Sie wollte von der Ecke der Kastanien-Allee und Jonskirchstraße über den Bahndamm gehen und wurde dabei überfahren. Ein Schuhmann des 62. Polizei-Regiments brachte die an beiden Unterarmen Verletzte nach einem Krankenhaus.

Aufruf! Reservisten des 2. ostpreussischen Grenadier-Regiments Nr. 3, die Auskunft darüber geben können, was dem Grenadier Marzillier von der 4. Kompanie dazu getrieben hat, am 26. Juli d. J. sich das Leben zu nehmen, werden ersucht, ihre Adressen dem Unterzeichneten mitzutheilen. F. Marzillier, Schönhauser-Allee 70a.

Chelicher Zwist hat die 80jährige Frau des Arbeiters und Pförtners K. aus der Fährbringerstraße in den Tod getrieben. Frau K. hatte Sonntag Nachmittag mit ihrem Mann wieder einen Streit gehabt. Infolge dessen ging der Mann um 4 Uhr allein spazieren und ließ seine Frau zu Hause. Als er dann um 8 Uhr zurückkehrte, fand er sie als Leiche an der Thürschwelle hängen.

An seiner Arbeitsstätte erhängte sich der 34 Jahre alte Bureauvorsteher Döring aus der Parochialstraße 18, der von dem Rechtsanwalt M. in der Königsstraße 31 eingestell war. Dem Döring war, weil er sich Nachlässigkeiten hatte zu Schulden kommen lassen, die Stellung gekündigt worden. Da er befürchtete, wegen eines schweren Halsleidens kein anderweitiges Unterkommen zu finden, benutzte er am Sonnabend die Mittagspause, um in dem Bureau des Anwalts Hand an sich zu legen. Man fand ihn am Nachmittag erhängt auf.

Beim Auspringen auf einen Pferdebahnwagen ist Sonntag Abend gegen 7 Uhr der 37jährige Bahnarbeiter Hermann Leetz aus der Schweinmünderstr. 54 in der Neuen Promenade schwer verunglückt. Er kam zu Falle und zog sich einen Bruch des rechten Oberschenkels und eine Verletzung des linken Fußes zu. Der Verunglückte wurde in die königliche Klinik gebracht.

Straßensperrungen. Die Parochialstraße von der Kloster- bis zur Waisenstraße und letztere von der Parochial- bis zur Stralauerstraße, sowie die Wäschingstraße von der Wäschingstraße bis zur Hörsingstraße werden behufs Umfesterung vom 21. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, desgleichen die Königsstraße zwischen der Burg- und der Spandauerstraße behufs Verlegung der Pferdebahn-Gelise vom 22. d. Mts. ab.

Wie um mitgeteilt wird, ist das Baumglück, von dem wir dieser Tage berichteten, auf dem Grundstück Liebigstr. 39 und nicht Liebigstr. 40 passiert. Der Bau ist nicht amtlich inhibiert worden.

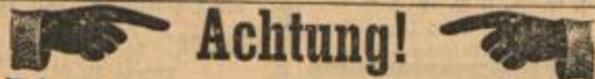
Aus dem Polizeibericht vom 21. September. Am Sonnabend Nachmittag stürzte der bei einem Neubau in der Straße 80, Abtheilung XII des Bebauungsplanes thätige Klempnerlehrling Pache von der Bauzeitung etwa 15 Meter tief auf die Straße herab und erlitt außer einem Schlüsselbein-

Volkerversammlung

am Dienstag, den 22. September, abends 8 Uhr,
in Louis Keller's Festsälen, Koppen-Strasse Nr. 29.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Genossen **Wolfgang Heine** über:
Die Gewerbegerichte und die Stellung der Frauen dazu. 2. Diskussion.
Genossen und Genossinnen, sorgt dafür, daß diese Versammlung recht
zahlreich, auch von Frauen und Mädchen besucht werde.

Die Einberuferin: **Ottillie Baader.**



Achtung!

2 Volkerversammlungen

am Mittwoch, den 23. September, abends 8 Uhr,
im Saale der Brauerei Friedrichshain, am Königsthor,
und am Freitag, den 25. September, abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn **Martens**, Friedrich-Strasse 236.

Tages-Ordnung:
1. Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung. 2. Entwicklung der
deutschen Arbeiterinnenbewegung. 3. Wirtschaftliche und politische Schwierig-
keiten der Arbeiterinnen-Organisation. 4. Die Lage der Arbeiterinnen. 5. Die
Ettlichkeitsfrage. 6. Der gesetzliche Arbeiterinnen-Schutz. 7. Sozialdemokratie
und Frauenfrage. — Referentinnen: Frau **Killy Braun**, Frä. **Ottillie
Baader**, Frau **Greifenberg**, Frau **Emma Threr**, Frau **Martha Kohr-
ladi**, Frau **Clara Petkin**.

Die zweite Versammlung wird die Fortsetzung der ersten bilden.
Um regen Besuch der Versammlungen bittet
Die Einberuferin: Frau **Ottillie Geradt**, Vertrauensperson.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
bei **Schwandt**, Flensburgerstr. 24 (Hansa-Viertel).

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse**.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
NB. Die Parteigenossen des 1. Wahlkreises, welche noch nicht Mitglied
des Wahlvereins sind, werden hiermit ersucht, sich in den Versammlungen
sowie in den Zahlstellen einschreiben zu lassen, auch werden Beiträge in allen
Versammlungen des 1. Wahlkreises entgegen genommen. Die Zahlstellen des
Wahlvereins befinden sich bei **Sommer**, Grünstr. 21; **Linko**, Jüdenstr. 86;
Frauss, Neue Friedrichstr. 20; **Schwandt**, Flensburgerstr. 24.

Sozialdemokratischer Wahlverein im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis Süd-Osten.

Dienstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei **Heute**,
Rauhustraße Nr. 27:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Fritz Hansen**. 2. Dis-
kussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
NB. Die Genossen, welche noch Mitgliedsbücher in Händen haben, welche
sie den Eigenthümern noch nicht zugestellt, werden ersucht, dieselben in der
Versammlung an den Kassierer abzuliefern.

Sozialdemokr. Verein „Vorwärts“ Berlin. Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 22. September 1896, abends 8 Uhr,
in **Hlitz Salon**, Badstraße Nr. 19.

Tagesordnung:
1. Der internationale Kongress. Referent: Stadtv. Genosse **Borgmann**.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. Zahlreiches
Besuch erwartet
Der Vorstand.

Droschkenkutscher!

Große öffentliche Versammlung der Droschkenkutscher Berlins
und Umgegend und deren Frauen
am Dienstag, 22. September, abends 9 Uhr, in **Cohn's Festsälen** (gr. Saal),
Bentzstraße 20.

Tages-Ordnung:
1. Die Pflicht der Droschkenkutscher, sich politisch als auch gewerkschaft-
lich zu organisieren; eine Nothwendigkeit zur Verbesserung ihrer wirtschaft-
lichen Lage. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse **Wilh. Liebknecht**.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um recht zahlreichen Besuch der Kollegen nebst Frauen zu dieser Ver-
sammlung ersuchen
Die Vertrauensmänner.

Achtung, Zimmerer!

Vom Montag ab befindet sich unser Bureau
Grenadier-Strasse 33 bei Buske.
Dasselbe ist laut Beschluss der Plakdepurirten-Versammlung vom
8. September von 8-8 Uhr nachmittags geöffnet.
Während dieser Zeit werden sämtliche Angelegenheiten auch für
Gemaßregelte und Arbeitslose geregelt.
Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.
J. A.: **Theodor Fischer.**

Achtung, Maurer!

Dienstag, den 22. September 1896, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal von **M. Cohn**, Bentzstr. 20/22:
Oeffentliche Baudeputirten-Sitzung.
Hierzu werden die Kollegen ganz besonders eingeladen.
Gleichzeitig den Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Bureau vom
Montag den 21. September ab in der **Grenadierstr. 33 bei Buske**
befindet. Die Geschäftsstunden sind wie vorher von 9-11 Uhr vormittags
und von 4-8 Uhr nachmittags.
Die Lohnkommission der Maurer Berlins.
J. A.: **W. Frisch.**

Max Richter, Grüner Weg 65, Vereinsgeschäft.
Wider, Säßen
(Mazg, Engels, Bassalle) jeder Größe nebst Bildereintrahlung. Saal-
decoration, Stocklaternen etc. en gros und en detail.

Codes-Anzeige.

Nach langem, schweren Leiden starb
am Sonntag Abend 8 1/2 Uhr meine
liebe Frau, unsere Tochter, Schwester
und Schwägerin **Bertha Klett-
mann**, geb. Schmidt.
Die Beerdigung findet am Mittwoch
Nachmittag 5 Uhr von der Leichen-
halle des Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-
Allee aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise liebevoller
Theilnahme und für die reichen Blumen-
spenden bei dem Ableben meines ge-
liebten Mannes, des Schlossers **512b**
Rudolf Eichelberg,
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere aber den
Herren Kollegen der Firma **Siemens u.**
Halske, meinen innigsten Dank.
Wittwe Eichelberg.

Concordia Kranken-Zuschuß-Kasse Versicherung-Gesellschaft in Berlin. Gegründet 1888.

Als Mitglied kann jede gesunde
Person, männlich, wie weiblich ohne
ärztliche Untersuchung aufgenommen
werden.

Ausnahmen finden jederzeit statt bei
Emil Paul, SO., Adalberstr. 71.
Gustav Ventler, N., Prinz Eugenstr. 21

Möbel-Verkauf

des Möbelpreisers **Rosenthaler Strasse 13.**
Wegen beabsichtigter Vergrößerung meiner
Räumlichkeiten verkaufe ich mein Waarenlager
zu noch nie dagewesenen Preisen. Zum Um-
zuge und für Brautleute ist somit die einzig
rechte Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, so-
wie einzelne Stücke zu beziehen und billig ein-
zukaufen. Man lasse sich nicht durch unnötige
Anpreisungen täuschen, sondern besichtige sich
die Möbel, welche man kaufen will, genau und
vergleiche dieselben mit meinen nur geliebten
Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Ver-
kaufe ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke
ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbel-
händler. Auch größtes Lager gebrauchter und
verkaufter gewasener Möbel zu wahrhaften
Spottpreisen: Kleiderstühle 15 Mark, Kuchentisch
10 Mark, Sopha 18, Bettstelle mit Sprung-
federmatratze und Kissen 18, Spiegel 8,
Stühle 2, Kuchentisch 10, neue, hochfeine Küch-
garnitur 105 Mark, hochfeine Kuchentisch-
garnitur 105 Mark, hochfeine Kuchentisch-
garnitur 105 Mark, hochfeine Kuchentisch-
garnitur 105 Mark. Auch gebe ich
Einsparungen auf Theilzahlung. Kein Ab-
zahlungsgeld. Eigene Tapezierwerkstätten,
vier große Möbelpreiser. Gesaunte Möbel
können kostenfrei auf meinen Lagerplätzen
3 Monate stehen bleiben und werden dann
durch eigene Gespanne sauber transportirt und
aufgestellt, auch nach außerhalb.

6 Pfund Albrecht's
Brot für
50 Pfennig Bäckerei,
Liefert **Wrangel-Strasse 8.**
Langestr. 28, Falckensteinstr. 2.

Sonnabend: Resterverkauf
Beachtenswerth für Schneider

[5563L*]
Anzug-Waare
Brenner & Cie.
Alte Jakobstr. 57/59.
Jedes Maß zu Eurospreisen.

**Schweine-
Engros-Schlächtere**
von **Otto Wiese**,
O. Weidenweg Nr. 11.
Fleisch-Verkauf

Mittwoch und Sonnabend
411b von 4 Uhr ab:

Schinken	0,50 M
Schulterblatt	0,50 "
Bauch	0,45 "
Rückenstück 3 Pfund	1,40 "
Lieseln	0,50 "
Darmfleisch	0,25 "
Eisbeine	0,30 "
Kopf und Weine	0,15 "
Speck, ger. mager, 2 Pfund	1,10 "
Speck, ger. fett, 2 Pfund	1,00 "
Waden	0,85 "
Waden, ger., 2 Pfund	0,85 "

Zum Fenster putzen, Schilder
waschen aller Art empfiehlt sich
Zeidler's Reinigungs-Institut,
4736
Marzflüßstr. 24.
Billige Preise, saubere Ausführung.

Hackescher Markt 4 J. Brünn
(Ecke Neue Promenade) Am Stadtbahnhof
Börse.

Nach beendeter Saison gelangen nunmehr zum
Ausverkauf:
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinenwaaren!
zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.

Drechsler!

Dienstag, den 22. September 1896, abends 8 Uhr,
in **Joel's Festsälen**, **Andreassstraße 21:**

Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Lohnbewegung und welche Schritte haben wir
gegen die nicht bewilligten Werkstätten einzuleiten? 2. Diskussion.
Der Vertrauensmann.

Achtung! Glaser. Achtung!

Dienstag, den 22. September, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
in den **Arminhallen**, **Commandantenstraße 20.**

Tagesordnung: 1. Berichterstattung über den Stand unserer Lohn-
bewegung. 2. Weitere Beschlußfassung. 3. Verschiedenes.
Ein jeder Kollege, der noch irgend ein Interesse an der Besserstellung
seiner Lage hat, muß in dieser Versammlung erscheinen.
Die Streikkommission.

Spandau.

Donnerstag, den 24. September, abends 8 Uhr, im großen Saale
der **Brauerei Vichelsdorf:**

Oeffentl. Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **W. Liebknecht** über: Der
internationale Sozialistenkongress in London. 2. Diskussion.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Die Vertrauensleute.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).
Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in **Cohn's Festsälen**,
Bentzstr. 20-22:

Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Bezirke.
Tagesordnung: Der Drechslerstreik. Die Agitation der Tischlermeister-
Vereinigungen Berlins. Werkstattdifferenzen. Verbandsangelegenheiten.
Jede Werkstätte ist verpflichtet, einen Delegirten zu entsenden.
Die Beitragsammler werden ersucht, in dieser Versammlung vollzählig
zu erscheinen, da eine Besprechung über die Einziehung der Beiträge für
nächstes Quartal stattfinden soll.
Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, 26. September 1896, in **Keller's Festsälen**,
Koppenstraße 29:

IV. Stiftungsfest.

Großes Konzert
ausgeführt von einer 20 Mann starken Kapelle der Freien Vereinigung der
Civil-Musiker unter Leitung des Dirigenten Herrn **G. Grass**.
Theater- und Gesang-Aufführungen,
ausgeführt von der **Theater-Gesellschaft Styrlowitz**.
Aufführung lebender Bilder und Ball.
Während der Vorstellungen findet im kleinen Saale Tanz statt.
Anfang 8 Uhr.
Billots, Herren 50 Pf., Damen 25 Pf., sind in allen Zahlstellen des
Verbandes, sowie bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

Butter

findet bei fortwährend steigenden Preisen besten Ersatz in
**Van den Bergh's
Margarine,**
unübertroffen
in Feinheit des Geschmacks, Fülle des Aromas und Fettgehalts.
Ueberall käuflich. Man verlange stets **Van den
Bergh's holländische
Tablet-Margarine**, auf der Ausstellung in Breslau (August 1896)
in Anerkennung der Vortrefflichkeit der Qualität wiederum mit der ersten
Auszeichnung: **Ehrenpreis der Stadt Breslau und goldenen
Medaille** prämiirt.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Fabrik

von **5083L***
A. Schulz, Reichenbergerstraße 5.
Liefere Wohnungs-Einrichtungen unter Garantie in **Außbaum**
und **Mahagoni** von 240, 300, 400, 500 bis 6000 M. in anerkannt ge-
biegender Ausführung. Billigste Preisberechnung. Preislisten franko.

B. Günzel, Lothringerstraße 52. Spezialität: Porträts
sozialistischer Führer,
Bassalle, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Wästen,
Bildern u. dergl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preislisten.)

Hackescher Markt 4 J. Brünn

(Ecke Neue Promenade) Am Stadtbahnhof
Börse.
Nach beendeter Saison gelangen nunmehr zum
Ausverkauf:
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinenwaaren!
zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.

Bericht der Parteileitung.

Allgemeines. Die Eröffnungsspreche auf dem vorjährigen Parteitag trug bekanntlich dem Genossen Lieblucht eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung und im weiteren Verlauf eine viermonatliche Gefängnisstrafe ein. Die Sache schwebt noch in der Revisionsinstanz. Die Begründung des Urtheils ist eine der neueren Erscheinungen der Rechtsprechung, die der Laienverständ nicht zu fassen vermag. Das Urtheil ist auf dem Dolus eventualis aufgebaut. Der betreffende Passus des Urtheils lautet: Der Angeklagte wußte, daß derjenige Erfolg, von dem das Gesetz die Strafbarkeit abhängig macht, d. i. die von seinen Hören angehende Auffassung seiner Worte dahin, daß auch der Kaiser die sozialdemokratische Partei habe, durch seine Handlung herbeigeführt werden könne, und er war mit diesem Erfolge für den Fall seines Eintritts — daß der Erfolg tatsächlich eintreten, ist oben ausgeführt — einverstanden, hat ihn eventuell gewollt.

Ebenso unverständlich bleiben dem gewöhnlichen Menschenverstand folgende Vorgänge: In unserem Leipziger Organ erschien ein Artikel „Deutschthum und Hohenzollern“, der sich als eine geschichtliche Reminiscenz präsentierte, und von mehreren Blättern nachgedruckt wurde. Der Artikel blieb in Leipzig unbeanstandet. In Breslau trug er dem Genossen Zahn 4 Monate Gefängnis ein. Der Redakteur des „Volkswillen“ in Hannover wurde freigesprochen. Desgleichen Genosse Ströbel in Kiel. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft kam die Sache an das Landgericht in Kiel zurück und erfolgte nunmehr auf Grund der Entscheidung des Reichsgerichts die Verurteilung zu 4 Monaten Gefängnis, während das Reichsgericht die Freisprechung in Hannover bestätigte.

Im Anschluß an die Verhandlungen des Parteitages in Breslau konstituirte sich die neugewählte Parteileitung am 12. Oktober v. J. Die daraus bezügliche Bekanntmachung wurde am 17. Oktober in Nr. 244 des „Vorwärts“ vom vorigen Jahre veröffentlicht. Die Thätigkeit der neugewählten Parteileitung war nur von kurzer Dauer. Am 26. November wurde auf dem Bureau der Parteileitung, in den Wohnungen der Mitglieder derselben, bei den Vertrauensleuten der 6 Berliner Wahlkreise, den Vorstandsmittgliedern der 6 Berliner Wahlvereine, der Berliner Press- und Lokalkommission, sowie den Mitgliedern der Brandenburger Agitationskommission Hausdurchsuchung gehalten und am 30. November über alle genannten Körperschaften die vorläufige Schließung verhängt, wegen Verstoßes gegen § 8 des preussischen Vereinsgesetzes.

Der Ausgang des am 15., 16. und 18. Mai d. J. durchgeführten Prozesses ist bekannt. Die Parteileitung — Vorstand und Kontrollen — wurden zum Verein gestempelt, der sich vorstehenden Vergehens schuldig gemacht habe und wurde auf dessen dauernde Schließung erkannt. Die Sache schwebt noch in der Revisionsinstanz.

Eine Kritik dieser unter Köller'schen Regide eingeleiteten Aktion erübrigt sich. Es genügt zu bemerken, wie wahren seit dem unter den Tischfallen der Umsturzvorlage darauf vorbereitet. Der Schlag, der die Partei in ihrem Lebensnerv treffen sollte, war ein Schlag in die Luft. Die Leitung der Partei ging unmissbar auf die Reichstagsfraktion über. Am 30. November gab der Parteivorstand die Einstellung seiner Thätigkeit bekannt und am 4. Dezember veröffentlichte die Fraktion ihre gefassten Beschlüsse, nach welchen der Fraktionsvorstand mit der Leitung der politischen Geschäfte und der in Hamburg eingesetzte geschäftsführende Ausschuss, bestehend aus den Genossen Förster, Könen und Mollenhuth, die sich später die Genossen Gerich und Pfannkuch kooperierten, mit den Verwaltungsgeschäften betraut wurde. Als wenn nichts vorgefallen wäre, ging alles seinen geordneten Gang.

Nach dem am 24. März 1894 erfolgten Verbot der „Eisfabrikantischen Volkszeitung“ führten die Genossen der Reichslande den „Offenburger Volksfreund“ als Partei-Organ ein. Nach kaum 1 1/2-jähriger Existenz verfiel er dem gleichen Schicksal seiner Vorgängerin. Anlaß, den Diktaturparaphen wieder in Erinnerung zu bringen, bot den Behörden die am 7. Oktober 1895 erfolgte Ermordung des Mülhauser Industriellen Schwarz durch einen entlassenen früheren Arbeiter. Der Mord war, wie gerichtlich festgestellt wurde, ein Akt persönlicher Rache, er stand nicht im leisesten Zusammenhang mit der Parteibewegung. Nichtsdestoweniger verurtheilte das als Regierungsblatt geltende Organ die Rechtfertigung der Unterdrückung des „Volksfreund“ mit der Behauptung, der Mörder Meyer sei Leseführer des „Volksfreund“ gewesen und hätte den Entschluß der unseligen That unter dem verwerflichen Einfluß einer planmäßigen Hege gegen die Fabrikanten gefaßt. Gätte man geschwiegen, es wäre besser gewesen. Das geschah unter dem Regime des Herrn v. Köller. Acht Monate vorher bezeichnete Staatssekretär v. Puttkamer in der Sitzung des Reichstages vom 30. Januar 1895 den Inhalt des „Volksfreund“ als „matte Simonade“ gegenüber der früheren „Eisfabrikantischen Volkszeitung“. Aber wofür wäre der Diktaturparaphen da, wenn er nicht sollte angewendet werden, kam doch ein sozialdemokratisches Blatt in Betracht.

In die Bresche sprang die Verwaltung der Mannheimer „Volksstimme“. Der Gewaltstreik gegen den „Volksfreund“ war die Ursache, daß ein lange gehegter Wunsch der reichslandischen Genossen in Erfüllung ging. An Stelle des dreimal wöchentlich erscheinenden „Volksfreund“ erhielten die Genossen über Nacht ein täglich erscheinendes Organ. Infolge der aufsteigenden Konjunktur war das Jahr reich an Lohnkämpfen. Die Berliner Arbeiterschaft stand dabei in der vordersten Reihe mit. Hauptächlich war es der Streik der Konfektionsarbeiter, der die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich zog und dem durch die Wöhlung der in der Konfektion herrschenden Schäden, vor allem durch die in derselben gegählten Hungerlöhne, sich die Sympathie aller derer zuwandte, die noch nicht gänzlich dem Ökonomie des goldenen Kalbes verfallen waren. Die öffentliche Meinung, die fast ungeteilt auf Seiten der Streikenden neigte, veranlaßte selbst die Nationalliberalen zu einer politischen Aktion.

Am 12. Februar d. J. stand im Reichstag die folgende von den Nationalliberalen eingebrachte Interpellation zur Verhandlung:

Zur Verfolg des Beschlusses des Reichstages vom 11. Mai 1885 sind dem Reichstag am 29. April 1887 die Ergebnisse der von den Bundesregierungen angestellten Ermittlungen über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche, sowie über den Verlauf oder die Vorsehung von Arbeitsmaterial (Nähfabriken etc.) seitens der Arbeitgeber an die Arbeiterinnen und über die Höhe der dabei berechneten Preise zugegangen.

Nachdem sich die Lage dieser Arbeiterinnen seit jener Zeit noch ungünstiger gestaltet hat, richten die Unterzeichneten die Anfrage an die verbündeten Regierungen:

welche gesetzgeberischen Maßnahmen dieselben zum Schutz für Gesundheit und Sittlichkeit und gegen Ausbeutung dieser Arbeiterinnen durch das Trucksystem zu ergreifen beabsichtigen?

Zur Verfolg der Debatte erkannte der damalige preussische Handelsminister Herr v. Beckley den Streik als einen berechtigten an. Die Thatsache verdient um deswillen registriert

zu werden, als zehn Jahre früher von derselben Stelle aus, von dem damaligen preussischen Minister des Innern, v. Puttkamer die Behauptung aufgestellt wurde, hinter jedem Streik lauere die Hydra der Revolution.

Noch ein anderer Vorgang sei erwähnt. Der Magistrat von Würzburg sah sich in seiner Sitzung vom 21. Februar veranlaßt, seine Sympathie der Bewegung der Berliner Konfektionsarbeiter auszudrücken und das Gesuch der Gewerkschaften, eine öffentliche Geldsammlung zu veranstalten, bei der Kreisregierung zu befürworten. Ein Vorgang in Deutschland, bis jetzt einzig in seiner Art. Ein Gewinn ist der Propaganda aus dem Streik erwachsen, es ist die dem letzten Arbeiter zum Bewußtsein gekommene Ueberzeugung von der Treulosigkeit eines großen Theiles des Unternehmertums.

Die Palme, an der Spitze der Reaktion zu marschieren, läßt sich Sachsen nicht streitig machen. Die Befestigung des direkten Wahlrechts bei den Wahlen zur sächsischen Kammer war von langer Hand geplant. Die Wahlrechtsverschlechterung sollte das Korrektiv für die vom Reichstag abgelehnte Umsturzvorlage für Sachsen bilden. Am 4. Februar 1896 wurde die Vorlage in der II. Kammer eingebracht, in der sie am 6. März und in der I. Kammer am 18. März zur Annahme gelangte.

Die Gegenagitation wurde von den Parteigenossen in der kräftigsten Weise geführt. Zu den ersten Versammlungen, in denen die Genossen Lieblucht und Weibel in den Vororten bei Leipzig referirten, waren Zehntausende herbeigeströmt. Die Versammlungsräume vermochten die Demonstrationen nicht zu fassen. Jeder fand die Wahlrechts-Agitation einen die Genossen nicht allseitig befriedigenden Abschluß. Während der eine Theil der sächsischen Genossen es für zweckmäßig und notwendig erachtete, auch unter den verschlechterten Verhältnissen den parlamentarischen Kampf unentwegt weiter zu führen, hielt es der andere Theil für am geratheneren, die Verschlechterung des Wahlrechts mit der sofortigen Niederlegung der im Besitz der Partei befindlichen Mandate zu beantworten.

Neben der großen Aktion der Wahlrechtsverschlechterung laufen die kleinsten Maßnahmen. Wir verweisen nur auf die am 6. Juli verhängte Zehnjährige Aufenthaltbeschränkung des Genossen Rosenow in Chemnitz. Sachsen gebührt der Ruhm, den § 21 des ehemaligen Sozialistengesetzes in das gemeine Recht hinübergerettet zu haben.

Auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswezens geht der Geist Lessendorfs wieder um. Nicht nur allein in Sachsen, wo in Reichsbach einem Redner von dem überwachenden Beamten das Wort entzogen wurde, weil dem letzteren die Sprechweise des Redners, der schreiende Ton irritirte, sondern auch in Preußen, Bayern und auch neuerdings in Baden, werden die verwunderlichsten Versammlungsverbote erlassen oder gewerkschaftliche Verbände zu politischen Vereinen oder öffentlichen Versammlungen zu Vereinsversammlungen erklärt. In Waldheim wurde die Kaffalfeier verboten, weil Kaffale wegen Aufreizung bestraft und eine Verherrlichung desselben ein Mittel sein würde, den von der Sozialdemokratie großgezogenen und genährten Dämon der arbeitenden gegen die besitzenden Klassen zu schüren. Der Zweck ist ein offensichtlich. Die Theilnahme des weiblichen Geschlechts am politischen Leben und die Abhaltung der die Agitation fördernden Feste soll unmöglich gemacht werden. In Bayern ist ein derartiges Vorgehen schon längst händige Praxis geworden. Preussische Land- und selbst fortschrittliche Stadträte haben es in der Kulturierung des Nachahmungstriebes auch weit gebracht. So mußten die Harburger Genossen, die einen Ausflug nach der Lüne gemacht hatten, auf den Tanz verzichten, weil die Veranstaltung von dem Landrathamt des Kreises als eine vom sozialdemokratischen Verein veranstaltete Versammlung angesehen wurde, an der Frauen, Schülern und Lehrlingen die Theilnahme verboten sei. In Hannover und Hildesheim wurden nicht nur die örtlichen Zahlstellen gewerkschaftlicher Verbände als politische Vereine erklärt, sondern auch öffentliche Branchen-Versammlungen, wie die der Buchbinder, als öffentliche Versammlung eines politischen Vereins angesehen und als der geforderten Entfernung der Arbeiterinnen nicht Folge gegeben wurde, die Versammlung aufgelöst.

Allem die Krone setzt ein Vorgang im Kreise Mettmann auf. Dort war die Kaffalfeier den Genossen in Winkelmaß verboten. Der Diktator des Lokals veranlaßte ein Freizeitsitz, was als eine Umgehung des Verbots betrachtet wurde und kurzerhand die Konfiskation der Mundstücke der Musikinstrumente erfolgte. In Lempe wurde die Feier ebenfalls verboten und eine auf den 30. August einberufene öffentliche Versammlung als solche des sozialdemokratischen Volksvereins stigmatisirt, auf die der § 8 des Vereinsgesetzes Anwendung findet. Der die Verfügung zeichnende Herr war früher Vorsitzender des Vereins der freisinnigen Volkspartei. Mehr kann man nicht verlangen. Nach alledem ist mit der Thatsache zu rechnen, daß die Agitation und namentlich die Organisation unter den Arbeiterinnen mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird.

Wie es scheint, soll die Theilnahme der Arbeiterinnen am Klassenkampf der Arbeiterklasse mit Hochdruck verhindert werden. Vergebliches Bemühen.

Eine einheitlich betriebene Agitation gegen die Gefinde-Ordnungen scheiterte bisher an der Vielfältigkeit und Unsicherheit der letzteren. In jedem Lande, in fast jeder Provinz weisen die Gefinde-Ordnungen andere Bestimmungen auf. Den Kampf gegen dieselben haben deshalb die Genossen in Versammlungen und in der Presse, je nach Ort und Beschaffenheit der Verhältnisse nach eigenem Ermessen geführt. Es wird in derselben Weise auch fernerhin verfahren werden müssen.

Den Landtagen der Einzelstaaten ist die Aufgabe zugewiesen, das Verbot des Inverbindlichens der politischen Vereine zu beseitigen. Bei der Zusammenfassung der Landtage ist jede Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechts über das vorgeschriebene Maß hinaus ausgeschlossen. Soll es anders werden, muß das Klassen-Wahlrecht beseitigt werden. Deshalb bietet die in die Landtage verlegte Aenderung des Vereins- und Versammlungsrechts für die Genossen eine günstige Gelegenheit, mit aller Kraft und Nachdruck in die Agitation für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einzutreten.

Der von dem Parteitag der Parteileitung gewordene Auftrag: Geeignete Personen mit der Aufgabe zu betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums als „Sammlung agrar-politischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ zu veröffentlichen, ist in die Wege geleitet.

Agitation. Von jeher haben die Genossen dem Parteitag für die Abend, wo derselbe abgehalten wird, hohen agitatorischen Werth beigelegt. Daher der jährliche Wechsel in der Wahl des Ortes und die Konkurrenz der Parteiorde um die Ehre der Abhaltung des Parteitages.

Vor und nach dem vorjährigen Parteitag wurde von den auf der Hin- und Zurück befindlichen Delegirten hauptsächlich in Schlesien eine intensive Agitation betrieben. Soviel Delegirte auch Referate übernahmen, alle eingelaufenen Wünsche konnten Berücksichtigung nicht finden.

Die Nachfrage nach Referenten ist bei der Parteileitung eine stets rege. Den Anforderungen könnte vielfach besser genügt werden, verlangten die Genossen nicht stets, einen Reichstags-Abgeordneten haben zu wollen. Die wenigsten unserer Abgeordneten befinden sich in unabhängiger Stellung. Die Ausübung des Mandats verursacht vielen eine unliebsame Störung ihres bürgerlichen Berufes, die sie auf das geringste Zeitmaß zu verkürzen trachten. Unter solchen Umständen ist es nur zu erklärlich, weshalb die Agitation auf den Schultern einiger Weniger ruhen bleibt. Diese Wenigen mußten deshalb desto stärker angespannt werden, um den gestellten Anforderungen zu genügen.

Zur Unterstützung der mündlichen Agitation betrieben die Genossen in der rührigsten Weise die Flugblattverbreitung. Die Unterstützung der Parteileitung hierzu wurde von den Genossen in der Mark, in Pommern, der Provinz Sachsen, in Hessen, dem Saargebiet und in Ostpreußen in Anspruch genommen. In letzterer Provinz wurde ein Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache verbreitet.

In Sachsen und Preußen wurde seitens der Behörden methodisch gegen die Flugblattverbreiter vorgegangen, hauptsächlich bot in Preußen die in Kraft gebliebene Bestimmung des preussischen Pressgesetzes, wonach eine Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten, auf Straßen und Plätzen, von der Erlaubnis der Ortspolizeibehörde abhängig ist, die Handhabe. Ergänzung fand vorkommende Bestimmung in einzelnen Provinzen durch die Anwendung hundert Jahre alter Sabbatordnungen und des von der Verübung groben Unfugs handelnden § 380 des Strafgesetzbuches.

Als Kampfpunkte haben wir darauf zu achten, daß der centralen Organisation der Partei die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Doch läßt sich nicht alles schablonenmäßig von einer Centralstelle aus leiten. Die Bildung von Kreis- und Provinzial-Agitationskomitees war die Folge, und fiel diese in die Betreibung der Agitation zu. Es trat somit allmählich eine in der Sache begründete Dezentralisation ein, die in den Parteitagen der Provinzen und Einzelstaaten ihre Spitze fand und erhielt.

Außer den im laufenden Monat noch stattfindenden Parteitagen für das westliche Westfalen, für beide Mecklenburg und Pommern, sowie für Brandenburg und Braunschweig, haben für alle Landestheile Provinzial- und Landes-Parteitage stattgefunden.

Bei alledem können wir nicht unterlassen, den Genossen die Pflege des Systems der Vertrauenspersonen warm ans Herz zu legen. Viele Parteiorde erinnern sich nicht der aus den §§ 4 und 5 des Organisationsstatuts ergebenden Pflichten gegenüber der Parteileitung. Die Parteileitung würde in Erledigung ihrer Aufgaben eine wesentliche Stütze finden, würden die Vertrauenspersonen regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, einen Situationsbericht an dieselbe einreichen.

Der schriftliche Verkehr der Genossen mit der Parteileitung bewege sich auf gleicher Höhe wie im Vorjahr. Die durch die Schließung des Parteivorstandes verursachte kleine Störung fand sehr rasch ihre Ausgleichung.

Im übrigen war das Bild der Bewegung das gleiche wie immer. Maßregelungen, verursacht von einem dummen und brutalen Prohibitum, sollen in der Person die Sache treffen. Jeden dieser Wubestricke konnte die Partei pariren.

Wahlen. Ein die Agitation förderndes Mittel sind die Wahlen, bei denen die Genossen ihre Kraft erproben und Erfolge erringen können. Bei acht Nachwahlen zum Reichstag war die Partei engagirt. Und zwar in Dortmund, Herford-Halle, Magdeburg-Abweiser, Osnabrück, Neu-Ruppin-Templin, Ansbach-Schwabach, Jüterbog, Schwabach und Halle a. d. S. Letzterer Kreis, der uns 1893 verloren ging, wurde glänzend im ersten Wahlgang zurückerobert, und Dortmund, der lang umstrittene Kreis, den Nationalliberalen in der Stichwahl abgenommen. Der Sieg in Dortmund war ein harter Schlag auf das Haupt der Schlotbarone.

Die Behauptung der Krautjunker, an dem antiokektivistischen Schilde der Bauern breche sich die sozialdemokratische Hochfluth, ist durch die Nachwahlen ad absurdum geführt. In den fast rein ländlichen Wahlkreisen Herford-Halle und Ruppin-Templin hat eine Steigerung unserer Stimmen um 600 bzw. 700 stattgefunden. In drei weiteren Kreisen — Brandenburg, Mainz und Gießen — stehen Nachwahlen bevor. Während es gilt, Mainz zu behaupten, ist ein Sieg in Brandenburg nicht ausgeschlossen. Auch in Gießen hat die Partei durch die Einführung der „Mitteldeutschen Sonntags-Zeitung“ große Fortschritte gemacht, die zu den schönsten Erwartungen berechtigen.

Den im vorjährigen Bericht angegebenen Bestand unserer Partei in den Landtagen der Einzelstaaten haben wir behauptet. Bei den am 17. Oktober v. J. stattgefundenen Ergänzungswahlen zum sächsischen Landtag ging uns zwar Krimmitschau verloren, wir eroberten aber dafür Dresden III. Bei der Nachwahl im Kreise Merane-Limbach am 25. Februar d. J. fiel uns dieser Kreis mit 300 Stimmen Mehrheit zu.

Mit dem Sieg im Kreise Georgenthal eroberten unsere Gothaer Genossen den zweiten Sitz im Landtag. Formaler Verluste wegen konnte der Gewählte — Genosse Wolf — nicht zur Ausübung des Mandats gelangen. Die bevorstehenden Neuwahlen in Gotha bieten den Genossen Gelegenheit, ihre Rechnung mit den Gegnern aufs neue zu begleichen.

In Hessen sind die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Landtagswahlen im vollen Gange. Die Aussichten sind günstig.

In Württemberg ist durch den Tod des Genossen Glaser das Gammfalter Mandat frei geworden. Dasselbe wird hart umkämpft. Kandidat der Partei ist Genosse Tauscher, einer von der alten Garde.

Mehr noch wie in die Landtage gelang es den Genossen, sich Eingang in die Gemeindevertretungen zu verschaffen. Diese Thatsache ist Beweis dafür, daß in den Kreisen des Kleinbürgertums sich die Einsicht von seiner wirtschaftlichen Haltlosigkeit Bahn bricht und in stetig wachsender Zahl unserer Partei zuwendet.

Bei den Gemeinde-Ergänzungswahlen in Berlin behauptete die Partei ihren Bestand, obwohl die Freisinnigen die verweirtesten Anstrengungen machten, uns zu werfen. Wir verloren zwar einen Bezirk, gewannen dafür aber einen anderen. In allen Bezirken hatten wir einen starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen. In Leipzig eroberten wir 6 neue Sitze, in Karlsruhe 12 und in Hrozheim 18 Sitze, demzufolge es den Genossen gelang, zwei Sitze im Stadtrat mit Genossen zu besetzen.

Auch in einer Reihe reichslandischer Orte war die Partei siegreich. Es wurden gewählt in Mülhausen 2, Marxlich 5, Kolmar 1, Straßburg 3 und Saargemünd 3 Genossen.

Ein weiteres Gebiet, ihre Kraft und ihren Einfluß zu erproben, bieten den Genossen die Wahlen zu den Gewerbegerichten. Mit einzelnen Ausnahmen in Orten mit streng ultramontaner Bevölkerung blieb die Partei in der Klasse der Arbeitnehmer zu den Gewerbegerichten vielfach sogar unbestritten Sieger.

Gegenüber der sonst anmerkbaren Regsamkeit und Beteiligtheit des Pflichterführs der Genossen, ergaben die diesjährigen Wahlen in Braunschweig ein Minus von 300 und in Waunen sogar von 600 Stimmen gegen die vorletzten Wahlen. Das dürfte nicht vorkommen. Die Genossen haben bei allen Aktionen stets

die volle Thatsache einzusehen, um sich vor Ueberrumpelungen zu schützen.

Neben der Rechtsprechung in gewerblichen Streitfällen kann das Gewerbegericht als Einigungsamt bei Streiks u. angerufen werden, wie das in den letzten Monaten vielfach geschehen ist. Sogar in dem Gewerbegericht klagenbewußte Arbeiter, so wird es den Unternehmern niemals gelingen, durch Klagen und Schlichte die Ursachen des Streiks zu verschleiern und das Kampffeld zu verschieben, eine Gefahr, die immer besteht. Zu erwähnen ist noch, daß die Genossen eifrig bemüht sind, die Verwaltung der Ortskassen zu beeinflussen. Dieser lobenswerthe Eifer ist eine glänzende Widerlegung der von unseren Gegnern ständig wiederholten Verleumdung, unsere Partei negiere die durch die Sozialgesetzgebung den Arbeitern gebotenen Vorteile.

Wie unangenehm den Unternehmern diese Bestrebungen sind, dafür geben die elenden Verdächtigungen Zeugnis, die periodisch in den kapitalistischen Organen wiederkehren, und die dahingehen, es sei den Sozialdemokraten nur darum zu thun, ihre Führer in sichere Brotstellen zu bringen. Können wir unseren Feinden ihren Aerger über die wachsende Bedeutung unserer Partei und freuen uns, daß alle sozialpolitischen Einrichtungen, die bestimmt sind, uns den Wind aus den Segeln zu nehmen, diese zu besserer Fahrt aufzulösen. Wir können den Genossen nur raten, auf dem eingeschlagenen Kurs das Steuer mit fester Hand zu führen.

Die Maifeier. In bezug auf die Maifeier beschloß der vorjährige Parteitag: „Als würdigste Feiertage des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe einzutreten zu lassen.“

Der eingetretene geschäftliche Aufschwung gestattete den Arbeitern, dem Beschluß in umfassender Weise Folge zu leisten. In den größeren Städten ruhte die Arbeit in ausgedehntem Maße. Berlin marschierte an der Spitze. Die Branchen wetteiferten miteinander. Verständigerweise willigten zahlreiche Unternehmer auf erfolgte Vorleistung der Arbeiter ein, ihre Fabriken am 1. Mai zu schließen. In manchen Provinzialstädten erreichte der Reiz der Morgenveranstaltungen eine 2000 Personen übersteigende Teilnehmerzahl.

Das teilweise Eingehen der Unternehmer auf die Wünsche der Arbeiter in Verbindung mit der Aufforderung der Parteileitung an die Parteigenossen, die aufsteigende Konjunktur für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai nutzbar zu machen, hatte, die Presse der Großbourgeoisie aus Rand und Band gebracht. Allen voran waren es die Bismarckorgane, die bald wüthschreien, bald bittend und flehend, Unternehmertum und Staatsgewalt beschworen, dem Bestreben der Arbeiter, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, mit Festigkeit und Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ein Echo fanden diese Tiraden nur bei den Kühnemännern, die jeden am 1. Mai Feiernden mit dem Ausschluß von der Arbeit bedrohten. Doch die Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern und beantworteten in den Fällen, wo die Unternehmer, um ihr Prestige zu wahren, den Feiernden als Strafe einen dreitägigen Arbeitsauschluß dekretierten, mit Niederlegung der Arbeit. Die Arbeiter fanden rasch in der Konkurrenz „liebvolle Aufnahme“.

Einige Innungen, die vermeinten, hinter den Kühnemännern nicht zurückstehen zu dürfen, saßen zwar Resolutionen gegen die „unbarmhertigen“ und in ihren Forderungen „unverschämten“ Arbeiter, aber damit hatte es sein Bewenden. Das lärmende Auftreten der Vermittelnden läßt niemand mehr über ihre wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit. Der von den Berliner Genossen eingeführte Modus der Veranstaltung der Maifeier, die Abhaltung der Versammlungen am Vormittag den Gewerkschaften und die Abendveranstaltungen der Partei zuzuwenden, hat sich bewährt und ist den Genossen zur Nachachtung zu empfehlen.

Die Parteipresse. Wie die unten folgende Tabelle ziffernmäßig ausweist, hat die Zahl der erscheinenden Organe eine Verminderung erfahren. Sowohl die Zahl der politischen wie der gewerkschaftlichen Blätter hat sich um je drei verringert. Wer jedoch aus diesem Rückgang auf Verminderung und Schwächung der Bewegung in den bezüglichen Kreisen schließen wollte, würde zu einem Fehlschluß kommen.

An stelle der eingegangenen Blätter ist im Eisenacher Kreis das „Gottsche Volksblatt“, in Würzen die „Leipziger Volkszeitung“ und im Kreise Zeit-Raum-Burg-Weisenfels das „Haller Volksblatt“ eingeführt. Man kann mit Fug und Recht behaupten, hat in den drei Kreisen auch die Quantität, vorerst die Auflage eine Einbuße zu verzeichnen, so wird dieser Ausfall durch die Qualität des den Lesern Gebotenen mehr wie wett gemacht. Die begründete Aussicht ist vorhanden, daß in kurzer Zeit der frühere Abonnentenstand nicht nur erreicht, sondern überholt sein wird.

Fast scheint es, als wenn den gemachten Erfahrungen von selten der Parteigenossen nicht die nötige Beachtung geschenkt wird. Anders ist es nicht zu verstehen, daß man in verschiedenen Partei-Orten sich mit der Frage der Herausgabe eines Blattes beschäftigt, ohne auch nur die Mittel der ersten Einrichtung zu bestimmen. Eine nochmalige nachdrückliche Warnung an dieser Stelle erscheint deshalb angebracht. Es findet vielleicht bessere Beachtung als die im geschäftlichen Verkehr mit den Genossen erteilte. Wie sehr die erteilten Warnungen am Platze waren, lehrt außerdem ein Blick auf die Zuwendungen, die der Vergleichen mit der vorjährigen Ausgabe für die Presse ist noch in Betracht zu ziehen, daß im verfloffenen Geschäftsjahre nur halbjährige Aufwendungen für den „Sozialdemokrat“ in Rechnung stehen.

Der Eingang der drei Gewerkschaftsblätter ist ein direkter Gewinn für die Gewerkschaftsbewegung. Er wurde bedingt durch die Verschmelzung dreier kleiner Verbände mit bestehenden größeren verwandter Verfassungen.

Die folgende vergleichende Tabelle giebt ziffernmäßigen Aufschluß über den Stand der Parteipresse.

Es erschienen:						
a) Politische Blätter:						
	1891	1892	1893	1894	1895	1896
wöchentlich 8 Mal	27	32	32	37	39	41
" 3 "	28	20	25	20	20	17
" 2 "	7	6	7	9	8	9
" 1 "	10	12	11	8	9	8
alle 14 Tage	1	—	—	—	—	—
	63	70	75	74	76	78
b) Gewerkschaftsblätter:						
	1891	1892	1893	1894	1895	1896
wöchentlich 8 Mal	1	1	1	1	1	1
" 2 "	—	—	—	—	—	—
" 1 "	24	28	28	27	27	27
monatlich 8 "	8	8	2	2	2	—
alle 14 Tage	22	20	10	19	18	19
alle 8 Wochen	—	—	—	—	—	1
monatlich 1 Mal	4	8	5	4	5	2
	54	56	55	53	53	50

Als wissenschaftliche Revue erscheint wöchentlich bei F. G. W. Dieß in Stuttgart die „Neue Zeit“. Der Förderung gesunden Witzes und Humors dienen der „Wahre Jakob“ und der „Süd-deutsche Postillon“, ersterer bei Dieß, Stuttgart, letzterer in München bei Ernst erscheinend.

Die in Breslau beschlossene Herabsetzung des „Neue Welt-Kalender“ auf 40 Pf. hat die erhoffte Steigerung der Nachfrage gebracht. Die auf 120 000 vorgesehene Auflage war bereits Ende Oktober vergriffen. Ein Nachdruck mußte aber aus technischen Gründen unterbleiben. Nach den gemachten vorjährigen Erfahrungen ist die gegenwärtige auf 140 000 fixiert worden.

Die wöchentlich erscheinende illustrierte Unterhaltungsbeilage „Neue Welt“ erscheint seit dem 1. März d. J. unter der Redaktion des Genossen Edgar Steiger. Die Beilage umfaßt jetzt 12 statt früher 8 Seiten. Die Vergrößerung des Umfangs wurde bedingt, um einer reicheren und gewählteren Auswahl von Text und Illustrationen entsprechen zu können, ein Wunsch, in dem sich Leser und Redaktion begegneten. Die Vergrößerung und Ausgestaltung des Blattes hat eine starke Steigerung der Herstellungskosten verursacht; da eine Erhöhung des Bezugspreises nicht stattgefunden hat, mußte das aus der Vergrößerung sich ergebende erhebliche Defizit aus der Parteikasse gedeckt werden. Es wird Sache des Parteitagess sein, zu erwägen, ob in dieser Beziehung eine Aenderung vorzunehmen ist.

Zu den im vorjährigen Bericht aufgeführten Gegenden, in denen die Genossen sich die Herausgabe und unentgeltliche Verbreitung von Landes- oder Provinzialkalendern angelegen sein ließen, die den besonderen Verhältnissen angepaßt, sind einige weitere hinzugekommen. Der Kalender ist ein bequemes und sehr begehrtes Agitationsmittel geworden.

Aus der unten angefügten Abrechnung des „Vorwärts“ ergibt sich, daß das Budget desselben sich fast auf gleicher Höhe wie das vorjährige bewegt. Obwohl in runder Summe eine Mehrerhebung von 28 000 M. erzielt wurde, so war der sich ergebende der Parteikasse zu gute kommende Ueberschuß doch um rund 3500 M. geringer geworden, da die Ausgaben ebenfalls um 40 456 M. gestiegen sind. Letztere ergeben sich aus der Veranschlagung zahlreicher Beilagen, die durch die parlamentarischen Berichte und thätigkeitsmäßige Unterstützung der Lohnkämpfe notwendig waren.

	Juli-September 1895	Okt.-Dez. 1895	Januar-März 1896	April-Juni 1896
A. Eingänge:				
Abonnementgelder durch die Expedition	92858 70	96335 60	100204 97	98580 20
Abonnementgelder durch die Post	8290 30	10469 20	11076 —	9861 30
Inseraten-Einnahme	23056 95	33240 40	34541 35	38119 65
Gewinn aus dem Vorkaufvertrieb durch die Expedition	—	876 95	—	—
Gesamt-Einnahmen	126705 95	141122 15	145822 30	146011 15

B. Ausgänge:				
Diverse Unkosten: (Gehalt für Kreisräte, Gebühren für Uebersetzung, Porto und Depeschen der Redaktion, Zeitung, Steuern, Beförderung, Heizung, Kaufsachen der Redaktion, Schreibmaterialien, Geschäftsblätter, Formulare u. v. a.)	4605 45	5508 25	6115 85	4742 10
Zeitungs-Abonnement	946 —	859 30	888 75	829 45
Berichterstatter-Honor.	6972 60	9211 05	6541 85	7245 80
Feuilleton	712 05	555 40	926 30	977 40
Redaktion u. angeheu Mitarbeiter	12105 10	12216 75	18584 50	18094 95
Depeschen und Parlaments-Berichte	640 —	730 30	1170 30	1457 45
Neue Welt	6558 40	6962 60	7189 30	7085 70
Gehälter d. Expedition	2512 —	2397 —	2468 —	2468 —
Miethe	1125 —	1125 —	1215 —	1215 —
Gehaltsstoff u. Strafen	944 75	772 40	1106 20	1525 70
Redaktionsbibliothek	186 55	135 50	8 25	505 75
Druckrechnung	78989 45	90138 90	94139 90	90321 25
Gesamt-Ausgabe M.	110693 25	130112 45	134813 70	130968 55
Gewinn	15012 70	11009 70	11008 60	15042 60
wie oben unter A M.	126705 95	141122 15	145822 30	146011 15

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt 22 078,90 M.

Berlin, den 18. September 1895.

Auf Ersuchen des Partei-Ausschusses revidiert und mit Votlagen richtig befunden.

D. Meister. Klara Zettin. Erb. Dubber.

Die Preßkommission hat nach dem im Prozeß Kuer und Genossen gefällten Urtheil, daß die vorläufige Schließung derselben aufgehoben, ihre Thätigkeit in dem früheren Umfang wieder aufgenommen.

Die Begleichung der Außenstände von dem „Sozialdemokrat“ steht noch an vielen Orten aus. Wiederholte Mahnungen sind bisher fruchtlos geblieben. Die neu zu wählende Parteileitung wird den Versuch machen müssen, unter Beihilfe der Vertrauensleute die Beträge einzutreiben. Insgesamt stehen noch aus 1586,12 M.

Die Schlussabrechnung unseres Zentral-Wochenblattes „Der Sozialdemokrat“ pro Juli 1895 bis 30. Juni 1896 ergibt folgendes Resultat:

	Juli-Sept. 1895	Okt.-Dez. 1895	Jan.-März 1896	April-Juni 1896
A. Eingänge:				
Abonnementgelder	4053 98	4025 84	771 98	50 45
Parteizuschuß	2787 78	3304 25	—	—
Kassa-Bestand vom IV. Quartal 1895	—	—	194 40	—
Kassa-Bestand vom I. Quartal 1896	—	—	—	10 45
Gesamt-Einn. M.	6791 74	7390 09	966 38	60 90
B. Ausgänge:				
Druckrechnung	2217 —	2068 90	—	—
Redaktion	2000 —	2115 80	—	—
Expedition	748 —	717 35	—	—
Mitarbeiter	671 15	1108 81	—	—
Diverse Unkosten: Bureau- Utensilien, Miethe, Beförderung, Bibliothek und Zeitungs-Abonnement	253 10	157 89	4 65	—
Porto: Versand der Zeitungen, sowie Korrespondenz der Redaktion u. Exped.	888 31	738 54	19 78	1 79
Gehalts- u. Postkosten	—	261 90	—	—
Kassa-Bestand vom I. Quartal 1896	24 20	194 40	—	—
Kassa-Bestand vom II. Quartal 1896	—	—	10 45	—
Parteileitung	—	—	931 45	45 61
Rückzahlung an Remittenden	—	—	—	18 80
Gesamt-Ausgabe M.	6791 74	7390 09	966 38	60 90

Ueber den Geschäftsbetrieb der Buchhandlung Vorwärts während des Jahres 1895/96 können wir folgende Mittheilungen machen:

Sowohl der Maarenumsatz wie der Reingewinn waren im Geschäftsjahre 1895/96 niedriger als im Vorjahre, und zwar ersterer um 15 000, letzterer um 9000 M. Dieser Rückgang des Maarenumsatzes erklärt sich einerseits aus der Ueberfüllung des sozialistischen Büchermarktes überhaupt, hauptsächlich aber daraus, daß die Neupublikationen des letzten Jahres vorwiegend billige, auf den Massenabfah berechnete Broschüren waren. Dadurch wird selbstverständlich auch die Höhe des Reingewinnes beeinträchtigt, der außerdem durch gegen frühere Jahre erhöhte Abschreibungen des Lagerbestandes reduziert wurde.

Da jedoch der Zweck der Buchhandlung Vorwärts in erster Linie nicht die Erzielung möglichst hoher Erträge ist, sondern vielmehr die Verbreitung sozialistischer Literatur, so kann trotz des scheinbaren Rückganges in diesen Zahlen das Jahresergebnis ein völlig zufriedenstellendes genannt werden. Denn in der That ist die Zahl der zur Verbreitung gebrachten Broschüren und Flugblätter im abgelaufenen Geschäftsjahre höher gewesen als im Vorjahre. Die Buchhandlung Vorwärts gab achtzehn neue Publikationen heraus, die insgesammt eine Auflage von 928 000 Exemplaren erreichten; dazu kamen dreizehn Neuauflagen früherer Erscheinungen in der Höhe von 78 000 Exemplaren, so daß durch die Buchhandlung Vorwärts allein im verfloffenen Geschäftsjahre eine Million sozialistischer Druckschriften unter die Massen gebracht wurden.

Von der Mai-Zeitung wurden 320 000 Exemplare abgesetzt, von der März-Zeitung trotz der zu unrecht erfolgten Konfiskation der Breslauer Staatsanwaltschaft 98 000 Exemplare. Als die Berliner Polizei Ende 1895 durch Auflösung der Brandenburger Agitationskommission deren Thätigkeit lahmgelegt zu haben meinte, trat die Buchhandlung Vorwärts an die Herausgabe des „Märkischen Landbote“ heran und brachte 130 000 Exemplare zur Verbreitung. Und so zeigte sich immer, daß wenn Polizei oder Gerichte zu einem Schritte wider die Sozialdemokratie ausgeholt hatten, die Widerstandskraft der Partei ungebrochen blieb und ihr Agitationseifer frisch angefeuert wurde. Als Liebknecht wegen seiner Eröffnungsrede am Breslauer Parteitag von Breslauer Richtern der Majestätsbeleidigung für schuldig erklärt wurde, ging die Geschichte des Prozesses Liebknecht in 19 000 Exemplaren unter die Massen; nach der Kaiserrede beim Gardefest am 2. September fand die Kuer'sche Rede über „Sedanfeier und Sozialdemokratie“ 76 000 Abnehmer; die Kritik des Septembertages durch unsere Abgeordneten im Reichstage 14 000, der Essener Reineidsprozeß, dargestellt und kritisiert von F. Lütgenau, 19 000. Das Arbeiter-Gend in der Konfektions-Industrie erzielte 10 000, die Arbeiter-Schug-Heuchelei 5000 Auflage, „Zweierlei Recht“ 11 000. Ein für die ländlichen Kreise Norddeutschlands berechnetes Flugblatt: „Wie die Junker dem Bauern helfen“ wurde in 143 000 Exemplaren verbreitet, Calwer's Arbeiterkatechismus in 25 000 Exemplaren. Eine aus Anlaß des Todes von F. Engels erschienene kurze Biographie hatte 10 000, Schippel's jüngst herausgegebene Währungsfrage 22 000 und das Breslauer Parteitag's-Protokoll 89 000 Auflage.

Dem auf so vielen Parteitagten gestellten Verlangen nach Jugendliteratur hat die Buchhandlung Vorwärts durch Herausgabe des Buchs der Jugend von Emma Adler ebenfalls zu entsprechen versucht. Doch ist die Nachfrage nach dem Buch trotz der günstigen Besprechung durch die Presse hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben, so daß die für 1896 in Aussicht genommene Herausgabe eines zweiten Bandes einstellen unterbleiben ist. Die Sammlung sozialistischer Theaterstücke wurde um ein neues Fest: Arbeiter-Jubiläum von G. Prezang erweitert und neben einer Neuausgabe der Gewerbe-Ordnung erschien eine kritische Darstellung des deutschen Universtings. Von der Neuauflage früherer Erscheinungen haben wir nur Broder's „Nieder mit den Sozialdemokraten“ hervor, die im verfloffenen Jahre in 25 000 Exemplaren verbreitet wurde.

Wenn wir neben dieser propagandistischen Thätigkeit der Buchhandlung Vorwärts noch hervorheben, daß sie auch der Parteikasse zur weiteren Agitation im verfloffenen Jahre — vom 1. Juli 1895 bis 30. Juni 1896 — 20 000 M. zur Verfügung stellen konnte — gegen 14 000 M. im Vorjahre —, so glauben wir unsere Auffassung oben mit recht dahin präzisieren zu dürfen, daß Stand und Thätigkeit derselben als zufriedenstellend erachtet werden kann.

Kassenbericht. Der diesjährige Kassenbericht umfaßt wieder einen Zeitraum von 12 Monaten. Einnahmen wie Ausgaben weisen daher im Vergleich mit dem vorjährigen Bericht höhere Beträge auf. Der Kassenabluß selbst ist zwar ein relativ günstiger, doch zeigt die tabellarische Uebersicht von neuem eine starke Abnahme der allgemeinen Parteibeiträge. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der Orte, die Beiträge an die Parteikasse abgeliefert haben, um 111 zurückgegangen. Zum theil erklärt sich dieser Rückgang allerdings durch die vielen und umfangreichen Lohnbewegungen, die im Berichtsjahre stattgefunden haben. Die Genossen großer Bezirke wurden entweder direkt in Klassenkämpfe verwickelt und damit in ihrer Parteithätigkeit gelähmt, oder durch Sammlungen für Streikende und Aussperrte so in Anspruch genommen, daß für den Augenblick die finanziellen Pflichten gegen die Partei in die zweite Linie gestellt werden mußten. Anderen Partei-Orten wieder wurden durch behördliche Maßnahmen oder Prozesse so schwere Opfer auferlegt, daß sie nichts an die Parteikasse abliefern konnten, diese vielmehr noch in Anspruch nehmen mußten.

Nicht verschwiegen soll aber auch werden, daß es in weiten Kreisen der Partei Branch geworden ist, sich nur dann der Parteikasse zu erinnern, wenn Anforderungen an dieselbe zu stellen sind.

Die Organisationen ganzer Orte und Wahlkreise vernachlässigen ihre parteigenösslichen Pflichten in der größtlichen Weise, indem sie von ihren Einnahmen Jahr für Jahr keinen Pfennig an die Parteikasse abführen. Würden nicht einzelne Genossen bei besonderen Gelegenheiten kleine Beiträge senden, die tabellarische Uebersicht schrumpfte auf den Raum einer Seite zusammen. Leider sind es vielfach gerade die ältesten Partei-Orte, die in dieser Beziehung mit schlechtem Beispiel vorangehen. So haben nach der diesjährigen Aufstellung zwei zusammenhängende Wahlkreise, in denen bei der letzten Reichstags-Wahl 47 500 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, einen gemeinsamen Jahresbeitrag von 6 — sechs — Mark, ein anderer Wahlkreis, der bei der letzten Reichstags-Wahl 18 000 sozialdemokratische Stimmen aufbrachte, hat einen Jahresbeitrag von 4 — vier — Mark und 33 Pfennige, und zwei weitere Wahlkreise mit 14 000 resp. 12 000 sozialdemokratischen Stimmen haben Jahresbeiträge von 0,00 Mark abgeliefert.

Diese Beispiele könnten noch um viele weitere vermehrt werden, doch wird das Vorgeführte hoffentlich genügen, um die Genossen allerorts auf einen sehr wunden Punkt in unserem Parteileben aufmerksam zu machen.

Im einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. September 1895 bis 31. August 1896.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehens-Rente		Stafen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Divers	
	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.
1895												
September	6025	45	4128	95	750	—	299	95	—	—	847	15
Oktober	54787	47	39294	77	250	—	—	—	15012	70	180	—
November	24624	85	5864	05	17750	05	—	—	—	—	1010	25
Dezember	9510	84	9250	84	150	—	60	—	—	—	50	—
1896												
Januar	8898	12	16559	57	7525	—	4000	55	11009	70	8	80
Februar	15891	68	14890	53	950	—	111	10	—	—	—	—
März	14339	15	14389	15	150	—	—	—	—	—	—	—
April	28576	64	11892	84	4650	—	88	75	11008	60	991	45
Mai	9878	—	9928	—	250	—	—	—	—	—	—	—
Juni	9083	60	9088	60	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli	81787	78	10069	41	1000	—	4605	75	15042	60	120	—
August	28579	08	22750	02	8183	25	—	—	—	—	645	81
	270171	59	168441	23	36608	30 ¹⁾	9200	50	52078	60	3647	96 ²⁾

270 171,59 RM.
 Hierzu Bestand vom 31. August 1895 6 702,14 RM.
 276 873,73 RM.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesamt		Von den genannten Ausgaben entfielen auf:																				
			Unterstützungen		Gefängnis-Geldstrafen		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstags-Kosten		Agrar-Arbeiten		Gehälter und Verwaltungsausgaben		Darlehens-Rente		Fremd-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben		
	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	RM.	pf.	
1895																							
September	28598	90	820	—	626	25	2742	40	650	—	197	—	300	—	1658	25	10900	—	11900	—	—	—	—
Oktober	31750	25	1354	—	303	—	6891	45	2889	80	—	—	849	—	1176	40	250	—	18037	10	—	—	—
November	17240	—	1060	—	1068	10	4672	10	844	50	—	—	—	—	945	30	800	—	7850	—	—	—	—
Dezember	12875	19	889	—	546	20	2496	30	700	—	2500	—	—	—	1684	69	1700	—	2859	—	—	—	—
1896																							
Januar	22488	10	2210	—	205	—	2794	25	635	—	4850	—	324	60	1778	75	3000	—	6774	25	421	25	—
Februar	14810	50	436	—	1181	—	2870	05	—	—	2100	—	—	—	778	85	4000	—	3440	—	4	60	—
März	13013	40	8395	—	785	—	3154	10	450	70	3600	—	—	—	1381	35	—	—	200	—	97	25	—
April	19681	03	915	—	122	—	4977	98	249	60	2500	—	—	—	1538	45	8170	—	1100	—	60	—	—
Mai	26264	15	567	—	576	55	1861	80	12	60	2800	—	—	—	746	20	10000	—	8560	—	140	—	—
Juni	13549	35	640	—	108	60	1249	30	627	20	3500	—	—	—	1124	25	5000	—	1800	—	—	—	—
Juli	13285	64	895	—	342	70	4990	10	1184	—	2600	—	—	—	1443	84	—	—	1830	—	—	—	—
August	16621	05	1100	—	168	—	2812	50	500	—	—	—	150	—	509	20	5500	—	5581	35	—	—	—
	230122	56	14281	— ¹⁾	5982	40	41512	38	6742	90	24147	— ²⁾	1628	60	15058	53 ³⁾	48720	—	68331	70	723	19	—

230 122,56 RM.
 Ausgabe für Kapitalanlage 29 432,60 RM.
 Restbestand am 31. August 1896 17 318,57 RM.
 276 873,73 RM.

Berlin, den 18. September 1896.

Im Auftrage des Partei-Ausschusses revidirt und mit den Belägen richtig befunden.

H. Meißner. Clara Zetkin. Erd. Hubber.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

1) Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Darlehens-Ronto üflegen sich in der Regel die Wage zu halten. In diesem Jahre übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 12 122 M., doch sind in der letzteren Summe 11 000 M. Kauttionen enthalten, die in kurzer Zeit in die Parteikasse zurückfließen dürften.

2) Unter diesen Einnahmen befinden sich 775 M., die zurückgezahlt wurden für Broschüren, die in der Provinz Brandenburg zur Vertheilung gelangt sind; ferner 1000 M., die als Abzahlungsrate für den Verkauf einer Druckerei eingingen, und 977,26 M. Abonnements-Restbeträge vom „Sozialdemokrat“.

Bemerkungen zu B. Ausgaben:

1) Unterstützungen wurden, wie üblich, nur gezahlt an Genossen oder Angehörige von Genossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemahregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

C. Ausgaben für die Parteipresse, im Einzelnen nachgewiesen.

	RM.
„Augsburger Volkszeitung“	2 700,—
„Agrarische Parteizeitung“	1 000,—
„Bremer Bürgerzeitung“	5 200,—
„Breslauer Volksrecht“	17 700,—
„Süddeutsche Parteizeitung“	1 000,—
„Niederdeutsche Volkszeitung“	100,—
„Sozialdemokratisches Volksblatt“	1 000,—
„Neue Württemberger Zeitung“	400,—
„Oberfränkische Volkszeitung“	390,— ¹⁾
„Sächsische Zeitung“	10 620,— ²⁾
„Saalfelder Volksblatt“	500,—
„Sozialdemokrat“	6 252,06 ³⁾
„Zeltower Volksblatt“	1 858,70
„Thüringer Tribüne“	2 800,—
„Unterfränkische Volkszeitung“	675,—
„Volksblatt für Anhalt“	600,—
„Volksblatt für Hessen“	243,—
„Volksfreund“ bezw. „Volksstimme für Elsaß-Lothringen“	5 792,95
„Wiener Arbeiter-Zeitung“	10 000,—
„Zeiter Volksbote“	500,—
	69 331,70

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse:

1) Außer dem hier angeführten Betrage wurde noch dem inhaftirten Redakteur der „W.“ 6 Monats Gehalt gezahlt.

2) Mit den Kölniger Parteigenossen ist ein Abkommen getroffen worden, nach welchem vom 1. Oktober 1896 bezw. vom 1. Januar 1897 ab der „Rheinischen Zeitung“ nur noch ein Zuschuß von 1000 M. pro Quartal gezahlt wird.

3) Von dieser Summe müssen die unter den diversen Einnahmen befindlichen 977,26 M. Abonnements-Gelder, die nach dem Eingehen des „Sozialdemokrat“ noch eingezogen wurden, in Abrechnung gebracht werden.

Verfolgungen und Bestrafungen. Mit der Zuspitzung der Klassenkämpfe nimmt der Klassenkampf schärfere Formen an. Die Bourgeoisie ist auf der ganzen Linie in die Defensive gedrängt. Sie muß ihren Besitzstand verteidigen. Daß dabei die auf den Leib der bürgerlichen Gesellschaft zugeschnittene Gesetzgebung bis an die äußerste Grenze gegen den angrenzenden Theil zur Anwendung kommt, ist selbstverständlich. Doch damit nicht genug. Strebende Staatsanwälte und in der Interpretationskunst erfahrene Richter suchen den vom preussischen Justizminister proklamirten Grundjah: „Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe“, nach Kräften zu Ehren zu bringen. Einer besonderen Aufmerksamkeit seitens der Staatsanwaltschaft hatten sich im Berichtsjahre unsere Organe in Erfurt und

1) Die Reichstagskosten hielten sich, infolge der ungewöhnlich langen Tagung des Reichstages, auf der bereits im Vorjahr erreichten Höhe. Die im September 1895 gebuchten 167 M. gehören noch zu den Ausgaben für die vorjährige Session. Das Mitglied der Fraktion, welches für diese die Kassengeschäfte besorgt, hat erst nach dem Abschluß des vorjährigen Kassenberichts mit dem Kassirer abgerechnet.

2) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Mische für Bureauräume, Porto und Telegrammgebühren Druckkosten für Zirkulare u. s. w., Reisekosten u. s. w. Durch die infolge der Köllerei notwendig gewordene Verlegung der Parteileitung von Berlin nach Hamburg sind eine Reihe von Meeresausgaben entstanden. Die Gesamtausgaben sind deshalb etwas höher als im Vorjahr.

Breslau zu erfreuen. In Erfurt brachte der Pflichtenhaber des Staatsanwalts diesen selbst auf die Anklagebank. Eine von ihm in öffentlicher Gerichtsitzung dem Genossen Hülle zugefügte Beleidigung mußte er mit 50 M. büßen. Viele Strafen wurden über Genossen verhängt, die aus Anlaß der zahlreichen Ausstände angeblich gegen das Gesetz verstoßen haben sollten. Der geringste Verstoß gegen die „Freiheit der Arbeit“ blieb nicht ungeahnt.

Das Schicksal unierer am 17. August 1895 in Essen verurtheilten Genossen beschäftigt unangenehm, weit über die partei-gerichtlichen Kreise hinaus, die öffentliche Diskussion. Von der Ehrlichen Gesellschaft ausgehend ist eine Bewegung im Fluß, die sich die zu erlangende Begnadigung als Ziel gesteckt hat. Die Bewegung ist zweifellos. Voraussetzung der Begnadigung ist die Bewerbung um dieselbe durch die Verurtheilten. Ein Anrufen der landesherrlichen Gnade ist für Sozialdemokraten ausgeschlossen, dazu kommt, daß unsere Essener Verurtheilten selbst von ihrer Unschuld überzeugt sind und niemals sich dazu verheßen werden, daß wider sie ergangene Urtheil durch ein Gnadengesuch anzuerkennen.

Ein Nachspiel hat der Prozeß des Essener Schwurgerichts in dem am 19. Juni d. J. vor dem Köllner Landgericht wegen Minderbeleidigung gegen den Genossen Hofrichter verhandelten Prozeß gefunden. Die vernommenen Entlastungszeugen machten dieselben Aussagen, wegen der die Essener Verurtheilten im Zuchthaus büßen müssen. — Die Glaubwürdigkeit der in Köln vernommenen Zeugen wurde von dem Gerichtshof in dem Urtheil ausdrücklich anerkannt. — die Essener Zeugen galten den Geschworenen als Meineidige.

Sowohl die Geld- wie die Gefängnisstrafen erreichten im Berichtsjahre fast die gleiche Höhe wie im Vorjahr.

Monat	Zuchthausstrafen		Gefängnisstrafen		Geldbuße
	Jahre	Mon.	Jahre	Mon.	
September	—	—	2	—	3 2195
Oktober	—	—	10	1	— 2941
November	—	—	14	9	1 3 3195
Dezember	—	—	3	7	2 6 1822
Januar	—	—	9	4	4 1 2381
Februar	—	—	10	2	— 3017
März	—	—	5	10	— 4 1624
April	—	—	6	—	2 4 4098
Mai	—	—	6	9	— 3 3539
Juni	—	—	6	10	4 6 2318
Juli	—	—	4	1	2 2 3019
August	—	—	5	10	— 4 1624
Zus.	—	—	84	8	1 1 81773

Eine sehr charakteristische Erscheinung im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts sind die sich häufenden Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung. Wir können feststellen, daß das Gros der Beleidiger der Majestät außerhalb der Reihen der Sozialdemokratie steht. Trotz aller Opfer, steht die Partei unentwegt, geschlossen und bereit, wie bisher, so in Zukunft für die Befreiung der Arbeiterklasse jedes Opfer zu bringen.

Hamburg, im September 1896.
 Der geschäftsführende Ausschuß.

Partei-Konferenz für die Provinz Brandenburg.

Die Delegirten traten am Sonntag Vormittag im großen Saale von Cohn in der Beutestraße zusammen. Die Räume hatten durch rote Fahnen mit entsprechenden Aufschriften, sowie durch die Bänken von Marx und Lassalle, welche rechts und links vom Bureaustische aufgestellt waren, eine würdevolle Dekoration erhalten. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurden vom Gesangsverein „Norddeutsche Schleife“ einige stimmungsvolle Lieder vorgelesen.

Ant. Rick-Berlin eröffnete die Sitzung um 10 Uhr, indem er namens der Agitationskommission der Provinz Brandenburg die Delegirten begrüßte, welche zusammengelassen seien, um Rechenschaft über die Thätigkeit der Kommission entgegen zu nehmen. Noch nie sei diese mit so leeren Händen vor die Konferenz getreten, wie in diesem Jahre, da ihre Arbeit durch den Köllner-Roup zeitweise lahm gelegt war. Die Absichten des Ministers, durch Auflösung der Organisation die Partei zu zerstören, war jedoch nicht erreicht worden und werde man auch niemals erreichen. Auch die Genossen der Provinz Brandenburg würden in der Agitation nicht erlahmen und rüstig fortzuschreiten zu den hohen Zielen der Sozialdemokratie.

Ins Bureau wurden hierauf gewählt: Koblenzer-Berlin und Meyel-Finsterwalde als Vorsitzende, Salomon-Brieggen und Güntherberg-Schmedt als Schriftführer. Nach Annahme der vorgelegten Geschäftsordnung erfolgte die Wahl einer Mandatsprüfungs-Kommission. Die angelegte Tagesordnung wurde angenommen, worauf Ant. Rick-Berlin zu dem Geschäftsbericht der Agitationskommission das Wort erhielt. Die politische Situation, so bemerkte Redner, war sehr geeignet, unsere Agitation in der Provinz Brandenburg zu unterstützen. Wie im vorigen Jahre das Schiffergesetz, so sollte uns in diesem Jahre namentlich die Vorlage des bürgerlichen Gesetzbuches und vor allem die durch dasselbe nicht berührte reaktionäre Gesinde-Ordnung als Ausgangspunkt für die ländliche Agitation dienen. Auch der Kalender „Märkischer Landbote“ sollte reichhaltiger gehalten und in ausgiebiger Weise verbreitet werden. Diese unsere Absichten wurden aber, wie schon bemerkt, durch die Köllner'schen Polizeimaßregeln vereitelt. Da das bei dieser Gelegenheit beschlagnahmte Schriftenmaterial uns noch nicht zurückgeliefert ist, so sind wir leider nicht einmal in der Lage, den Delegirten eine Rechnungslegung zu geben. Die uns unmöglich gemachte Herausgabe des Kalenders übernahm die Buchhandlung Vorwärts und mehrere Parteigenossen gaben in anerkennenswerther Weise die Geldmittel dazu her. So wurde nicht nur das Erscheinen des Kalenders ermöglicht, sondern seine Verbreitung war eine ausgedehntere, und hat gegen das Vorjahr um 10 000 Exemplare zugenommen. Im Uebersicht zu diesen erfreulichen Thatfachen dürfen aber auch die Schattenseiten unserer Bewegung nicht unerwähnt bleiben. Dem zeitweisen Ausblühen der Agitationsthätigkeit folgte in vielen Kreisen bald eine bedauerenswerthe Erschlaffung und Nachlässigkeit, die hauptsächlich den persönlichen Jostigkeit einzelner Genossen zugeschrieben werden muß. Ein weiterer Uebelstand ist die Interesslosigkeit, welche die Arbeiter mancher Betriebe der politischen Bewegung gegenüber zeigen. Namentlich muß den Bauarbeitern ein solcher Vorwurf gemacht werden. Es giebt Städte, wo hunderte von Bauarbeitern wohnen, die in Berlin arbeiten, und sich ohne Gefahr an den Agitationsarbeiten in ihrem Heimathort betheiligen könnten, was den ansässigen Arbeitern, die deswegen Maßregelungen erfahren, nicht möglich ist. Namentlich in Möncheberg und Risfrin machte sich dieser Uebelstand bemerkbar, und ist dadurch unsere Bewegung in den genannten Orten zurückgegangen. Redner bespricht die Schikanen, welche untergeordnete Polizei-Organe, wie Gendarmen, bei Verbreitung von Flugblättern und Kalendern entfallen. Die Agitation unter den in der Provinz sehr zahlreich vorhandenen Polen ist bisher von den betreffenden Genossen nicht in planmäßiger Weise betrieben worden; daher hat die Kommission diese Angelegenheit jetzt selbst in die Hand genommen, so daß die Genossen, welche Agitationsmaterial unter den polnischen Arbeitern verbreiten wollen, sich an die Kommission wenden müssen. Während der Zeit, wo wir uns wieder der Freiheit erfreuen, in den Monaten Juli bis September haben wir 1125 Mark eingenommen, und zwar wurden aufgebracht durch Schneider 200 Mark, Hoffmann 300 Mark, Dimnick 200 Mark, Ant. Rick 100 Mark, Hennig 75 Mark und Schuster 50 Mark. Ausgegeben haben wir 294,25 M., womit namentlich Referenten für die Provinz honorirt wurden. Bei der Kommission gingen ein: 176 Briefe, 81 Postkarten, 4 Depeschen. Abgesandt wurden: 217 Briefe, 8 Postkarten, 3 Depeschen. Ferner wurden 43 Referenten von der Kommission bejragt.

Daß unsere Aussichten für die Zukunft betrifft, so müssen wir unser Augenmerk hauptsächlich darauf richten, daß die Provinzpresse eine größere Verbreitung erlangt. Den Kalender werden wir für die nächste Herausgabe inhaltlich wesentlich vermehren und ausgestatten, und hoffen wir, daß auch in Zukunft unsere Arbeiten von Erfolg gekrönt sein werden.

Auf Antrag der Mandatsprüfungs-Kommission werden die Mandate für gültig erklärt.

Es sind 62 Delegirte anwesend, welche 17 Kreise der Provinz und 6 Berliner Kreise vertreten.

Ferner sind die Agitations- und die Lokalkommission, das „Volksblatt für Teltow“, die „Brandenburger Zeitung“ und die „Märkische Volksstimme“ vertreten.

In der Diskussion über den Rechenschaftsbericht stimmten Morawsky-Berlin als Vertreter der polnischen Arbeiter und Fischer-Fraustadt der von der Kommission getroffenen Neuordnung der Agitation unter den Polen im allgemeinen zu.

Frau Palm-Jauch-Belzig schildert ausführlich die elenden Verhältnisse der polnischen Arbeiter, die infolge ihrer Anspruchlosigkeit oft als Lohnbrüder auftreten, weshalb eine Agitation in unserem Sinne unter den Polen notwendig sei. Die Rednerin wünscht, daß der Kalender schon anfangs November in die Hände der Kreis-Vertrauensleute kommt.

Behrendt-Wittenberge bespricht die Schwierigkeit der Agitation in seinem Kreise und die Lässigkeit, sowie den Indifferentismus der dortigen Arbeiter.

Meyner-Berlin hält eine einheitliche Regelung der Agitation durch die Kommission für erforderlich und bezeichnet es als unzumuthbar, daß neben der Brandenburger Kommission noch eine polnische Kommission bestehe.

Wartth-Niederbarnim begründet den von seinem Kreise gestellten Antrag bezüglich der Ausgestaltung und Verbreitung des Kalenders. Die Genossen von Niederbarnim wären bereit, außer den Kosten für ihren eigenen Kreis noch einige hundert Mark für die anderen Kreise beizutragen und Verbreitung des Kalenders beizutragen.

Fehmann-Kottbus tritt für möglichst frühzeitige Verbreitung des Kalenders ein.

Meyel-Kalan-Ludau richtet an die Berliner Genossen die Bitte, den Berlin zunächst gelegenen Theil des sehr großen Kreises zu bearbeiten. Die Genossen des zumeist in Frage

Kommenden industriellen Ortes Finsterwalde hätten vollauf zu thun mit der Arbeit in den entlegeneren Bezirken des Kreises.

W r e s k w i e e z w i e g ist der Meinung, daß die Agitation unter den Polen möglichst in die Hände der polnischen Genossen gelegt werden müsse. Schon wegen der Sprache sei das nötig.

J o h n meint, es ließe sich ein Ausweg finden, indem man einen polnischen Genossen in die Agitationskommission der Provinz Brandenburg wähle.

N t r i c k bemerkt, daß es der Brandenburger Kommission fern liege, die Polen in ihrer Agitationsarbeit zu beschränken. Sie müsse aber darauf bestehen, daß alles zur Verbreitung gelangende Agitationsmaterial durch ihre Hände gehe. Eine Verbindung mit der polnischen Kommission müsse schon aus vereinsgesetzlichen Gründen unterbleiben. Die Wünsche bezüglich des Kalenders seien schon soweit erfüllt, daß derselbe in Zukunft 32 Seiten stark erscheinen werde. Die Verbreitung im November werde sich nicht ermöglichen lassen. Wenn der Kreis Nieder-Barnim eine größere Auflage fordere und zu diesem Zweck ein paar hundert Mark in Aussicht stelle, so sei das ja sehr schön. Wenn sich aber die anderen Kreise nicht auch zu einer dementsprechenden Beistand bewegen ließen, so sei eine größere Auflage, die eine Mehrausgabe von etwa 3000 Mark erfordern würde, nicht durchzuführen. Von Berlin könne man keine weiteren Geldmittel erwarten, da Berlin und einige andere Großstädte bereits fast sämtliche Kosten der Agitation für ganz Deutschland tragen.

Nach Schluß der Debatte wurden folgende Anträge angenommen: „Die Provinzial-Konferenz wird ersucht, an allen Orten, wo Zigeuner-Arbeiter arbeiten, Verbindung zu suchen, und wo es irgend möglich ist, öffentliche Versammlungen einzuberufen.“

„Der Kalender „Märkischer Landbote“ ist inhaltlich bedeutend zu erweitern und reichlicher auszugestatten. Die Verbreitung desselben soll in allen Kreisen der Provinz Brandenburg in ausgiebigster Weise spätestens Anfang Dezember erfolgen.“

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Presse“, nimmt das Wort

R i e h - B e r l i n : Die bisherige Verbreitung der Provinz-pressen lasse noch viel zu wünschen übrig. Es lägen hier 155 Städte und über 5000 Ortschaften in Betracht; dieselben würden zwar mit dem Kalender und mit Flugchriften zum großen Teil belegt, doch sei es unbedingt erforderlich, der Bevölkerung des Landes und der kleinen Städte ein regelmäßig erscheinendes Parteiblatt zur Verfügung zu stellen, in welchem den fortgeschritten systematischen Berichtigungen unserer Partei durch die gegnerischen Blätter erfolgreich entgegengetreten werden könne. Redner bespricht die gegenwärtige Abonnentenzahl unserer Blätter in den einzelnen Kreisen und kommt zu dem Schluß, daß dieselbe in keinem Verhältnis stehe zu der Zahl der bei der letzten Reichstags-Wahl abgegebenen Stimmen. Nur in wenigen Kreisen sei die Leserzahl eine befriedigende. Die Gründe für die schwache Verbreitung der Presse lägen einerseits in der schwachen Organisation der Genossen, andererseits daran, daß viele Arbeiter kaum im Stande seien, die erforderlichen Mittel für das Abonnement aufzubringen. Die Kommission beantrage nunmehr, daß die Redaktionen und Expeditionen der einzelnen Blätter aufgefordert werden, allmonatlich eine Agitationsnummer herauszugeben, die von den Genossen der Kreise verbreitet werden solle.

Die Kosten würden sich auf 1000—1500 M. belaufen, die sich wohl aufbringen ließen. Es sei der Wunsch laut geworden, die drei bestehenden Provinzialblätter zu verschmelzen. Das sei jedoch nicht zu empfehlen, da nun mal jeder Kreis sein eigenes Blatt haben möchte und man diesem Verlangen die Berechtigung nicht absprechen könne.

Nach Ablauf der Mittagspause wird die Diskussion über Punkt 3 eröffnet.

E w a l d - B e r l i n hält es nicht für möglich, unter den heutigen Verhältnissen unsere Presse so ausgiebig zu verbreiten, wie es die Genossen mit Recht wünschen. Wenn unsere Blätter so wenig gelesen werden, so liegt das an den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen der in Frage kommenden Arbeiter. Abhilfe sei nur zu schaffen, wenn die besser gestellten Genossen Mittel aufbringen, um unsere Presse unentgeltlich in den Kreisen mit ärmerer Bevölkerung zu verbreiten. Wenn man die bestehenden Blätter verschmelzen würde, so würde kaum ein Jahr vergehen, und die Abonnentenzahl des neuen Blattes werde nicht größer sein, als jetzt die Zahl eines einzelnen Blattes sei. Ein Uebelstand sei es, daß seitens der Genossen zu hohe Anforderungen an die Arbeitskraft der Redakteure der Provinzialblätter gestellt werden. Es sei nicht möglich, daß unsere Blätter erfolgreich gegen die von einer Zentralstelle verfolgte Landratspresse ankämpfen könne, da der letzteren in jeder Hinsicht weit mehr Mittel zur Verfügung ständen als uns.

Es sei demnach notwendig, für unentgeltliche Verbreitung der Presse und Literatur auf dem Lande zu sorgen.

W e h n e r - B e r l i n spricht gegen die Verschmelzung der Provinzialblätter und führt weiter aus, daß es in erster Linie Aufgabe der Presse sei, die ländliche Bevölkerung über die vereinsgesetzlichen Rechte, die ihnen zustehen, aufzuklären.

F r a u P a l m - J a n d - B e l g i t tritt für den Antrag der Kommission betreffs monatlicher Verbreitung von Agitationsnummern ein. Die Ausklärungsarbeit könne jedoch besser und wirksamer durch eine entsprechende Broschüre, wie durch Zeitungen besorgt werden. Wenn die Verbreitung unserer Presse geeigneten Händen anvertraut werde, würde sich auch auf dem Lande mehr wie bisher erreichen lassen.

G u t h - B r a n d e n b u r g ist der Meinung, daß selbst eine weitgehende Verbreitung von Agitationsnummern nicht genüge, es müsse auch für Abonnements gewirkt werden. Es müsse ferner der Inhalt der Blätter nicht ein bloßer Abdruck aus größeren Zeitungen sein, sondern derselbe mehr den lokalen Bedürfnissen der betreffenden Kreise angepaßt werden.

F a b e r - F r a n k f u r t hält die Verbreitung von Agitationsnummern nicht für ein geeignetes Mittel zur Verbreitung unserer Anschauungen. Die mündliche Agitation sei bedeutend wirksamer.

S t a d t h a g e n ist der Ansicht, daß der Vorschlag der Kommission recht zweckmäßig sei. Natürlich müsse eine Agitationsnummer in geeigneter Weise zusammengestellt werden. An Kräften für die Verbreitung der Nummern werde es nicht fehlen. Redner schlägt vor, den Parteitag zu ersuchen, daß er den Punkt „Presse“ auf die Tagesordnung setze. Es sei notwendig, daß der Parteitag einmal sich darüber ausspreche, wie ohne Schädigung der sonstigen Partei-Interessen ein Weg gefunden werden könne, um unserer Presse, die ein unentgeltliches Agitationsmittel auf dem Lande sei, Verbreitung zu schaffen. Der Inhalt unserer Blätter stehe zwar hoch über dem der bürgerlichen Blätter, entspreche aber doch nicht den Anforderungen, die man von unserm Standpunkt aus an denselben stellen müsse. Auch unser Zentralorgan lasse in dieser Hinsicht zu wünschen übrig. Der Vertrieb unserer Presse ließe sich vortheilhafter bewerkstelligen, wenn die Expedition des „Vorwärts“ in den verschiedenen Stadtteilen Berlins Filialen einrichtete, um von da aus die Verbreitung zu besorgen. Das alles wären Dinge, die auf dem Parteitag am besten besprochen und geregelt werden könnten.

W r i n k m a n n - B e r l i n hält den Antrag der Kommission für unannehmbar. Es werde bei einer derartigen Verbreitung viel Material nutzlos vergeudet. Zunächst müsse man in den einzelnen Orten eine geeignete Organisation für die Verbreitung schaffen, sonst sei der Vorschlag der Kommission unwirksam.

B e h r e n d t - W i l l e n b e r g e tritt für den Kommissionsantrag ein.

R e i n - B e r l i n meint, daß es nicht nötig sei, die Besprechung der Presse als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. Die diesbezüglichen Erörterungen

könnten beim Geschäftsbericht geäußert werden. Im übrigen ist Redner gegen den Antrag der Kommission.

B ö h s c h - B e r l i n führt aus, daß die monatliche Verbreitung von Agitationsnummern schon an dem Mangel hinreichender Geldmittel scheitern müsse. Es treffe nicht zu, wenn man sage, der Inhalt der Provinzialblätter entspreche den Bedürfnissen der Leser nicht. Die mangelhafte Verbreitung habe ihren Grund vielmehr in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter. Der Wunsch, die lokalen Vorkommnisse in den Provinzialblättern mehr zu berücksichtigen, sei zwar berechtigt, lasse sich aber bei einem Blatte, welches über einen ausgedehnten Kreis mit einer Reihe Ortschaften verbreitet sei, selbst dann nicht durchführen, wenn die finanziellen Mittel der Blätter reicher wären, als sie es thatsächlich sind. Diese Uebelstände würden sich bei einer Verschmelzung der drei Blätter noch in erhöhtem Maße bemerkbar machen. Auf dem Parteitag über die Presse zu verhandeln, liege keine Veranlassung vor. Stadthagen habe auch nicht gesagt, wie er sich eine Aenderung denke und auf welche Weise der Parteitag die Sache regeln solle.

F i c h e r - F r a n k f u r t ist für den Antrag Stadthagen. Der Umstand, daß den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ihr Gewerkschaftsblatt geliefert werde, biete denselben einen Vorwand, auf das Halten der politischen Presse zu verzichten. Das sei ein Mißstand, der auf dem Parteitag eingehend erörtert werden müsse. Die Agitation leide auch sehr darunter, daß sonst gute Genossen sich mehr um ihre Vergnügungsvereine, als um die ernste Partei-Arbeit kümmern.

H o c h - B e r l i n : Man müsse doch fragen, woher das Geld für die Verbreitung der Agitationsnummern kommen solle. Es werde sich wohl nicht aufbringen lassen. Das Volksblatt für Teltow-Beeskow“ könnte ganz eingehen und die dafür verwandten Mittel den beiden anderen Blättern zugewendet werden. Man solle nicht denken, daß ein Blatt, welches nun einmal bestünde, unter allen Umständen erhalten werden müsse.

N t r i c k - B e r l i n führt aus, daß der Antrag der Kommission den auf den Kreis-Konferenzen laut gewordenen Wünschen der Genossen entspreche, und man deshalb nicht auf solchen Widerstand, wie er hier geäußert werde, gefaßt war. Die Schwierigkeit der Verbreitung dürfe nicht ins Feld geführt werden. Wenn die Lässigkeit der Genossen so groß wäre, dann sei es unsere Aufgabe, dieselbe zu beseitigen. Die Herausgabe von Agitationsnummern sei ein sehr wirksames Mittel zur Verbreitung unserer Ideen, und könne allenfalls, wenn das monatliche Erscheinen nicht beliebt werde, vierteljährlich vorgenommen werden. Böhsch sei im Irrthum, wenn er meine, jede Nummer unserer Presse sei eine Agitationsnummer, und brauche eine solche nicht besonders herausgegeben werden. Der Inhalt einer Agitationsnummer müsse mit ganz besonderer Sorgfalt zusammengestellt werden. Der Redner tritt für den Antrag Stadthagen ein, da es durchaus notwendig sei, über die Presse auf dem Parteitag zu verhandeln. Auch der „Vorwärts“ entspreche nicht den Anforderungen, die man an das Zentralorgan stellen müsse, und könne nur auf dem Parteitag eine entsprechende Berathung und Aenderung stattfinden.

Nach Schluß der Diskussion wird der Antrag der Kommission angenommen mit der Aenderung, daß die Agitationsnummern vierteljährlich erscheinen sollen. Der Antrag Stadthagen wird gleichfalls angenommen.

Ein Antrag der Frau P a l m, dem „Volksblatt für Teltow“ die „Neue Welt“ gratis beizulegen, wird der Redaktion des „Volksblatt“ überwiesen.

Ueber den vierten Punkt der Tagesordnung, Kandidatenfrage, referirt

D i m m i c k : Veranlassung zur Behandlung dieser Frage habe der Umstand gegeben, daß manche Genossen sich wohl bei der Reichstagswahl aufstellen ließen, sich aber im übrigen nicht um die Verhältnisse ihres Kreises kümmern. Andererseits habe sich auch eine Unzufriedenheit der Kandidaten mit den Genossen des Kreises, und zwar mit Recht, bemerkbar gemacht, denn häufig hätten die Kandidaten bei der Agitationsarbeit nicht die nötige Unterstützung der Genossen gefunden. Man wisse nicht, ob uns nicht in näherer Zeit eine Reichstagswahl bevorstehe, darum sei es angebracht, bei Zeiten die Kandidatenfrage zu erörtern. Es werde auch ein gewisses Streberthum großgezogen, indem es den Genossen mancher Kreise nicht genüge, einen Arbeiter oder Handwerker aufzustellen, sondern es müsse ein Doktor oder wenigstens ein sogenannter Schriftsteller sein. Auf diese Weise würden dann mitunter noch recht zweifelhafte Parteianhänger gegenüber tüchtigen Arbeitern bevorzugt. Diesem Streben dürfe man nicht die Hand bieten.

W o l g t - B e r l i n beantragt, da die Kandidatenfrage Sache der betreffenden Kreise sei, über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag wird angenommen.

Ueber den fünften Punkt der Tagesordnung: Lokalfrage referirt

S c h n e i d e r - B e r l i n : Eine der brennendsten Fragen in bezug auf unsere Agitation sei die Lokalfrage. Die Berliner hätten zwar nicht die Absicht, den auswärtigen Genossen etwas auszukultivieren, aber sie hätten wohl ein Recht, ihre Wünsche bezüglich der Lokalfrage zu äußern. Gegenwärtig ständen in den Vororten Berlins nur kleine und meist recht mangelhafte und ungenügende Lokale zur Verfügung. Wenn, wie es jetzt der Fall sei, überall die besten Lokale gesperrt würden, dann könne eben der Boykott nicht durchgeführt werden. Selbstverständlich müßten die auswärtigen Genossen in ihrem Bestreben, Versammlungslöcher zu erhalten, von den Berlinern unterstützt werden, das könne aber nur geschehen, wenn erstens dem berechtigten Verlangen der letzteren nach geeigneten Erholungslokalen Rechnung tragen und in jedem Orte ein oder zwei Lokale freigeben. Dann könne der Boykott gegen die anderen Wirthe des Ortes mit um so größerer Energie durchgeführt werden, was diese zwingt, ihre Lokale den Arbeitern zur Verfügung zu stellen. Habe man den einen Theil bereits gemacht, dann könne man mit Erfolg gegen den anderen vorgehen. Ein unhaltbarer Zustand sei es, wenn an Orten, wo keine Arbeiter wohnen und also auch keine Versammlungen abgehalten werden, sämtliche Lokale gesperrt seien. Wir wollen diese Frage nach allen Richtungen erörtern und so zu regeln suchen, daß alle Beteiligten zufrieden sein können.

B ö h s c h - B e r l i n führt aus, daß die jetzige Handhabung des Boykotts von den Berliner Genossen als eine unzuverlässige empfunden werde. Wir boykottieren doch die Lokale, um die Wirthe zur Hergabe derselben zu zwingen. Diese Wirkung werde aber jetzt nicht erreicht, da es nicht möglich sei, bei dem vorhandenen Bedürfnis, sich im Freien zu erholen, die große Masse, die man doch zur Durchführung eines Boykotts brauche, zur Innehaltung derselben zu bewegen. Der Redner empfiehlt einen Antrag, welcher verlangt, daß über Vergnügungslöcher, die wegen ihrer weiten Entfernung von Orten mit Arbeiterbevölkerung nicht als Versammlungslöcher in Betracht kommen, nicht gesperrt werden dürfen. Daß ferner in solchen Orten, nach denen sich vorwiegend der Strom der Ausflügler ergießt, ein dem Verkehr entsprechender Theil der Lokale frei bleiben muß. Ueber die Sperrung bzw. Freigabe der Lokale sollen die Genossen des betreffenden Ortes entscheiden, die jedoch in Zweifelsfällen die Berliner Lokalkommission hinzuzuziehen habe.

J o h n - N i e d e r s c h o n w e i d e kann die Ansicht der Berliner Genossen nicht theilen. Es läme doch vor, daß auch Lokale, die entfernt von einem Ort, mitten im Walde liegen, und also demnach freigegeben werden müßten, obwohl der betreffende Ort froh sein würde, wenn er in Entfernung von einer halben Stunde ein Lokal zu Versammlungen hätte. Auch der Forderung, daß zwei Lokale an einem Orte freigegeben werden sollen, kann Redner nicht zustimmen; man müsse vielmehr strikte

daran festhalten, daß alle Lokale, die nicht zu Versammlungen zu haben sind, gesperrt werden.

R e u m a n n - R o w a w e s meint, daß die Berliner Genossen zum großen Theil schuld wären, wenn der Boykott gegenwärtig nicht die gewünschte Wirkung habe. Wenn man z. B. die Lokale in Beclihof alle freigeben würde, liege die Gefahr nahe, daß die Wirthe in Stolpe ihre Lokale zurückziehen. Es lasse sich aber diese Frage nicht nach einem Schema regeln.

S a l o m o n - B r i e z e n führt aus, wie schwer es gerade in den kleinen Orten sei, ein Versammlungslokal zu erhalten, und das liege wesentlich daran, daß die Berliner Genossen die auswärtigen in dieser Hinsicht nicht unterstützen. In Freienwalde habe man es erlebt, daß bekannte Berliner Genossen in gesperrte Lokale gingen, und auch darin sitzen blieben, als sie aufmerksam gemacht wurden, daß das Lokal gesperrt sei.

S c h o l z - B e r l i n steht auf dem Standpunkt, daß den auswärtigen Genossen die Bestimmung über die Lokalsperrung überlassen bleiben müsse. Die Berliner könnten sich gar kein Bild davon machen, mit welchen Schwierigkeiten die Wirthe, die ihr Lokal den Arbeitern zur Verfügung stellen, der Polizei gegenüber zu kämpfen hätten. Es müsse ein Weg gefunden werden, der sowohl die Berliner als auch die auswärtigen Genossen befriedige.

R o p p - F r i e d r i c h s b e r g stimmt dem Vordrher zu und tritt dafür ein, daß die Berliner mit den auswärtigen Genossen in der Lokalfrage zusammengehen müssen. Die Berliner hätten sich bisher nicht an die Beschlüsse der Auswärtigen gehalten. Wenn man die schon gelegenen Lokale freigeben wolle, würden diese sich bestens bedanken, ihr Lokal für Versammlungen zur Verfügung zu stellen, da sie genug Geschäfte durch die Sonntagsausflügler machen.

F r e i w a l d - P a n k o w will den Berlinern die Erholung nicht beschränken, aber sie sollen ihr Bier nur in den freigegebenen Lokalen genießen. Der Wunsch, die Lokale im Grunewald nicht zu sperren, habe seine Berechtigung. Die Berliner hätten schon seit Jahr und Tag gegen die Lokalsperrung gekämpft, und nur, um diese Verhältnisse zu sanktionieren, solle jetzt die Lokalfrage aus der Welt geschafft werden.

Ein zum zweiten Male gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wird von Salomon damit begründet, daß die Lokalfrage nur für die Genossen aus Berlin und den Vororten ein Interesse habe. Der Antrag wird abgelehnt.

P a n k a u - S p a n d a u meint, daß ja die Lokale im Grunewald gar nicht gesperrt seien. Die Spandauer Genossen wüßten nichts von einer Sperre, eine solche habe nur während des Bierboykotts bestanden.

R e i n - B e r l i n : Die vorgeschlagene Regelung der Lokalfrage habe nur den Zweck, den Wünschen der großen Masse, die den Boykott durchführen solle, entgegen zu kommen. Die zielbewussten Genossen hätten durchaus nicht das Verlangen, in gesperrten Lokalen zu verkehren.

S i n z - B e r l i n tritt für den Antrag Böhsch ein.

W o l g t - B e r l i n : Die jetzige Lokalliste sei unhaltbar, da sie nur von wenigen Genossen Beachtung findet. Die Berliner müßten das Recht haben, in der Lokalfrage mitzureden.

F r a u P a l m : Wo freie Lokale vorhanden sind, seien die Berliner Genossen verpflichtet, diese Wirthe zu unterstützen, ebenso müßten sie einen ausgesprochenen Boykott unter allen Umständen beachten. Rednerin ersucht die Lokalkommission, mit den auswärtigen Genossen Hand in Hand zu gehen.

Ein erneuter Schlußantrag wird angenommen.

S c h n e i d e r empfiehlt in seinem Schlußwort die von ihm vorgeschlagene Regelung der Lokalfrage und wendet sich gegen Scholz, der seinen Standpunkt gewechselt und gegen die Beschlüsse der Agitations- und Lokalkommission gesprochen habe.

Folgender Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen: „Zu betrachten, daß die Lokalfrage nur die Genossen Berlins und der umliegenden Kreise angeht, beschließt die Provinzial-Konferenz, die endgiltige Regelung dieser Angelegenheit den Genossen resp. der Lokalkommission von Berlin, Teltow-Beeskow, Ober- und Niederbarnim und Ost-Flämland zu überlassen, welche in einer ihnen geeignet erscheinenden Weise zusammenzutreten und diese Angelegenheit zu aller Zufriedenheit regeln sollen.“

Damit ist der Antrag Böhsch abgelehnt.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung liegt unter anderem ein Antrag vor, der die Agitationskommission auffordert, eine Zeit festzusetzen, wo an allen Orten der Provinz, soweit es möglich ist, Versammlungen veranstaltet werden, in denen für Abschaffung der Bestände-Ordnung Propaganda gemacht werden soll. Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

L i e p m a n n - B e r l i n begründet den aus den Berliner Partei-Versammlungen bekannten Antrag, den Achtuhr-Ladenklus auf dem Parteitag zu besprechen. Er begrüßt es mit Freuden, daß dieser Antrag in den Versammlungen des 4. und 5. Wahlkreises, sowie in Weiskese angenommen worden sei, wodurch die betreffenden Genossen bewiesen hätten, daß sie Intellekt genug besäßen, um den Führern nicht unbedingt zu folgen. Mit demselben Recht, wie der vorjährige Parteitag durch Erörterung des Schwichsystems für den Konfessionsstreik eingetreten sei, könne er sich auch mit diesem Antrage befassen.

S t a d t h a g e n bezeichnet die Frage des Achtuhr-Schlusses für nicht so wichtig, als sie von den Handlungsgesellen angesehen werde. Mit einer so selbstverständlichen kleinen Reform dürfe sich der Parteitag nicht beschäftigen, wenn er die Sozialdemokratie nicht zu einer Reformpartei degradieren wolle. Die Versammlung in Weiskese habe mit etwa 50 gegen 40 Stimmen den Antrag angenommen, davon seien noch 10 aus Berlin gekommene Handlungsgesellen gewesen.

Der Antrag Liepmann wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

N t r i c k begründet einen Antrag, der dahingehet, die Regelung der Kandidatenfrage der Agitationskommission zu überweisen. Derselbe wird angenommen.

Hierauf schließt der Vorsitzende Koblenzer um 6 1/2 Uhr die Verhandlungen mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Versammlungen.

R i g d o r f . Die Banarbeiter hielten am 18. September eine öffentliche Versammlung ab, die trotz aller Agitation und der wichtigen Tagesordnung leider von nur circa 90 Personen besucht war. Genosse Friedr. Schlegel kritisierte in eingehender Weise den modernen Vauschwandel und empfahl am Schluß seines Referats den Anschluß an die Gewerkschaftsorganisation. In der Diskussion nahm u. a. der bekannte Anarchist und Verfechter der Sozialdemokratie, Herr Kempwolf, Veranlassung, sich gegen die Sozialdemokratie zu wenden, im besonderen polemisierte er gegen den Einfluß der sozialdemokratischen Führer auf die Gewerkschaften. Diese Ansichten fanden in der Versammlung keinen Widerhall, vielmehr eine sehr entschiedene Abfertigung. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde das Verhalten der Banarbeiter auf dem Bau des Maurermeisters Jung in Dalensee getadelt. Auf genanntem Bau arbeiten 42 organisierte Maurer. Als am 24. August vier Maurer, nach Ansicht des Poliers wegen nicht genügender Leistung abgelohnt wurden, erklärten sich sämtliche Maurer solidarisch und legten am nächsten Tage die Arbeit nieder. Sie wollten die Arbeit nicht eher aufnehmen, bis die vier ihrer Kollegen wieder eingestellt wurden. Der Kampf wäre ihnen auch höchstwahrscheinlich gelungen, wenn nicht von seiten des Meisters durch tagtägliches hartes Aufgebot von Polizei und mit Hilfe der dort beschäftigten Steinträger unorganisierte Maurer dorthin beordert wurden.